

■ Sozialökonomischer Text Nr. 120

Bärbel von Borries-Pusback/Silke Wittich-Neven (Hg.)

Facetten des Alterns in Europa

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
20146 Hamburg
Tel. 040/42838-6984
Fax 040/42838-4150
Email: Wittenberg@hwp-hamburg.de

1	Inhaltsverzeichnis	
2		
3	Bärbel von Borries-Pusback	
4	<i>Facetten des Alterns in Europa</i>	2
5	Stefan Schröter	
6	<i>Armut und Umverteilungseffekte der Armutspolitik innerhalb der Europäischen Union</i>	9
7	André Fellbaum	
8	<i>Untersuchung zur Beteiligung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN</i>	
9	<i>an der Rentenreform 2002</i>	23
10	Birgit Westphal	
11	<i>Freie Wohlfahrtspflege als Dienstleistungserbringer zwischen nationalen</i>	
12	<i>Traditionen und europäischen Wettbewerbsbestimmungen</i>	37
13	Myriam Kagischke	
14	<i>Arbeitsteilzeit versus Qualifikation für ältere ArbeitnehmerInnen - Eine empirische</i>	
15	<i>Untersuchung am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie des IG Metall</i>	
16	<i>Bezirk Küste an Hand von ExpertInneninterviews -</i>	50
17	Nicole Schnoor	
18	<i>Alternde Migrantinnen und Migranten in Deutschland - Migration und Alter aus Sicht</i>	
19	<i>älterer Türkinnen und Türken –</i>	63
20	Carsten Heinze	
21	<i>Lebensgeschichtliche Geschichts- und Identitätskonstruktionen im Spiegel ostdeutscher</i>	
22	<i>Autobiographien nach 1989 am Beispiel von Fritz Teppich und Walter Janka</i>	77
23	Literaturverzeichnis.....	99

Bärbel von Borries-Pusback

Facetten des Alterns in Europa

Das „Altern“ hat viele Facetten: das reale älter Werden lebendiger Menschen mit ihren je eigenen unverwechselbaren und unwiederholbaren Lebensläufen, die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene und die Art und Weise, wie sich die Menschen ihres Alterns bewusst werden und die Wissenschaftler die Probleme benennen, untersuchen und zu ihrer möglichen Lösung beizutragen versuchen. Dazu gesellt sich dann auch noch das „Altern“ bestimmter Fragestellungen, wenn ökonomische und demografische Entwicklungen sowie politische Entscheidungen die Rahmenbedingungen in einem so rasanten Tempo verändern, dass die Fragestellungen von vor zwei Jahren nicht mehr den Nerv der Zeit zu treffen scheinen.

Von 2001 bis 2002 haben Silke Wittich-Neven und Bärbel von Borries-Pusback mit einer Gruppe von zunächst 17 Studierenden an der HWP ein zweites Projekt zur Problematik des Alterns – diesmal unter Berücksichtigung der europäischen Rahmenbedingungen und der kulturellen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern – durchgeführt. Unter der theoretischen Perspektive der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit haben wir versucht die Rahmenbedingungen, die die EU setzt, und die unterschiedlichen sozialpolitischen Regelungen in verschiedenen Ländern zur Kenntnis zu nehmen¹ um uns dann mit einzelnen Problembereichen in kleinen empirischen Projekten auseinander zu setzen. Unter den gegebenen zeitlichen und ökonomischen Bedingungen von HWP-Studierenden konzentrierten sich die meisten Untersuchungen auf in Deutschland erreichbare Personen und Konstellationen. Methodisch wurde mit Literaturstudien, Akten- und Diskursanalyse, Experteninterviews und lebensgeschichtlichen Leitfaden gestützten narrativen Interviews gearbeitet. Bearbeitet und fertig gestellt wurden folgende Themen:

Thomas Ahrens: Ein Vergleich des Versorgungsgrades der RentnerInnen aus dem deutschen und französischen Rentensystem;

Sabine Brook: Änderung des Berufsbildes in der Krankenpflege als Folge krankenhauspoltischer Maßnahmen und deren Auswirkung auf die Mitarbeiterzufriedenheit;

¹ Vgl. Josef Schmid, Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, 2. Aufl., Opladen 2002, Gösta. Esping Anderson, Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990, Katrin Kraus, Thomas Giesen (Hrsg.), Sozialstaat in Europa – Geschichte, Entwicklung, Perspektiven, Wiesbaden 2001

- 1 Edmund Dinger: Die kapitalistische Preisbildung erschwert eine stetige Verbesserung der
2 Alterssicherung;
- 3 Jürgen Falk: Vaykunth heißt Himmel auf Erden – ein biographisches Interview;
- 4 André Fellbaum: Untersuchung zur Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen an der
5 Rentenreform 2002;
- 6 Carsten Heinze: Der Nationalsozialismus und seine Folgen – Jüdische Schicksale aus der
7 Perspektive der Betroffenen;
- 8 Claudia Hillebrandt: (Wohn-)Alltag älterer Menschen – unter besonderer Berücksichtigung
9 ihrer räumlichen und sozialen Umwelt –
- 10 Tim Holzhäuser: „Die Darstellung des Alters in der fiktionalen Literatur unter dem Einfluss
11 des Bürgertums“ – Ein Vergleich zwischen Anton Tschechow (Russland) und Guy de
12 Maupassant (Frankreich);
- 13 Myriam Kagischke: Arbeitsteilzeit versus Qualifikation für ältere ArbeitnehmerInnen – eine
14 empirische Untersuchung am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie des IG Metall
15 Bezirkes Küste an Hand von ExpertInneninterviews;
- 16 Rainer Sachs: „Das Bayrische Geriatriekonzept von 1990“ – Entstehung, Umsetzung,
17 Wirksamkeit –
- 18 Nicole Schnoor: Alternde Migrantinnen und Migranten in Deutschland – Migration und Alter
19 aus Sicht älterer Türkinnen und Türken;
- 20 Stefan Schröter: Armut und Umverteilungseffekte der Armutspolitik innerhalb der
21 europäischen Union;
- 22 Birgit Westphal: Freie Wohlfahrtspflege als Dienstleistungserbringer zwischen nationalen
23 Traditionen und europäischen Wettbewerbsbestimmungen.
- 24 Da die Studierenden nach Abschluss ihrer Projektarbeiten ihre Diplomarbeiten schreiben
25 mussten und viele möglichst schnell eine Beschäftigung finden wollten, verzögerte sich der
26 Produktionsprozess dieser Veröffentlichung länger, als ursprünglich angenommen. Mehrere
27 geplante Beiträge fielen dem Stress eines Lebens zwischen Examensdruck, Erwerbsarbeit und
28 manchen privaten Problemen zum Opfer, so dass hier nur sechs Beiträge vorgelegt werden
29 können. Obwohl gerade in der Renten- und Gesundheitspolitik sowie auf dem Arbeitsmarkt in
30 der kurzen Zeit seit Abschluss des Projekts sich die Lage noch weiter zugespitzt hat, als vor
31 drei Jahren erwartet wurde, bleiben die Diagnosen und Fallstudien doch zutreffend, auch

1 wenn die Aufmerksamkeit der Politiker eher großzügig über die Armutsfolgen von Hartz IV
 2 und die Schicksale einzelner MigrantInnen hinwegsieht. Angesichts von mehr als 5 Millionen
 3 Arbeitslosen scheint auch die Frage nach der Qualifizierung älterer ArbeitnehmerInnen an
 4 Gewicht verloren zu haben – auch wenn manche Unternehmer trotz der Krise über den
 5 Mangel an Facharbeitern klagen. Konnten schon für das Europa der 15 Mitgliedsstaaten
 6 Bereiche unterschiedlicher Wachstumspfade und Entwicklungsgeschwindigkeiten
 7 ausgemacht werden, hat sich die Lage gegenüber unserem Untersuchungszeitraum durch die
 8 Aufnahme ehemaliger Ostblockstaaten in die EU weiter dramatisch verändert. Die
 9 Auseinandersetzung um den freien Dienstleistungsmarkt zeigt die Risiken einer Ausweitung
 10 von Märkten ohne die sozialen und kulturellen Unterschiede in der Arbeits- und Sozialpolitik
 11 zu berücksichtigen. Das drohende Sozial-Dumping verschärft die Gefahr für die Ausbreitung
 12 von Armut in den „alten“ Ländern der EU, die zu Zeiten der Ost-West-Auseinandersetzung
 13 höhere Sozialstandards hatten durchsetzen können. Bis Anfang der 1980er Jahre bestand die
 14 Hoffnung, diese Standards weltweit ausbreiten zu können, da unterstellt wurde, dass in
 15 demokratischen Staaten die Politik sich durch gute Sozialpolitik legitimieren müsse.²

16 Vor dem Hintergrund der „alten“ EU untersucht Stefan Schröter in einem Vergleich von vier
 17 verschiedenen sozialpolitischen Sicherungsmodellen die Ausbreitung von Armut in
 18 Deutschland, Dänemark, Großbritannien und Portugal als paradigmatischen Staaten für das
 19 kontinentaleuropäische, das skandinavische, das angelsächsische und ein rudimentäres
 20 Sicherungsmodell. Er kann zeigen, dass in Portugal aufgrund der nachholenden
 21 Wirtschaftsentwicklung die Einkommensarmut deutlich reduziert werden konnte, während
 22 Großbritannien mit einem deutlichen Anstieg der Armutsquote zu kämpfen hat. Auch in
 23 Deutschland ist das Armutsproblem drängender geworden – noch mehr in den letzten drei
 24 Jahren, in denen es bei wachsender Arbeitslosigkeit zu stärkeren Einschnitten in die soziale
 25 und gesundheitliche Versorgung gekommen ist. Auch für Dänemark sehen die Verhältnisse
 26 nicht mehr ganz so positiv aus, wie Stefan Schröter sie noch konstatieren konnte.

27 André Fellbaum hat sich in einer früheren Arbeit mit der Problematik und den Erfahrungen
 28 mit Kapital gedeckten privaten Versicherungssystemen seit dem 19. Jahrhundert beschäftigt
 29 und gezeigt, dass diese Art der Alterssicherung sehr hohen Risiken durch konjunkturelle
 30 Schwankungen unterliegt. In der vorliegenden Arbeit analysiert er die Parteiprogramme von
 31 Bündnis 90/DIE GRÜNEN und hat in einem Interview mit einer Fachreferentin für

² Vgl. z. B. Stein Rokkan: Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und Methoden, in Wolfgang Zapf (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1969, S. 228-252; Walt W. Rostow: Politics and the stages of growth, Cambridge 1971, Karl. W. Deutsch: Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung, in: W. Zapf (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, a.a.O., S. 329-350

1 Sozialpolitik der GRÜNEN die Position dieser Partei bei der Rentenreform von 2002 näher zu
2 erkunden gesucht. Sein Interesse liegt darin zu erfahren, wie eine Partei, die sich anfänglich
3 auf den Gedanken der Solidarität als ein Bestandteil ihres „linken“ Selbstverständnisses
4 berufen hat, nun an der Teilprivatisierung der Rente mitwirken konnte. Schon bei der Analyse
5 der Parteiprogramme kann er zeigen, dass es bei den GRÜNEN eine starke Orientierung an
6 postmaterialistischen Werten und individualistischen Positionen gibt, die das
7 gesellschaftliche Milieu gebildeter und gut verdienender Angehöriger mittlerer Schichten zum
8 Ausdruck bringen. Im Interview wird dann deutlich, dass sich die GRÜNEN eher als
9 Vertreter der jungen Generationen als der älteren verstehen und im Interesse einer
10 intergenerationellen „Gerechtigkeit“ für mehr „Eigenverantwortung“ der Bürger und einen
11 Rückzug des Staates auf Hilfe zur Selbsthilfe eintreten.

12 Näher an der Armutsproblematik beschäftigt sich Birgit Westphal mit den Einrichtungen der
13 Freien Wohlfahrtspflege, die in Deutschland traditionell einen großen Teil der sozialen
14 Dienstleistungen erbringen, und vergleicht sie mit ähnlichen Einrichtungen besonders in
15 England und Frankreich. Problematisch wird die Lage der deutschen Anbieter, die hier als
16 gemeinnützig gelten und dementsprechend Steuervorteile genießen, durch die
17 Wettbewerbsregelungen auf dem europäischen Markt der Dienstleistungsanbieter. Durch die
18 Definition der Unternehmenseigenschaft des EuGH besteht die Gefahr der Schwächung der
19 deutschen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als Teil des nationalen Versorgungssystems
20 und überwiegende Erbringer sozialer Dienste. Auch hier dürfte eine Verschärfung der Lage
21 durch die geplante Dienstleistungsrichtlinie zu erwarten sein.

22 Eine bedeutende Rolle für die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der gesetzlichen
23 Rentenversicherung spielt die Massenarbeitslosigkeit – gegenüber 2002 mit 3,7 Mill.
24 Arbeitslosen 2005 noch einmal verstärkt durch die Erhöhung der Arbeitslosenzahl auf 5,2
25 Mill. Da scheint es schon fast illusionär, sich mit der Lage älterer Arbeitnehmer
26 auseinanderzusetzen und statt ihrer frühen Verrentung als Teil der Lösung der
27 Arbeitsmarktprobleme auf deren Weiterqualifikation zu setzen, da angesichts demografischer
28 Entwicklungen mit einem steigenden Mangel an jüngeren Fachkräften in absehbarer Zukunft
29 zu rechnen sein wird. Myriam Kagischke hat es unternommen, den Bewusstseinsstand von
30 Gewerkschaftsvertretern, Arbeitgebern und Arbeitsverwaltung in einer Region in Bezug auf
31 deren Einschätzung und Konzepte zwischen Altersteilzeitregelungen und
32 Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer zu untersuchen. Während Arbeitgeber
33 immer noch die Altersteilzeitregelungen nutzen, um ältere Arbeitnehmer vorzeitig in den
34 Ruhestand zu entlassen und sich kaum aufgefordert fühlen, für die Weiterqualifikation dieser

1 Beschäftigten zu sorgen, sind sich Landesarbeitsamt und Gewerkschaften darin einig, dass in
2 dieser Beziehung etwas getan werden muss. Solange allerdings Altersteilzeitregelungen
3 bestehen, wird es vielfach übereinstimmende Interessen zwischen Arbeitgebern und
4 Beschäftigten geben, einen vorzeitigen Übergang in den Ruhestand zu organisieren. Hier
5 bedarf es gesetzlicher Rahmenbedingungen und Finanzierungskonzepte für
6 Weiterbildungsmaßnahmen, um den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen
7 Beteiligten gerecht zu werden und es nicht der Entscheidung der Arbeitgeber zu überlassen,
8 ob sie sich auf Qualifizierungsmaßnahmen einlassen wollen.

9 Altern in Europa bedeutet aber nicht, dass in jedem Land nur die einheimische Bevölkerung
10 vor den spezifischen Problemen ihres Lebens steht, die von gemeinsamen europäischen und
11 nationalen Regelungen geprägt werden. In jedem europäischen Land gibt es Einwanderer, die
12 aus unterschiedlichen Gründen gekommen sind, manchmal nur für kurze Zeit bleiben und
13 einer Erwerbsarbeit nachgehen, aber oft auch entgegen ursprünglichen Zielsetzungen im Land
14 bleiben und hier alt werden. Dabei stehen sie dann nicht nur vor dem „normalen“ Problem des
15 Älterwerdens, das sie mit der übrigen Bevölkerung teilen, sie müssen auch ihre kulturell
16 anders geprägten Erwartungen mit den Bedingungen des Aufenthaltslandes in Einklang
17 bringen. Nicole Schnoor hat in Leitfaden gestützten Interviews mit einem Türken und einer
18 Türkin versucht, sich den besonderen Problemen von Arbeitsimmigranten zu nähern, die nun
19 schon länger als 30 Jahre in der Bundesrepublik leben. Sie prüft an Hand der Kategorien
20 „ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital“ von Pierre Bourdieu die Kapazitäten der
21 Immigranten, ihr Altersleben unter ökonomisch beengten Bedingungen ihren kulturellen
22 Vorstellungen entsprechend zu gestalten. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung sind
23 differenziert. Sie zeigen, dass ein Sohn armer Landwirte aus Anatolien ohne
24 Berufsausbildung, der nach einem harten Arbeitsleben mit einer geringen Rente auskommen
25 muss, es doch geschafft hat, sechs Kindern eine gute Ausbildung in Deutschland zu
26 ermöglichen, die nun das soziale Netzwerk darstellen, das ihn und seine Frau so weit trägt,
27 dass sie nicht daran denken wollen und müssen, vielleicht einmal Einrichtungen der
28 deutschen Altenhilfe oder gar ein Pflegeheim nutzen zu müssen. Eine allein stehende Frau mit
29 guter Ausbildung, die aber doch in ihrem Arbeitsleben unter deutschen
30 Sozialversicherungsgesichtspunkten spontane Fehlentscheidungen getroffen hat, lebt
31 ebenfalls in einer ökonomisch äußerst schwierigen Situation, hat es aber doch geschafft, sich
32 einen Freundeskreis aufzubauen, der auch in Krisensituationen tragfähig erscheint, wenn er
33 auch nicht die persönliche Nähe einer Familie bieten kann. Dafür wird sie sich auf Grund
34 ihrer deutschen Sprachkenntnisse mühelos deutschsprachiger Angebote bedienen können,

1 wenn sie sich diese ökonomisch leisten kann. Deutlich wird, dass bei näherem Hinsehen die
 2 Immigrantenschicksale vielfältig und heterogen sind. Von großer Bedeutung ist die
 3 Information der Immigranten, die nicht genügend Deutsch gelernt haben, durch
 4 muttersprachliche Broschüren, so dass sie erfahren, welche Kontakt- und Hilfsmöglichkeiten
 5 ihnen zur Verfügung stehen.

6 Eine andere Facette des Alterns ist das Schicksal deutscher Exilanten, die während des Dritten
 7 Reichs Deutschland verlassen mussten – manchmal bis nach Lateinamerika – und erst nach
 8 1945 wieder zurückkehren konnten. Carsten Heinze setzt sich in seiner Studie am Beispiel
 9 zweier ehemals kommunistischer Antifaschisten – Fritz Teppich und Walter Janka –, die nach
 10 1945 in die DDR zurückgekehrt waren und nach 1989 ihre Lebenserinnerungen veröffentlicht
 11 haben, mit der Problematik lebensgeschichtlicher Geschichts- und Identitätskonstruktionen im
 12 Spiegel ihrer Autobiographien auseinander. Er geht der Frage nach, wie die Autoren vor dem
 13 Hintergrund politisch-historischer Wandlungsprozesse, an denen sie aktiv beteiligt gewesen
 14 sind, ihre Selbsteinschätzung gewannen und sie „als Quelle ihres Selbstbildes und letztendlich
 15 als identitätskonstituierendes Element in ihren autobiographischen Aufzeichnungen narrativ“
 16 konstruierten.³

17 In einem theoretischen Teil setzt er sich mit der Autobiographie als Quelle
 18 sozialwissenschaftlicher Biographieforschung auseinander sowie mit der Bedeutung
 19 narrativer Identitäts- und Geschichtskonstruktionen, um dann auf die konkreten Geschichten
 20 seiner Protagonisten einzugehen. Sowohl der bürgerlich-jüdische Antifaschist Fritz Teppich,
 21 als auch der proletarische Kommunist Walter Janka waren aus sozialistischer Überzeugung
 22 nach ihrer Rückkehr in die DDR gegangen, um am Aufbau eines „besseren“ Deutschland
 23 mitzuwirken. Beide bekamen Schwierigkeiten mit dem Regime der DDR, was bei Teppich
 24 zur Ausbürgerung aus der DDR und bei Janka zu mehrjährigem Gefängnisaufenthalt führte.
 25 In beiden Lebensgeschichten spiegelt sich die allgemeine deutsche Geschichte, beide sind
 26 gekennzeichnet von Vertreibung und Emigration, von politischem Kampf und
 27 Überzeugungswillen, von Haft und Bedrohung. Beide Autoren schreiben gegen den
 28 Zusammenbruch der Ideologie an, die lange Zeit ihr Leben bestimmte. Ihr reales Scheitern
 29 versuchen sie zu kompensieren durch Projektionen auf ein transzendentes sozialistisches
 30 Weltbild, für Teppich verkompliziert durch die Auseinandersetzung mit seiner jüdischen
 31 Herkunft.

³ Vgl. den Beitrag von Carsten Heinze unten, S. 74.

1 Andere Varianten von Lebensgeschichten bzw. von literarischen Verarbeitungen, die wir im
2 Projekt kennen gelernt haben, können wir hier leider nicht vorlegen, wie z. B. die Geschichte
3 eines Mannes, der als Sohn eines Forstbeamten im Palast eines indischen Maharadschas
4 aufgewachsen ist und sein gegenwärtiges von Krankheit bestimmtes Leben in einer deutschen
5 Kleinstadt im Lichte dieser Gegenwelt erträgt – auf einer anderen Ebene eine ähnliche
6 Reaktion wie die von Teppich und Janka.

7 Was wir zeigen können, ist das wechselseitige Ineinandergreifen von politischen
8 Rahmenbedingungen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene und den individuellen
9 Lebensgeschichten einzelner Menschen aus unterschiedlichen Lebensverhältnissen und
10 Kulturen. Für kommende Generationen wird es unter den aktuellen globalen Bedingungen
11 neue Arten von Unsicherheiten geben, die wieder andere Lebensgeschichten erzeugen
12 werden. Von den Ergebnissen des politischen Ringens um neue sozialpolitische Regelungen
13 wird es abhängen, wie weit es der Mehrheit der „Normalbürger“ gelingen kann, ein sie
14 erfüllendes und zufrieden stellendes Leben auch in Ihrem Alter noch realisieren können.

Stefan Schröter

Armut und Umverteilungseffekte der Armutspolitik innerhalb der Europäischen Union

- Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Armut im Alter -

1. Einleitung

Die Existenz von Armut und sozialer Ausgrenzung in den gegenwärtigen postindustriellen Gesellschaften ist eine zentrale Herausforderung an die politischen Entscheidungsträger, die Wirkungsprinzipien des ökonomischen Systems der Marktwirtschaft verteilungsgerechter zu gestalten. Die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit ist in Bezug auf die Auswirkungen für die Effizienz des Wirtschaftssystems aber keinesfalls unumstritten: Auf der einen Seite stehen die Fürsprecher eines integrativen Ansatzes, die für die Vermeidung von sozialen Kosten plädieren, welche sich in Arbeitslosigkeit, Kriminalität etc. äußern. Durch umfangreiche staatliche Sozialleistungen sollten hingegen möglichst alle Menschen in die Lage versetzt werden, ein langes, gesundes und kreatives Leben zu führen. Auf der anderen Seite befürchten die Vertreter des neoliberalen Theorems, dass ein hoher Staatsanteil über erdrückende Steuer- und Abgabenquoten die Marktmechanismen außer Kraft setzen – soziale Ungleichheit begünstigt demnach also ein hohes ökonomisches Wachstumspotential.

Bei einer ersten Annäherung an den Begriff der Armut muss auf die Vielschichtigkeit der Bedeutung dieses Wortes hingewiesen werden. In den einzelnen Ländern der EU bestehen unterschiedliche Wertüberzeugungen und demnach auch unterschiedliche Ansichten darüber, welches soziale Phänomen als „Armut“ zu bezeichnen ist. In einer Definition des Rates der EU aus dem Jahre 1984 haben sich die Mitgliedsstaaten auf ein vergleichsweise weit gefasstes Armutsverständnis geeinigt. Danach gelten die Personen oder Familien als arm, „...die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, das sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ (Deutscher Bundestag, S. 28)

Diese Definition enthält zwei Kategorien, nach denen geprüft werden kann, ob sich ein Mensch in einer Situation befindet, die als „Armut“ umschrieben wird:

Zum einen bestimmen die materiellen Ressourcen, ob ein als Minimum eingestuftes Lebensstandard erreicht werden kann. Dabei wird die existenzielle Notlage, also die absolute

1 Armut, von der relativen Armut unterschieden. Die relative Armut gibt Aufschluss über die
 2 Ungleichheit in einer Gesellschaft – Armut wird dabei als negative Abweichung von den
 3 „mittleren“ Standards einer Gesellschaft bezeichnet.

4 Die zweite Ebene der oben genannten Definition nimmt der sogenannte „Lebenslagenansatz“
 5 ein. Neben den materiellen Ressourcen umfasst die Lebenslage einer Person eine Vielzahl
 6 von Dimensionen, wie z.B. Erwerbsstatus, Bildung oder soziale Netzwerke. Arm und
 7 unterversorgt ist hierbei, wer von einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft
 8 ausgeschlossen ist (vgl. Deutscher Bundestag, S. 28).

9 Der vorliegende Beitrag untersucht auf der Grundlage dieser unterschiedlichen
 10 Definitionsansätze die Ausprägung von Armutsphänomenen in ausgewählten Mitgliedsstaaten
 11 der EU. Die Analyse der Ausgrenzungs- und Verarmungsrisiken im Alter findet dabei eine
 12 besondere Berücksichtigung. Für die Frage nach den Ursachen, aber auch nach den
 13 Instrumenten zur Bekämpfung von Armut, wurden vier verschiedene Länder ausgewählt, die
 14 die vier Sozialstaatsmodelle innerhalb der EU repräsentieren.

15 In **Deutschland** dominiert das Versicherungsprinzip. In diesem Land des
 16 kontinentaleuropäischen Sicherungsmodells ist dabei die soziale Sicherheit grundsätzlich an
 17 den Beschäftigungsstatus geknüpft.

18 Das Sozialsystem des zum skandinavischen Sicherungsmodell gehörenden Landes
 19 **Dänemark** ist hingegen dadurch gekennzeichnet, dass soziale Sicherungsleistungen als
 20 Bürgerrechte definiert werden. Das Sozialleistungsniveau liegt vergleichsweise hoch, wobei
 21 hier die Steuerfinanzierung dominiert.

22 **Großbritannien** gehört dagegen zu dem angelsächsischen Sicherungsmodell.
 23 Sozialversicherungsleistungen werden auf niedrigem Niveau gewährt, bedarfsgeprüfte
 24 Fürsorgeleistungen gehen mit einem staatlichen Gesundheitswesen einher.

25 Im so genannten rudimentären Sicherungsmodell werden südeuropäische Staaten wie z.B.
 26 **Portugal** zusammengefasst. Aufgrund des relativ spät einsetzenden Aufbaus sozialer
 27 Leistungen herrscht hier ein vergleichsweise niedriges Sicherungsniveau vor.

28 Bei der näheren Betrachtung der materiellen Situation aber auch der Lebenslagen in diesen
 29 vier Ländern soll der Frage nachgegangen werden, ob sich für die Länder der Europäischen
 30 Union typische Armutsmuster ergeben. Welche Problemgruppen sind am häufigsten von
 31 Armut betroffen und worin sind die Ursachen für solche Armutstypen zu sehen? Dabei ist
 32 anhand unterschiedlicher Quellen die Hypothese zu überprüfen, ob mit Alleinerziehenden

oder aber alleinstehenden, älteren Frauen hauptsächlich diejenigen von Armut betroffen sind, deren Erwerbsbiographien bspw. aufgrund von Phasen der Kindererziehung größere Unterbrechungen aufweisen.

Daraus abgeleitet wird weiterhin untersucht, inwiefern die neoklassische Annahme Bestätigung findet, dass wirtschaftliches Wachstum bzw. Integration zu einem allgemeinen Zuwachs an gesellschaftlicher Wohlfahrt führt und dadurch quasi automatisch das Armutsproblem gelöst wird.

Als Umkehrung dieser Fragestellung soll schließlich am Ende der Arbeit herausgefunden werden, welche Instrumente und Maßnahmen dazu beitragen, dass in Ergänzung zu den marktwirtschaftlichen Funktionsprinzipien Phasen einer Existenz in Armut verkürzt und insbesondere für alte Menschen verhindert werden können.

2. Armutsdefinitionen

Im Gegensatz zu einer „Existenznot“ im Konzept der absoluten Armut, ist es das Ziel des relativen Armutsansatzes, Phänomene einer „Sozialnot“ offen zu legen. Der Armutsbegriff verlagert sich damit auf den Aspekt der Benachteiligung gegenüber denen, die mehr Einkommen erzielen können – dies impliziert nicht automatisch ein Leben unter einem wie auch immer definierten Existenzminimum (vgl. Krämer, S. 5).

Die Definition von relativer Armut setzt also einen Vergleich zu den „mittleren“ Standards einer Gesellschaft voraus. Zu diesem Vergleich wird oftmals die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens festgelegt. Diese weit verbreitete 50%-Grenze ist aber keinesfalls unumstritten. Krämer weist darauf hin, dass dieser Wert in den sechziger Jahren zum ersten Mal bei Fuchs (1967) erscheint. Für die konkrete Wahl von 50% findet Krämer allerdings keine Argumente. Später wurde der Vorschlag von Fuchs schließlich auch in die Berichterstattung der EU übernommen. Krämer wertet dies als „historischen Zufall“ und unterstreicht, dass dieser Wert völlig willkürlich und nicht durch eine Theorie gedeckt sei (Krämer, S. 11 u. S. 21f.).

Die „Unterversorgung“ einer Person ist aber nicht nur anhand von monetären Größen zu definieren. Vielmehr muss der Fokus auf die Frage nach der Integration der Bürger in die Gesellschaft erweitert werden:

„Beim Lebenslagenkonzept wird nicht nach den verfügbaren Ressourcen gefragt, die ein bestimmtes Versorgungsniveau ermöglichen, sondern nach der tatsächlichen Versorgungslage von Personen, Haushalten oder sozialen Gruppen in zentralen

Lebensbereiche“ (Huster, S. 27). Solche Lebensbereiche bilden etwa die Felder Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben (vgl. Neumann/Hertz, Burri, Huster).

3. Methodologische Überlegungen zur Armutsmessung

Ein zunehmender Konsens in der Armutsforschung zeichnet sich nach der Beobachtung von Kohl in zwei Fragen bei der Verwendung des Einkommensindikators ab:

1. Der Haushalt bzw. die Familie wird als Analyseeinheit für die Ermittlung von Armut genutzt, über die die Einkommensposition des Individuums abgeleitet werden kann. 2. Die meisten Armutsstudien beziehen sich auf das verfügbare Haushaltseinkommen, bei dem die Zahlungen von Sozialleistungen bereits berücksichtigt werden (vgl. Kohl, S. 227).

Die wesentliche Schwierigkeit eines internationalen Vergleichs von Armutsquoten liegt in der Tatsache begründet, dass das Wohlstandsniveau in den Haushalten unterschiedlich gewichtet wird. Größere Haushalte haben gegenüber kleineren relative Einsparmöglichkeiten, da z.B. Ausstattungsgegenstände im Haushalt von allen Mitgliedern genutzt werden können und nicht für jedes Mitglied separat angeschafft werden müssen.

Sogenannte Äquivalenzskalen ermöglichen es, diese Einsparmöglichkeiten zu berücksichtigen und das Haushaltseinkommen im Zusammenhang mit der Haushaltsgröße zu analysieren. Länderspezifisch sind eine Vielzahl von Annahmen über das Einsparpotential in größeren Haushalten zu beobachten, was sich unmittelbar auf die gewichteten Äquivalenzeinkommen und damit auf die daraus abgeleiteten Armutsquoten auswirkt.

Sowohl bei dem Lebenslagenansatz, als auch bei Fragen nach der Einkommenssituation ist schließlich eine wesentliche Einschränkung zu nennen, die die Aussagekraft von Armutsstudien relativiert: Gleichgültig, ob Einkommen und Lebenslagen über Steuer- und Sozialbehörden, oder aber, wie in den meisten Fällen, über Befragungen von Personen gewonnen werden - die empirischen Daten können nur im beschränkten Umfang eine Aussage über die Ärmsten in der Gesellschaft geben. Forscher und Statistiker widmen sich nur selten Personen, die keinen Wohnsitz haben, die sich in Heimen befinden oder aber im Gefängnis einsitzen (vgl. Silva, S.42).

Zu guter Letzt muss berücksichtigt werden, dass die Zuverlässigkeit von Daten, die aus Befragungen über die Einkommens- und Lebenssituation von Menschen stammen, ein wesentliches Manko haben: Costa weist darauf hin, dass insbesondere Personen mit

niedrigem Einkommen dazu neigen, ein Einkommen anzugeben, das über ihren tatsächlichen Einkünften liegt (vgl. Costa, S. 97f.).

4. Armut in Europa: Querschnittsanalyse des Datenmaterials

4.1. Armutsphänomene im Zeitablauf der Europäischen Integration

Wie bereits in der Einleitung dargestellt wurde, existieren in der Europäischen Union unterschiedliche Sozialstaatsregime. Die Mitgliedsländer der EU unterscheiden sich aber nicht nur im Umfang der gewährten Sozialleistungen. Bei der Tendenz globalisierter Wirtschaftskonjunkturen fällt das Wirtschaftswachstum und vor allem die Situation am Arbeitsmarkt im Einzelfall unterschiedlich aus. Daraus lässt sich die Hypothese ableiten, dass nicht nur zu einem Zeitpunkt das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung variiert, sondern dass die Fähigkeit zur sozialen Integration in den Mitgliedsländern der EU auch im Zeitablauf der Europäischen Integration Unterschiede aufweist.

Bevor in der folgenden Untersuchung im einzelnen auf die Armutsmuster und die Integrationskraft verschiedener Sozialsysteme eingegangen wird, soll an dieser Stelle zunächst für den Zeitraum der letzten 20 Jahre ein erster Überblick über die Ausprägung von Armutsphänomen in der Europäischen Union gegeben werden.

Insgesamt weisen die Zahlen darauf hin, dass zum einen in Portugal aufgrund der nachholenden Wirtschaftsentwicklung die Einkommensarmut deutlich reduziert werden konnte. Zum anderen muss Großbritannien mit einem deutlichen Anstieg seiner Armutsquote kämpfen. Als Hypothese kann unterstellt werden, dass diese Entwicklung einerseits durch den in ganz Europa zu verzeichnenden Anstieg der Arbeitslosigkeit, andererseits auch durch den Sozialabbau der Thatcher-Regierung verursacht wurde. In Deutschland kam es zwar nicht zu ähnlich radikalen Einschnitten in das Sozialsystem, das Arbeitslosenproblem macht sich aber auch hier insbesondere ab den 80er Jahren bemerkbar. Weiterhin dürften nach 1990 die Folgen der Wiedervereinigung zusätzlich dazu geführt haben, dass die Einkommensarmut sich insgesamt auch hier stetig ausgeweitet hat. Hingegen ist möglicherweise vor allem das umfassende dänische Sozialstaatssystem der Grund dafür, dass in diesem Land die schon auf niedrigem Niveau befindliche Armutsquote noch weiter sinken konnte.

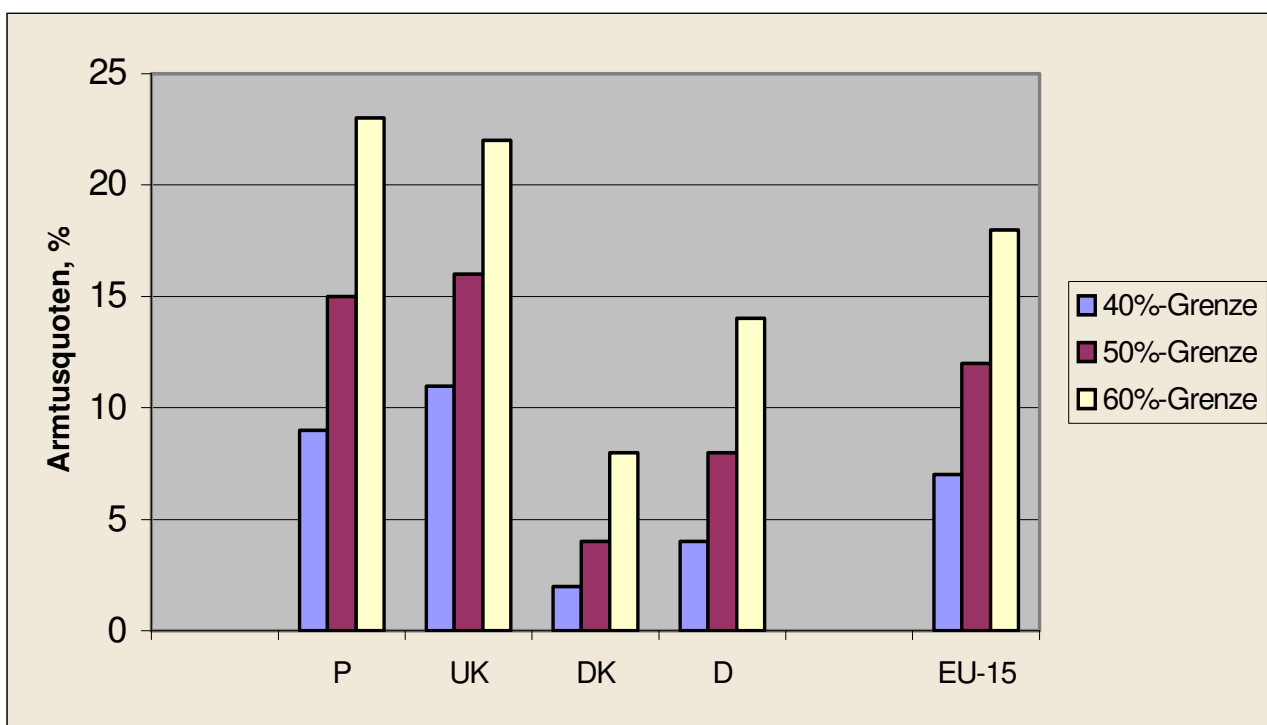
4.2. Einkommensarmut im europäischen Vergleich

4.2.1. Überblick

Bevor im Einzelnen auf die Armutsmuster in den Untersuchungsgebieten eingegangen wird, sollen vorweg die aktuellen Zahlen zur Armut in Europa wiedergegeben werden, die einen direkten Vergleich der Länder zulassen. Die Zahlen stammen aus dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP) und wurden von Eurostat berechnet. Diese gesamteuropäische Befragung der Haushalte ermöglicht auf Basis desselben Umfragekonzeptes die direkte Vergleichbarkeit der ermittelten Daten.⁴

Die Werte aus der Graphik 1 beruhen auf einer Armutsgrenze i.H.v. von 50% des arithmetischen Mittels, die Einspareffekte größerer Haushalte werden über die Neue OECD-Skala bemessen.

Graphik 1 Armutsquoten in Europa im Jahre 1997
(40%, 50% und 60% des arithm. Äquivalenzeinkommens)



Quelle: Europäische Kommission, S.109

Auf Grundlage der Daten des ECHP war das Ausmaß der Armut im Jahre 1997 sowohl in Großbritannien als auch in Portugal auf hohem Niveau. Erstaunlicherweise lag das Vereinigte

⁴ Vgl. <http://forum.europa.eu.int/irc/dsis/echpanel/info/data/information>, 1.5.2002

Königreich bei den Zahlen für die verschärfte Armut (40%) und bei der 50%-Grenze sogar noch über den Werten Portugals. Die Armut in beiden Staaten übersteigt die Werte für den Durchschnitt der EU. Schon Deutschland unterschreitet den durchschnittlichen Armutswert der 15 EU-Staaten deutlich. Für Dänemark bestätigt sich aber nochmals das bereits aufgrund der OECD-Zahlen entstandene Bild: Für alle drei Armutsgrenzen nehmen die dänischen Werte auf sehr niedrigem Niveau gerade einmal die Hälfte der Quoten Deutschlands ein.

4.2.2. Strukturen europäischer Armutsphänomene

Die Analyse der Armut nach typischen Mustern und Problemgruppen soll nach folgenden Kategorien vorgenommen werden: Zunächst wird die Verteilung von Einkommensarmut innerhalb von Altersgruppen betrachtet. Weiterhin muss untersucht werden, ob sich diesbezüglich geschlechtsspezifische Auffälligkeiten ergeben. Im Anschluss daran wird die Frage gestellt, ob die Unterschiede nach Alters- und Geschlechtsstrukturen anhand von Haushaltstypen abbildbar sind. Schließlich endet die Untersuchung mit dem Vergleich der Armutsquoten von erwerbslosen Personen, die kein Einkommen durch Erwerbsarbeit erzielen und damit einen besonderen Haushaltstyp darstellen.

Wie bereits deutlich geworden ist, nimmt die Wirtschaftskraft und dementsprechend die Einkommenssituation in den Ländern der EU eine hohe Variationsbreite ein. Dabei unterscheidet sich weiterhin das Maß an Gleichverteilung der Einkommen innerhalb der Länder. Nach Eurostat sind insbesondere die südlichen EU-Staaten, aber auch Großbritannien die Länder mit einer hohen Ungleichverteilung der Einkommen – vor allem Dänemark, aber auch Deutschland weisen dagegen die niedrigsten Werte auf. Auffällig ist insbesondere, dass Großbritannien, das insgesamt ein ähnlich hohes mittleres Einkommen aufweist wie Dänemark oder Deutschland, von folgender EU-weit zu beobachtenden Regel abweicht: Je höher das mittlere Einkommen, desto geringer ist die Einkommensgleichheit (vgl. Eurostat, S. 45f).

Welche **Altersgruppen** sind nun von der Ungleichverteilung der Einkommen und insbesondere von relativer Einkommensarmut am häufigsten betroffen? Eurostat greift auf die 60%-Marke des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens zurück – Armut wird also anhand prekärer Einkommensverhältnisse definiert. Demnach lässt sich feststellen, dass in allen vier Untersuchungsgebieten Armut in der Altersgruppe von 16-64 am wenigsten verbreitet ist. Die Altersgruppen darüber bzw. darunter sind dadurch gekennzeichnet, dass hier Unterhaltszahlungen bzw. der Bezug von staatlichen Transferleistungen dominiert. Aufgrund

der Nichterzielung von Erwerbseinkommen bestehen damit für diese Personengruppen in der Regel die höchsten Armutsprofile.

Für das dänische Beispiel muss diese Aussage allerdings relativiert werden. Zwar sind ältere Menschen über 65 Jahre überdurchschnittlich oft von Armut betroffen, die Quote liegt bei 22% im Vergleich zum nationalen Durchschnitt mit 8%. Erstaunlicherweise weisen aber Kinder und Jugendliche im Alter unter 16 Jahre mit 3% die niedrigste Armutsquote in Dänemark und im Übrigen auch für das gesamte EU-Gebiet auf (!). In Deutschland dagegen liegt die Armutsquote für das Alter bis 15 Jahre mit 24% um ein Vielfaches höher – diese Altersgruppe ist damit am häufigsten von Armut betroffen. Dagegen sind in Umkehrung zum dänischen Beispiel die deutschen Pensionäre nach den Zahlen des ECHP nicht überdurchschnittlich oft mit Armut konfrontiert betroffen. Die Altersgruppe über 65 Jahre entspricht mit einer Quote von 14% exakt der durchschnittlichen Armutsquote. In Portugal und Großbritannien zeigt sich wiederum, dass sowohl ältere Menschen als auch Kinder und Jugendliche am häufigsten in prekären Einkommensverhältnissen leben.

Bei dem Vergleich innerhalb der einzelnen Altersgruppen weist Großbritannien die mit Abstand höchste Armut für Kinder und Jugendliche auf. In diesem Land liegt die Armutsquote für unter 25-Jährige sogar über den Werten Portugals.⁵ Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass in Deutschland für die Gruppe der unter 16 Jährigen die Armutsrate mit 24% nur knapp (29%) unter dem Wert für die portugiesischen Kinder und Jugendlichen in diesem Alter liegt. Diese schlechten Werte bei der Kinderarmut mag Deutschland für über 65 Jährige mit einer Quote i.H.v. 14% ausgleichen, die noch unter dem Wert Dänemarks liegt. Dagegen leben in Portugal knapp 40% der über 65 Jährigen unterhalb der Armutsgrenze - in keinem anderem Land der EU weist diese Personengruppe eine höhere Armutsquote auf.

Differenziert nach **Geschlechtern** ergibt die Analyse von Armutsmustern vor allem hohe Unterschiede in der Armutshäufigkeit bei Personen über 65 Jahre und bei Personen im erwerbsfähigen Alter. Dabei fällt insbesondere der Unterschied bei britischen Pensionären auf: 34% der Frauen im Alter über 65 Jahre leben unterhalb der Armutsgrenze, bei Männern sind es hingegen nur 22%. Aber auch in Deutschland ist der Geschlechterunterschied in dieser Altersgruppe stark ausgeprägt – 18% der Frauen, aber nur 8% der Männer leben in Armut. Für die Altersgruppe im erwerbsfähigen Alter fällt auf, dass Dänemark nur eine geringfügig höhere Armutsquote von Frauen aufweist. In den restlichen drei Ländern leben dagegen deutlich mehr Frauen als Männer unterhalb der Armutsgrenze.

⁵ Im Gegensatz zu den Ergebnissen der nationalen Untersuchungen leben also auch in Portugal Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich oft unterhalb der Armutsgrenze.

Tabelle 1 Armutsquoten nach Haushaltstypen im Jahre 1997

	Kinderloses Paar mind. 1 Partner 65+	Kinderloses Paar beide Partner unter 65	Allein Erziehende mind. 1 unterhaltsber. Kind	Paar + 2 unterhaltsber. Kinder
DK	17	3	9	3
D	8	8	48	12
P	40	19	40	13
UK	17	7	41	16

Quelle: Europäische Kommission, S. 198

Die Untersuchung von Armutsmustern nach **Haushaltstypen** zeigt, dass sich dort die anhand der Altersstruktur und dem Geschlecht beobachteten Muster zusammenfügen. Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Armutsquoten in verschiedenen Haushaltskonstellationen.

In Deutschland stellt sich beim Vergleich der Haushaltstypen die Einkommenssituation von älteren Menschen als relativ gut dar. Hingegen leben in Deutschland Alleinerziehende, aber auch Paare mit 2 Kindern ähnlich wie in Großbritannien und Portugal überdurchschnittlich oft unterhalb der Armutsgrenze. Die Erziehung von Kindern ist allein in Dänemark nicht mit einer hohen Armutsgefährdung verbunden. Dies lässt sich für dieses Land unter anderem aus den niedrigen Armutsquoten für Kinder und Jugendliche, aber auch den geringfügigen geschlechterspezifischen Unterschieden in den Armutspotentialen ableiten.

Die Untersuchung schließt mit der Darstellung der Armutsquoten bei **Arbeitslosen**. Während im EU-Durchschnitt 38% aller Arbeitslosen unterhalb der Armutsgrenze i.H.v. 60% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens leben, ist in Dänemark die Situation für Arbeitslose mit einer Armutsquote von 3% relativ „komfortabel“. In Deutschland hingegen beträgt dieser Wert 35%, in Portugal 34% und in Großbritannien lebt sogar mit 49% jeder zweite Arbeitslose in relativer Einkommensarmut (vgl. Europäische Kommission, S.195f.).

4.3. Armutslagen im Alter – Ausgrenzungs- und Verarmungsrisiken

Mit Ausnahme von Deutschland weist in den Untersuchungsgebieten die Gruppe der über 65 Jährigen jeweils die höchsten Armutsquoten auf. Dabei gilt aber auch für Deutschland, dass alleinstehende, ältere Frauen im besonderen Maße von Armut betroffen sind.⁶ Über den Ressourcenansatz hinaus stellt sich aber weiterhin die Frage nach der tatsächlichen sozialen Integration älterer Menschen, die insbesondere durch die individuelle Lebenslage im Bereich Arbeit bestimmt wird. Der Umfang der Erwerbstätigkeit vor dem Eintritt in den Ruhestand bestimmt in den meisten Ländern der EU maßgeblich die Einkommenssituation nach Beendigung des Erwerbslebens. Eine schlechte Entlohnung und größere Unterbrechungen der Erwerbsbiographie, die typischerweise bei Müttern anfallen, tragen zu einer Erhöhung der Armutspotentiale im Alter bei, wenn soziale Leistungen an die Erwerbsarbeit gebunden sind. Erwerbslosigkeit ist aber nicht nur mit finanziellen Restriktionen verbunden, insbesondere die unfreiwillige Arbeitslosigkeit geht mit dem Verlust an sozialem Prestige und persönlicher Selbstwertschätzung einher.

Nach der Beobachtung von Eurostat ist innerhalb der EU in dem Zeitraum von 1989-1999 die Beschäftigungsquote von Männern im Alter von 55 bis 65 Jahren um etwa 5 Prozentpunkte auf 47% zurückgegangen. Dieser frühere Rückzug aus dem Erwerbsleben wird vor allem mit der allgemeinen Arbeitsplatzknappheit und „unangepassten“ Qualifikationen begründet. Interessanterweise konnten dagegen Frauen derselben Altersgruppe ihre Beschäftigungsquote in demselben Zeitraum um 4% auf 27% verbessern. Innerhalb der EU variieren die Beschäftigungsquoten älterer Menschen aber deutlich. In Dänemark gingen 1999 54% der Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren einer Erwerbsarbeit nach. In Portugal waren es 51% und in Großbritannien 49%. Erstaunlich gering fällt dagegen die Quote für Deutschland aus - hier gingen nur 38% einer Beschäftigung nach. Dabei fällt auf, dass die Beschäftigungsquote von Frauen in Deutschland mit 29% nochmals deutlich unter dem Durchschnittswert liegt. In Dänemark sind hingegen mit 48% beinahe doppelt so viele Frauen in diesem Alter berufstätig.

Die Chancen älterer ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt nehmen auch deswegen kontinuierlich ab, da ihnen seltener als jüngeren Menschen Qualifizierungsmaßnahmen zugestanden werden. Dabei weisen Dänemark und Großbritannien bei

⁶ Die Bedeutung des Einsparens im Alter ist allerdings nicht zu vernachlässigen. Es muss dabei aber darauf hingewiesen werden, dass das Vermögen im Alter ungleich verteilt ist und Geringverdiener während der Erwerbsphase nur wenig Vermögen ansparen können.

Fortbildungsmaßnahmen für die Gruppe der 55-64 Jährigen die höchsten Werte auf (vgl. Eurostat, S.82f.).

5. Umverteilungseffekte der Armutspolitik

Die Armutsbevölkerung in **Portugal** ist mit dem niedrigsten Sozialleistungsniveau innerhalb der EU konfrontiert. Insbesondere ältere Menschen befinden sich häufig in prekären Einkommenssituationen. Die Benachteiligung von Frauen ist in diesem Land besonders ausgeprägt. Zwar existiert sowohl eine staatliche Mindestrente als auch ein garantiertes Mindesteinkommen – aber auch unter Einschluss dieser Sekundäreinkommen weist Portugal die höchste Armutsquote innerhalb der EU auf.

Auch in **Großbritannien** existiert ein ausgeprägter Sektor der „working poor“. Der dortige Sozialstaat vermag aber auch denjenigen, die nicht vollständig im Markt integriert sind, nur unzureichend Hilfe anzubieten, um aus Armutslagen zu entgehen. Auffallend ist insbesondere, dass die Kinderarmut in Großbritannien stark ausgeprägt ist und sogar noch über dem portugiesischen Wert liegt. Aber auch alleinstehende Frauen und ältere Menschen spüren das geringe Leistungsniveau des britischen Sozialsystems. Das Alterssicherungssystem kann nur geringe staatliche Leistungen bieten, die staatliche Grundrente ist auf niedrigem Niveau angelegt. Die britische Mindestsicherung erreicht andererseits das Leistungsniveau der deutschen Sozialhilfe. Aufgrund der dennoch hohen Armutsquote ist allerdings der Rückschluss zu ziehen, dass das Niveau des britischen Mindesteinkommens, aber auch das der deutschen Sozialhilfe zwar die Intensität der Einkommensarmut dämpft, aber die Armutsquoten nicht nachhaltig senken kann.

Dagegen stellt das staatliche Mindesteinkommen in **Dänemark** einen effektiven Schutz gegen Armutslagen dar. Das Niveau dieser Leistungen ist insbesondere im Falle der Familien mit Kindern so hoch angelegt, dass diese Personengruppen in der Folge sogar nur unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die vergleichsweise geringe Armut von dänischen Frauen ist in diesem Land aber auch mit einer hohen Betreuungsquote für Kinder verbunden. Die älteren Menschen sind in Dänemark mit einem umfangreichen Betreuungs- und Pflegesystem ebenfalls vergleichsweise gut versorgt. Weiterhin ist die Integration älterer Menschen am Arbeitsmarkt im Vergleich zu Deutschland wesentlich weiter vorangeschritten. Allerdings kann Deutschland wiederum eine geringere Quote bei der Altersarmut aufweisen. Dabei ist aber zu beachten, dass zwar in Dänemark, im Vergleich zum durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung, mehr ältere Menschen in Armut leben als in

1 Deutschland. Die dänische Volksrente gewährleistet allerdings, dass innerhalb der Gruppe der
 2 älteren Menschen die Einkommensverteilung gerechter ausgestaltet ist als in Deutschland –
 3 also ist die intragenerative Gerechtigkeit dementsprechend stärker ausgeprägt.

4 Die RentnerInnen in **Deutschland** sind im Gegensatz zu den älteren Menschen in den übrigen
 5 Untersuchungsgebieten vergleichsweise selten von relativer Einkommensarmut betroffen.
 6 Gemessen an dem durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung führt unter anderem das
 7 staatliche System der Rentenversicherung dazu, dass wiederum die intergenerative
 8 Gerechtigkeit hier besonders ausgeprägt ist. Allerdings hat das Äquivalenzprinzip der
 9 gesetzlichen Rentenversicherung eine relative Ungleichverteilung der Rentenzahlungen unter
 10 den RentnerInnen zur Folge, was insbesondere Frauen negativ betrifft. „Patchwork-
 11 Erwerbsbiografien“ haben in Deutschland zur Folge, dass hieraus „Patchwork-
 12 Rentenbiografien“ entstehen. Die hohe Kinderarmut in Deutschland ist ein Indikator für die
 13 schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was insbesondere in der unzureichenden
 14 Betreuungsquote von Kindern begründet liegt. Um Arbeit als Armutschutz für allein
 15 stehende Frauen oder Familien mit vielen Kindern zu ermöglichen, bedarf es eines Ausbaus
 16 des öffentlichen Betreuungssystems. Daneben ist über eine Höherbewertung der
 17 Familienarbeit nachzudenken, die allerdings insbesondere bei der momentan ungünstigen
 18 Arbeitsmarktlage eine Abschwächung der Erwerbszentrierung begünstigen würde. Das
 19 unterste Auffangnetz, die Sozialhilfe, ist in der jetzigen Form bei der Berücksichtigung der
 20 hohen Armutsquote von Kindern und Familien für diese Personengruppen faktisch kein
 21 Schutz des sogenannten sozio-kulturellen Existenzminimums.

22 Wie wird sich die Armutssituation innerhalb Europas auf Grundlage sich verändernder
 23 Optionen zur Erzielung von Primäreinkommen in der Zukunft entwickeln? Insbesondere die
 24 Mittelmeerländer und vor allem die osteuropäischen Beitrittsländer der EU werden weiterhin
 25 mit den Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels zu kämpfen haben, was auch
 26 mittelfristig in Ostdeutschland überdurchschnittliche Armutsquoten zur Folge haben wird. Die
 27 vom neoklassischen Theorem propagierte Lohnspreizung wird sich dabei negativ auf die
 28 Einkommensverteilung auswirken. Dabei muss die Gefahr gesehen werden, dass die
 29 Beschäftigungsquote von Niedrigqualifizierten nicht gesteigert wird und lediglich eine
 30 Umverteilung der wirtschaftlichen Wohlfahrt zu verzeichnen ist, was in Großbritannien der
 31 Fall zu sein scheint. Insbesondere die Beitrittsländer der EU werden in Bezug auf die sich
 32 wandelnden Familienstrukturen ähnliche Armutsstrukturen wie in den meisten
 33 Untersuchungsgebieten entwickeln bzw. verfestigen.

Diese zukünftigen Entwicklungen können mit zwei sozialpolitischen Strategien einhergehen.

1. Auf Grundlage der Theorie des Funktionalismus verzichtet der Staat weitgehend auf umfangreiche sozialpolitische Eingriffe. Die Annahme, dass wirtschaftliche Wohlfahrt quasi automatisch zur Wohlfahrtssteigerung aller Mitglieder einer Volkswirtschaft führen wird, wurde allerdings durch die Beobachtungen in Großbritannien und Portugal widerlegt.

2. Die Theorie des Institutionalismus geht vielmehr davon aus, dass nur über die Einrichtung staatlicher Institutionen die Wohlfahrt aller Bevölkerungsgruppen positiv beeinflusst werden kann. Dementsprechend werden diejenigen, die kein oder nur ein unzureichendes Erwerbseinkommen auf dem Markt erzielen können, durch staatliches Sekundäreinkommen in die gesamtwirtschaftliche Steigerung der Wohlfahrt miteinbezogen. Das neoklassische Argument negativer Auswirkungen staatlicher Interventionen auf die Wachstumspotentiale lässt sich dabei beispielhaft aufgrund des Erfolges des dänischen Wirtschafts- und Sozialsystems widerlegen.

Es wäre allerdings vermessen, die Sozialleistungen des skandinavischen Sozialstaatstyps auf die übrigen Mitgliedsländer unmittelbar übertragen zu wollen. Dennoch lassen sich aufgrund der dänischen Erfahrungen eine Reihe von positiven Praktiken als Vorbild einer Weiterentwicklung insbesondere des deutschen Sozialstaates nutzen. Im Bereich der Alterssicherung stellt sich beispielsweise diesbezüglich die Frage, ob in Form der dänischen Volksrente ein ähnlich hohes Maß an Kollektivität im deutschen Sozialsystem denkbar wäre. Dabei muss zunächst festgehalten werden, dass die hohe Steuerbelastung auch in Dänemark immer weniger Unterstützung findet, die Tragfähigkeit der Solidarität ist in diesem Land aber dennoch höher ausgeprägt als es traditionell in Deutschland der Fall ist. Zwar führt eine Grundrente zu einer höheren Einkommensgleichheit im Alter, die Volksrente als Bürgerrecht muss aber allen eingeräumt werden, auch den Reichen, die auch ohne diese staatliche Leistung auskommen würden. Zielgerichteter ist meiner Meinung nach ein System der Grundsicherung im Alter, das bedarfsgeprüft und pauschaliert über vereinfachte Verwaltungswege sozialhilfeähnliche Leistungen gewährt.

Die Zukunft der deutschen Alterssicherung ist mit der Rentenreform durch eine Stärkung der privaten Eigenvorsorge und eine stetige Beschränkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung gekennzeichnet. Dabei wird zwar die private Vorsorge insbesondere für Familien über eine intergenerative Umverteilung steuerlich begünstigt. Es bleibt aber offen, ob die Privatvorsorge tatsächlich von einkommensschwachen Personen in Anspruch genommen wird. Die Rentenreform ist aber dadurch gekennzeichnet, dass neben einer

1 verstärkten Individualisierung auch die Kollektivität der Alterssicherung durch die
2 Einführung einer Grundsicherung im Alter betont wird. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die
3 Einführung dieses Instruments zur Armutsbekämpfung, ähnlich wie es bei der dänischen
4 Volksrente der Fall ist, die intragenerative Gerechtigkeit stärken wird.

5

1 André Fellbaum

3 *Untersuchung zur Beteiligung von*

4 *Bündnis 90/DIE GRÜNEN an der Rentenreform 2002*

6 **1. Einleitung**

7 Der Diskurs um die deutsche Rentenversicherung, der mit dem Inkrafttreten der Rentenreform
 8 2002 sein vorläufiges Ende gefunden hat, war geprägt durch den vorherrschenden Ansatz
 9 eines angebotsorientierten Politikverständnisses. Der Alterungsprozess der Gesellschaft und
 10 die Implikationen der „Globalisierung“ in Kombination mit der deutschen Standortfrage
 11 galten dabei als angebliche Sachzwänge, die grundsätzlich Eingriffe in die bestehende
 12 sozialstaatliche Ordnung erforderlich machten. Unter den gegebenen Bedingungen wären
 13 üppige Sozialleistungen, ihren Ausdruck u.a. in einer dynamisierten und Lebensstandard
 14 sichernden gesetzlichen Rentenversicherung findend, nicht mehr tragbar. Sie verteuerten den
 15 Faktor Arbeit dermaßen, dass die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sei, woraufhin weiter
 16 steigende Arbeitslosigkeit im Zusammenspiel mit einer ungünstigen demographischen
 17 Entwicklung die Beitragssätze zur GRV unakzeptabel in die Höhe trieben. Als den rettenden
 18 Königsweg im Bereich der Renten erachtete man die teilweise Abkehr von dem solidarischen
 19 umlagefinanzierten zu Gunsten eines privaten kapitalgedeckten Versicherungssystems
 20 (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft 1998, S. 1ff, S. 20-22).
 21 Damit, so die herrschende Meinung, könnten die Renten nachhaltig gesichert, die
 22 Beitragssätze zur GRV auf einem akzeptablen Niveau stabilisiert und folglich die Begrenzung
 23 der sogenannten Lohnnebenkosten erreicht werden, was die Standortsicherung gewährleiste.
 24 Hinter dieser Strategie verbirgt sich die politische Sichtweise, dass ein Weniger an Staat mehr
 25 Raum für das private Engagement und damit zum Wohle aller gereiche. Das bedeutet aber
 26 unweigerlich, dass mit der Übertragung des Altersrisikos in die private Sphäre ein Stück weit
 27 der Kerngedanke des Sozialstaats, das Solidaritätsprinzip, aufgegeben wurde. Das
 28 gegenseitige Einstehen füreinander wurde mit Hilfe des Zweifels an der Sicherheit der Renten
 29 bzw. des Gespenstes steigender Beitragssätze in Misskredit gebracht und mit den
 30 vermeintlichen Vorteilen der Kapitaldeckung konfrontiert. Dabei verschwieg man nicht nur
 31 die Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und dass unter der Bedingung einer
 32 stabilisierten Lohnquote, was in enger Verzahnung mit der Zurückdrängung der
 33 Massenarbeitslosigkeit und dem strukturellen Wandel der Arbeitsbeziehungen (unstete und

prekäre Beschäftigungsverhältnisse) steht, das solidarische Umlagesystem durchaus zukunftsfähig wäre. Nicht erwähnt wurde auch, dass die erhöhte Kapitalbildung infolge einer forcierten Sparneigung zum Zweck eines Belastungsausgleichs in der Zeit unter dem Regime eines Kapitaldeckungsverfahrens fraglich erscheint. Dies wird in verschiedensten ökonomischen Betrachtungen deutlich. So ist auch das Argument, dass der privatisierte Rentenanteil bei problematischen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mehr der folgenden Generation angelastet wird, nur insoweit richtig, wie dann die drohenden Renteneinbrüche nicht durch teurere neue Versicherungspolice aufgefange würden, was einer Beitragssatzerhöhung für die Aktiven gleich käme. Über diese Absenkung bestehender Anwartschaften wurde der Wähler in der Diskussion aber nicht ausdrücklich informiert.

Fragestellung: Ist die Teilprivatisierung der Rente aus ökonomischer Sicht eher fragwürdig, so stellt sich darüber hinaus die Frage, wie eine Partei, die einst mit dem Gedanken der Solidarität als ein Bestandteil ihres „linken“ Selbstverständnisses Werbung betrieben hat, nun diese Demontage gesellschaftlicher Risikoverteilung mit entwerfen konnte. Derweilen fällt dem Betrachter des politischen Tagesgeschehen mindestens seit der Regierungsbeteiligung der Grünen auf, dass diese in vielen Bereichen Entscheidungen mittragen, die scheinbar weit von früheren Haltungen entfernt sind. Genannt seien die positive Einstellung zur Privatisierung des Gesundheitssystems, die Abkehr von der pazifistischen Grundüberzeugung oder die Zugeständnisse in Umweltfragen. Machtbeteiligungs- und Erhaltungstrieb unter den Zwängen realer Politikausübung sind sicherlich ein Teil des Erklärungsmusters. Sie reichen aber vermutlich nicht aus und könnten unterstützt sein von grundlegenden Veränderungen der Wertvorstellungen bei grünen Spitzenpolitikern, Parteibasis und angepeilten Wählerkreis. Ob dieser vorerst hypothetische Ansatz in der Beantwortung der allgemeinen Fragestellung weiterhilft, soll in der vorliegenden Arbeit mittels Literatur- und Interviewanalyse geprüft werden.

2. Bündnis 90/ Grüne – Eine gesellschaftliche Alternative ...?

Angetreten als Alternative gegen verkrustete Strukturen und für neue Ideen konstituierten die Grünen Prinzipien eines sogenannten ‚basisdemokratischen‘ Modells (Tempel 1990: 48) in ihrer Parteiorganisation. Viele Grundsätze aus der Anfangszeit der Grünen sind mittlerweile den Spielarten einer Parteiendemokratie zum Opfer gefallen. Entsprechend ist wohl auch das Umdefinieren oder Anpassen herkömmlicher Wertinhalte zu beurteilen. Es scheint, als hätte man sich von linken Vorstellungen verabschiedet, den Terminus „links“ neu gefüllt, und

dabei begonnen, solidarische Grundüberzeugungen beispielsweise durch die Beteiligung an der Privatisierung des Rentenversicherungssystems aufzuweichen. Dieser Anpassungsprozess spiegelt sich in der Abfolge der Parteiprogramme und mehr noch in der Entwicklung des Wählermilieus und deren Wertorientierungen wieder.

2.1. Selbstverortung der Grünen als eine linke Alternative

„Der Kurs der ‚Anpassung‘ und die ‚Linie des Verrats‘ seien nicht mehr aufzuhalten, die GRÜNEN würden zu einer ‚verspießerten Kleinbürgerpartei von Karrieristen‘ werden.“ (Kleinert 1992: 432, der Autor zitiert die damalige Parteisprecherin Jutta Ditfurth). Dass ein neuer Kurs jenseits von „linken“ Idealen gefahren wird, bestätigen nicht erst jüngste Positionsbestimmungen der grünen Partei, worin er seine Ursachen hat, offenbart sich über die Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland.

2.1.1 Traditionelle Bedeutung des Begriffs „links“

Im allgemeinen Sprachgebrauch steht der Begriff „links“ für eine politische Denkrichtung, die sich an sozialistischen (bzw. kommunistischen) Gesellschaftsidealen orientiert. Sie beinhaltet stets eine gesamtgesellschaftliche, auf den zivilisatorischen Fortschritt ausgerichtete und letztlich alle Völker betreffende Perspektive. Damit ist eine linke politische Haltung stets jenseits von privatkapitalistischen, liberalen, konservativen oder nationalistischen Weltanschauungen zu lokalisieren. Im Zentrum theoretischer Überlegungen steht die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Dies meint die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine wissenschaftlich durchorganisierte und deswegen hocheffiziente Produktion. Das Ziel ist die allseitige freie Entfaltung aller Gesellschaftsmitglieder.

2.1.2 Gesellschaftliche Realitäten in westlichen Demokratien: Wertewandel und Individualisierung

Individualisierung: Ulrich Beck skizziert diesen, wie er es nennt *„Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne“*: In der Summe erscheint die Individualisierung als ein *„historisch widersprüchlicher Prozess der Vergesellschaftung“* (Beck 1986: 119). Den individualisierten Existenzverantwortungen auf dem Arbeitsmarkt stehen die verallgemeinerten Abhängigkeitslagen in Bezug auf soziale (u.a.) Versorgungsangebote gegenüber. Allerdings eröffnet sich in dem Bewusstsein dieses Widerspruchs die Chance zur Entstehung neuer

kollektiver Gemeinsamkeiten und Interessenlagen entlang der Risikoebenen und entsprechender sozialer Bewegungen (Beck 1986: 119).

Wertewandel: Sozialstaatlich relativ gut aufgefangen, gerieten in den 70er Jahren Gefahren und Interessen jenseits der materiellen Versorgung wie Frauengleichstellung, Abrüstung und Umweltzerstörung in das Bewusstsein einiger Gesellschaftsmitglieder. Dieser Prozess der Neuordnung der individuellen und auch kollektiven Präferenzstruktur, der häufig auch als Wertewandel bezeichnet wird, hält bis heute an und ist charakterisiert durch eine Umorientierung zu Lasten materieller und zu Gunsten sogenannter immaterieller Bedürfnisse.

Die Ursachen basieren nach Inglehart auf zwei Hypothesen: (1) Bedürfnisse, die am wenigsten befriedigt sind, bekommen die meiste Aufmerksamkeit und (2) die Bedürfnisse unterliegen einer Reihenfolge entsprechend ihrer Wichtigkeit für das Überleben. In Anlehnung an Maslow werden dabei die menschlichen Grundbedürfnisse in fünf Kategorien nach einer existenziellen Abwärtsfolge unterteilt. Am Anfang befinden sich physiologische mit Hauptmotivation (Ernährung, Sexualität usw.) und am Ende steht das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung (Thome 1985: 6 - 11).

Als Erscheinung dieses „postmaterialistischen“ Wertewandels in Verbindung mit dem oben umrissenen Individualisierungsszenario wird die Entstehung und Entwicklung der Grünen hier verstanden. So wird nachfolgend auch verständlich, wie neue Inhalte (Werte) sich zu alten hinzugesellen und diese am Ende sogar überlagern und verdrängen können.

2.1.3 Neue Inhalte eines alten Begriffs für einen wohlhabenden und gutgebildeten

Mittelstand

Klientel der neuen Werthaltung: Neben linken Systemkritikern und ‚grünen Müslis‘ konnten mit den Jahren auch beruflich etablierte Metropolbürger mit links-bürgerlicher oder ökologisch angehauchter liberaler Weltsicht integriert werden. So stimmt zum Anfang der 1990er Jahre beinahe schon das schon früh attestierte Bild einer modernen Partei mit ökologisch und sozialen Zügen für die gebildeten und gutsituierten Mittelschichten (Kleinert 1992: 325). Diese Schichten entwickeln aufgrund ihrer spezifischen Merkmale Bedürfnisse nach Vorgabe der oben skizzierten Prozesse des Wertewandels.

Neuer Inhalt eines alten Begriffs: Kleinert (1992: 387) schreibt: *„In den westlichen Industriegesellschaften tendieren Menschen mit ‚postmaterialistischen‘ Werthaltungen, die ja den größten Teil der GRÜNEN-Anhänger ausmachen, ganz überwiegend zu einer*

Selbsteinstufung als ‚links‘, verstehen darunter aber gerade nicht Ziele wie ‚Vergesellschaftung‘ oder ‚Ausbau des Staates‘, dafür aber ‚Bewahrung der Umwelt‘, ... , oder auch ‚Ausweitung der Freiheiten des Einzelnen‘.“ Schließlich heißt es fast selbstkritisch vorwurfsvoll: „Die GRÜNEN verkörpern in ihrer Mehrheit zugleich eine immer stärker zum radikalen Individualismus mutierte linkspolitische Ideologie der Befreiung von allen möglichen Formen der Freiheitsbegrenzung durch Zwänge und Institutionen, einen links eingefärbten, hochmodernen Selbstverwirklichungsradikalismus.“ (Kleinert 1992: 454). Dieses Bedürfnis nach unbedingter Selbstverwirklichung fußt allerdings weniger auf den Bedingungen sozialistischer Produktionsverhältnisse, sondern eher auf einer im Kapitalismus erfolgreichen individuellen Lebenslage, die es dann auch ermöglicht, privat für das Alter vorzusorgen.

2.2 Chronologie der Parteiprogramme unter dem Blickwinkel der Sozialpolitik

Die Durchsicht der Bundestagswahlprogramme der Grünen bestätigt die zitierten Einschätzungen. Insgesamt sind traditionelle Leitbilder der Solidarität mit neuen Ansätzen und Wegen der individualisierten Anpassung spätestens seit 1998 durchzogen: mehr Teilzeitarbeit, Absicherung der Finanzierungsbasis der sozialen Sicherung versus mehr Eigenverantwortung, mehr Generationengerechtigkeit auf Kosten der intragenerativen Solidarität, um nur einiges zu benennen. Ein paar exemplarische Auszüge aus den vorherigen Programmen belegen den Rückzug ehemals linker Ideen. So gipfelten 1980 Forderungen darin, so etwas wie ein qualitatives (postmaterielles, eigene Anmerkung) und soziales Wachstum gegen die „bestehenden Herrschaftsverhältnisse durchzusetzen“ (Bundesprogramm 1980: 7). Oder noch 1990 hieß es: „Wir brauchen eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft, ein neues Modell der Vergesellschaftung, in dem die Menschen im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften, in dem sich freie Subjektivität mit solidarischem Gemeinsinn verbindet, in dem materielle Sicherheit und gleiche demokratische Rechte für jedermann und jedefrau zur Wirklichkeit werden.“ (Programm zur Bundestagswahl 1990: 6) Die Grünen erwogen sogar eine „tiefgehende Transformation dieser Gesellschaft“ (Ebenda: 6) und forderten an späterer Stelle für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten (Ebenda: 37). Doch ab 1994 klang alles weniger konkret und weniger griffig. Der Weg aus der ökologischen und sozialen Krise wurde nun einerseits im „Aufbruch eines klassischen Industrielandes auf der Grundlage ökologischer Innovationen“ (Programm zur Bundestagswahl 1994: 9) gesehen,

was das System nicht mehr grundsätzlich in Frage stellte. Andererseits berührte eine auffällige Änderung in der sozialpolitischen Positionierung der Grünen die Arbeitsverhältnisse. Für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurde nun nachdrücklich betont, dass dies „*nicht zum Nulltarif*“ (Ebenda: 15) zu haben sei, womit Abstand von älteren Umverteilungsideen nach unten genommen wurde.

Die programmatische Manifestation scheint zwar dem attestierten Bewusstseinswandel zeitlich hinterher zu hinken, eine genaue Datierung der Umorientierungen ist aber nicht entscheidend. Ausschlaggebend ist, dass dies seit Jahren geschieht und problematische politische Ideen zum Vorschein bringt, die man der Partei aus ihrem historischen Ansatz heraus nicht ohne weiteres prophezeit hätte. Gemeint sind hier die Vorstellungen zur teilweisen Entvergesellschaftung sozialer Risiken wie in der konkreten Form der Teilprivatisierung des Altersrisikos. Diese Stufe des Abbaus von allgemeiner Solidarität wurde von den Grünen mit erdacht und gestaltet. Einen frühen Hinweis auf diese Tendenzen geben eventuell schon die elementaren Forderungen der Grünen nach mehr Selbstbestimmung gegenüber staatlicher Bevormundung. Dies ist schließlich von Anfang an Bestandteil grüner Perspektiven gewesen. Ein gut gemeinter emanzipatorischer Ansatz könnte sich als „Eigentor“ erweisen, wenn nämlich Unsicherheit keinen Spielraum mehr lässt für freie Entfaltung.

3. Hypothesen zur Beteiligung der Grünen an der Renten-Reform 02

Folgende Hypothesen ergeben sich aus den bisherigen Darstellungen:

H 1: Ist das gesellschaftliche Milieu, an dem die Grünen sich orientieren, gekennzeichnet durch eine gute Bildung, mittleres bis hohes Einkommen, einen gewissen Besitzstand und anerkannte gesellschaftliche Positionen? Prestigedenken, Besitzstandswahrung und die Verlagerung individueller Bedürfnisse in Richtung geistiger Werte ist dann zu vermuten.

H 2: Halten die Grünen und ihr Wählerumfeld mittlerweile Werte wie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität als Bestandteile des einstigen linken Selbstverständnisses für nachrangig? Dies stünde in mehr oder weniger konsequenter Linie mit dem seit Jahren von ihnen neu besetzten Inhalt der Terminologie „links“, die ohnehin weitgehend aus der grünen Selbstverortung zugunsten einer ökologischen Bürgerrechtspartei gewichen ist. Es wäre zu fragen, ob „links“ heute bei den Grünen abseits ehemaliger Wertorientierungen von Kollektivität, Vergesellschaftung und Solidarität vielmehr

Individualität, Freizügigkeit und Autonomie sowie auch Selbstverantwortung und schließlich ein Verzichts- und Genügsamkeitsdenken meint?

H 3: Im ökologischen Sinne wird Nachhaltigkeit begriffen als umweltbewahrendes Handeln. Wenn dies oberste Priorität bei den Grünen besäße, könnte man folgende Strategie unterstellen: Wenn über die Privatisierung der Rente aufgrund von Gegenwartspräferenzen der Menschen über die Generationen der Konsum begrenzt werden kann, stünden zwei ehemalige „grüne“ Antagonismen, Nachhaltigkeit und Individualität, im Einklang. Wird dann die neoliberale Forderung nach mehr Selbstverantwortung bezüglich der Rente zwingend für die Grünen?

H 4: Verwenden die Grünen den Begriff Nachhaltigkeit im Bereich der Rente im Sinne einer Zukunftssicherung des Rentensystems? Und wie bringen sie dies mit den kritischen Ergebnissen der makroökonomischen Analysen, die die Kapitaldeckung als dafür wenig geeignet erweisen, in Übereinstimmung?

H 5: Aus H 1 und H 2 ließe sich ableiten, dass der typische Grünen-Wähler von den Verteilungsbedürfnissen unterer sozialer Schichten wenig berührt wird, sich aus Gründen eigener immaterieller Bedürfnisse möglicherweise darüber hinweg setzt und von daher die Forderung nach weniger obligatorischer Sozialrente zum Zweck der Gestaltung eines privat arrangierten und deswegen vermeintlich nachhaltigeren Rentenversicherungssystems unterstützt.

4. Analyse des leitfadengestützten Interviews

4.1. Methodik

Es ist selbstverständlich klar, dass die Fragestellung nicht anhand einer sehr begrenzten Menge an Literatur zuzüglich einer einzigen Expertenbefragung gültig im Sinne statistischer Repräsentativität beantwortet werden kann. Repräsentative Umfragen zur Untersuchung von Wertorientierungen im grünen Wählermilieu sind hier aber nicht zu bewerkstelligen. Genügen kann vielmehr eine sogenannte qualitative Methode, die gewährleistet, dass thematisch relevante Erfahrungen (hier: Wissen über das eigene Klientel) und eben handlungsleitenden Wissensbestände (hier: Begründungen und makroökonomische Konsequenzen der Rentenreform) optimal zum Ausdruck kommen können (Frontzek 1988: 50). Dafür bietet sich ein sogenanntes Experteninterview an, das auch als qualitatives oder Intensivinterview bezeichnet wird (Friedrichs 1990: 224).

Die Hauptaufgabe eines Experteninterviews besteht nach Friedrichs (1990: 224) darin, „genauere Informationen vom Befragten mit besonderer Berücksichtigung seiner Perspektive, Sprache und Bedürfnisse zu erlangen.“ Auf diesem Wege gelingt es u.a. die Bedeutung einer Antwort zu klären, wichtige Einzelaspekte der Meinung des Befragten zu ermitteln oder Einflüsse auf die Meinungsbildung einer Person zu erkunden. Exakt diese Zielsetzungen lagen der Intention der vorliegenden Arbeit zugrunde. Wegen der hier nicht weiter zu erörternden Nachteile des Intensivinterviews (vgl. Friedrichs 1990: 233f, 235f) besteht seine eigentliche Funktion letztlich nur in einer ergänzenden, nämlich der Ausweitung eines vorwissenschaftlichen Verständnisses. Zur Prüfung von Hypothesen ist es alleine wenig geeignet (Friedrichs 1990: 226).

4.2. Systematische Analyse

Die nachfolgenden Auszüge aus dem Interview, das ich vom 4.3.2002 in Berlin mit einer Vertreterin der Regierungsfraktion geführt habe, verdeutlichen Grundhaltungen grüner Politikstrategen und dienen somit der Verfestigung der aufgestellten Hypothesen zur Beteiligung der Bündnisgrünen an der Rentenreform. Alle Zahlen in Klammern – einschließlich der im Fazit - bezeichnen Seitenangaben aus der Transkription des Interviews.

4.2.1. Zum Bedarf an einer Rentenreform

„ ..., die sogenannte strukturelle Überalterung der Gesellschaft.“ ... das war, wenn man so will die größte Triebkraft für die Reform auch für uns.“ (Interview: 1). Hinzu gesellen sich die Probleme der lückenhaften Anspruchsbiographien im Gefolge von Kindererziehung und unsteter Beschäftigungsverläufe und die allgemein schwindende Akzeptanz der GRV: „Die Sozialversicherungsbeiträge müssen runter, die sind schädlich ... und sie stellen außerdem auch ein großes Akzeptanzproblem dar.“ (Interview: 13).

Die demographische Entwicklung verteuert die GRV für alle Beteiligten, was die allgemeine Akzeptanz untergräbt. Erweitert um die Ungerechtigkeiten bei den Anspruchsbiographien könnte so der Nenner heißen haben, auf dem die Grünen ihre Begründung für die Rentenreform aufgebaut haben. Die besondere Dimension der Generationengerechtigkeit wird später deutlich werden.

4.2.2. Zur Umsetzung eigener Vorstellungen und weiterführende Ideen

Wie oben angeführt, ist besonders das Schließen von Anspruchslücken ein grünes Anliegen in der Reform gewesen. Eine weitere Vision ist die Schaffung einer obligatorischen BürgerInnengrundversorgung als Existenzsicherung: *„Ich finde, dass es in Ordnung wäre, ... wenn der Staat sich darauf beschränken würde, den Leuten eine Existenzsicherung abzuverlangen, dass sie sich kollektiv und verpflichtend so absichern, dass sie immer vor Armut geschützt sind und darüber hinaus eben freiwillig Vorsorge treffen ...“* (Interview: 5). Der hier bereits anklingende Ansatz der Teilprivatisierung der Rente wird zudem als notwendiges Konzept verstanden, um das allem übergeordnete Anliegen der Grünen einer Herstellung von Generationengerechtigkeit zu realisieren: *„... die eigentliche Intention der Regierung war es, die Umverteilung zwischen den Generationen zu verändern, also die Beitragssätze zu stabilisieren durch Niveaubeschränkungen, so dass sie auch von kommenden Generationen noch zu verkraften sein würden.“* (Interview: 22)

4.2.3. Zur Abgrenzung zu anderen Parteien

„Für die Vorgängerregierung war ja Rentenpolitik rein Politik für die Alten, nicht für die Beitragszahler, nicht für kommende Generation, einfach für die Alten und die haben sich ewig davor gedrückt, den Alten reinen Wein einzuschenken.“ (Interview: 23). Erscheint die Politik der CDU und auch der SPD als Anwaltschaft für die älteren Menschen, so verstehen sich die Grünen eher als das Sprachrohr einer jüngeren Generation. Dies klang während des gesamten Interviews immer wieder durch, so auch in der ablehnenden Haltung gegenüber einem Vorschlag der Gewerkschaften, der das Problem der fallenden Lohnquote thematisierte (Interview: 14).

Ganz anders stehen die Grünen zu typischen Positionen der FDP: *„Die Sozialversicherungsbeiträge müssen runter, die sind schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt und sie stellen außerdem auch ein großes Akzeptanzproblem dar.“* (Interview: 13, vgl. oben). Zu dieser angebotsorientierten Sichtweise reiht sich die bereits angedeutete Forderung nach einer sozialen Basisversorgung, die vor Armut schützt und die Lebensstandardsicherung der individuellen Verantwortung überlässt. Es scheint, als haben die Prinzipien der Solidarität, Kollektivität und Verteilungsgerechtigkeit eine greifbare Grenze im Denken der Grünen. Zu sehr bestimmt die Vorstellung selbstverantwortlicher und mündiger Bürger den staatlichen Verantwortungshorizont im Bild grüner Politiker. Die Nähe zu den Strategien der FDP ist unverkennbar.

4.2.4. Zur Einschätzung wissenschaftlicher Kritik

Dem Einwand, dass die Krise der GRV im Wesentlichen durch die Defizite der Einnahmeseite begründet sei, entgegnete die Befragte Bedenken bezüglich einer Vermittelbarkeit der Dinge: „*Aber ein volkswirtschaftliches Seminar können wir schlecht durchführen mit der Bevölkerung (lacht).*“ (Interview: 14) Auch der Verweis auf heterogene Daten lässt durchscheinen, dass die Befragte (stellvertretend für die Grünen) im Grunde die Stimmigkeit der Argumentation anerkennt.

Die Zweifel an einem durch eine Kapitaldeckung der Rente möglichen Belastungsausgleich in der Zeit in Anlehnung an die Mackenroth-These wurden von der Befragten einerseits gesehen. Andererseits wird trotzdem auf auswärtige Märkte gehofft, um dem „*grundsätzlich anderen Ansatz*“ (Interview: 25) der Grünen, der die Entlastung zukünftiger Generationen vorsieht, gerecht zu werden. In Anerkennung unbestreitbarer Vorteile des Umlageverfahrens sei schließlich ein kombiniertes System das beste (Interview: 27f). So behindert der Zwang zur politischen Aktion möglicherweise eine realistische Sichtweise.

4.2.5. Zur Wertorientierung im Milieu der Grünen

Selbstverständlich lassen sich Wertorientierungen der Menschen auch immer an deren Handlungen und Stellungnahmen zu anderen Positionen ablesen. Direktere Äußerungen zu verschiedenen Inhalten wie Solidarität, Eigenverantwortung, Nachhaltigkeit und nicht zuletzt (Verteilungs-)Gerechtigkeit hinsichtlich ihrer Bedeutung im eigenen Wertekatalog liefern dann die fehlende Evidenz einer Positionierung des Untersuchungssubjektes. Wiederholungen, wie auch bereits oben zu erkennen, untermauern spezifische Gewichtungen.

Für den Bereich des Sozialen bedeutet Nachhaltigkeit für die grüne Bundestagsfraktion erst einmal nur die Schaffung von Sozialsystemen, die auch für künftige Generationen akzeptable Beitrags-/ Leistungsrelationen garantieren: „*Das meinte die Fraktion, ob die Sozialpolitik unter nachhaltig, dass das nicht angeht, dass man unseren Nachkommen ... Sozialsysteme hinterlässt, in der womöglich 40 Prozent des Arbeitnehmerbruttos schon weggehen ...*“ (Interview: 10).

Ob die intergenerative Gerechtigkeit auch wichtiger sei als die Gerechtigkeit, die über die funktionale Einkommensverteilung berührt würde, wurde von der Befragten mit einem klaren „ja“ (Interview: 24) beantwortet. Bei Ablehnung von zuviel Staat und im Vertrauen auf die Vorzüge der Kapitaldeckung erklärt sich damit auch der „*erklärte Wille*“ der Grünen, „*dass*

1 *den Leuten klar wird, sie müssen vorsorgen. Sie müssen Eigenverantwortung übernehmen ...“*
 2 (Interview: 28f).

3 Von traditionell linken Lösungsansätzen, die eine Korrektur der funktionalen
 4 Einkommensverteilung im Visier hatten („*Menschheitsfragen*“ (Interview: 31)) distanzierte
 5 sich die Befragte mit Nachdruck und attestierte auch der gesamten Partei, dass solch
 6 Sichtweisen nicht mehr dominant seien. Ohnehin dominieren anscheinend mehr und mehr
 7 subsidiär geprägte Auffassungen über staatliche Aufgaben, wenn es heißt, dass „*der Sinn*
 8 *staatlicher Politik darin liegt, den Bürgern Hilfe zur Selbsthilfe zu liefern und ihnen ein*
 9 *selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.*“ (Ebenda: 31).

10 Mit dem Blick auf die kommenden Generationen ist auch der Einsatz der Grünen für heute
 11 sozial benachteiligte Gruppen mit einem „aber“ versehen. Auf dem Konfliktfeld der
 12 Interessen kennt die Befragte eben auch „*Bürger(n), die dann auch das Bemühen vermissen*
 13 *lassen, zu sehen, was für Konsequenzen der Verzicht auf eine Reform, wenn sie sich darüber*
 14 *beklagen, dass man irgendwas reformieren will, für andere bedeuten würde ...*.“ (Interview:
 15 34). Mit anderen Worten: Für einen Konsens zwischen den Generationen müssen alle
 16 beitragen, auch die, die heute schon zu den „Verlieren“ zählen.

17

18 **5. Fazit**

19 Die grundlegende Fragestellung dieser Arbeit bestand darin, ob neben den Antrieben zur
 20 Machtausübung auch Veränderungen in den Werthaltungen des grünen Politiker- und
 21 Wählermilieus die Beteiligung der Grünen an der Rentenreform 2002 begründet haben. Die
 22 dafür auf der Grundlage vorwissenschaftlicher Wahrnehmung und der Analyse ausgewählter
 23 Literatur (Veröffentlichungen über die Grünen von Autoren aus den eigenen Reihen und
 24 Bundestagswahlprogramme) entwickelten Hypothesen (H1 – H5), die ihrerseits bereits über
 25 den Schritt der Literaturanalyse verfestigt wurden, konnten durch die Befragung einer
 26 mitverantwortlichen und in Sachen Rentenpolitik kompetenten Person aus dem
 27 Mitarbeiterkreis der grünen Bundestagsfraktion bis auf H3 weiter verfestigt, freilich nicht
 28 endgültig bestätigt werden.

29 Die Grünen bringen den Nachhaltigkeitsbegriff im Bereich der Rentenpolitik nicht in
 30 Zusammenhang mit dem Umweltgedanken (Interview: 9f). Motivationen zur
 31 umweltschonenden Reduzierung der Nachfrage im Sinne von H3 stehen folglich nicht hinter
 32 der grünen Reformbeteiligung.

H1 kann als verfestigt gelten, da der typische Wählerkreis nach wie vor in einem gut gestellten Lehrermilieu lokalisiert wird (Interview: 31). Die Verallgemeinerung der in der Hypothese aufgestellten Vermutungen zu den Eigenschaften von materiell gesicherten und gut gebildeten Gesellschaftsschichten wird als problematisch anerkannt, gravierende Gründe für eine Unzulässigkeit aber nicht gesehen.

Der Wert der Solidarität im Denken der Grünen konnte wenig konkret und nur auf Umwegen ergründet werden. Solidarität hat aber vorrangig ihre Bedeutung in der intergenerativen Dimension. Die Verantwortung für und das gerechte Teilen mit den nachfolgenden Generationen wird als wichtiger erachtet als die Gerechtigkeitsbedürfnisse der heute Lebenden. Man versteht sich als das Sprachrohr der Jungen und besitzt eine gewisse Distanz zum traditionellen Subjekt gesellschaftlicher Solidarität, dem Durchschnittsbürger (Interview: 17). Aber Solidarität konkretisiert sich immer in den Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts. Bis auf eine Basisversorgung, die einen allgemeinen Schutz vor Armut garantiert, ist die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit keine erste Aufgabe des Staates und auch hier steht der Blick auf zukünftige Generationen im Vordergrund (Interview: 22, 31). Eigenverantwortung wird stattdessen groß geschrieben, was in der grünen Tradition von einer Ablehnung des entmündigenden Staates steht (Interview: 28f). Ähnliches gilt für die Forderung der Nachhaltigkeit. Insbesondere auch unter dem Blickwinkel der Rentenpolitik hat sich dieser Wert fest verankert bei den Grünen und meint Sicherheit für kommende Generationen (Interview: 9f, 24). Alles in allem haben traditionelle Bestandteile linken Denkens eine Schwächung bei den Grünen erfahren und sind entsprechend der Hypothese 2 durch neue Orientierungen verdrängt worden. H2 kann damit als „bestätigt“ gelten. Dabei kann nicht mit letzter Sicherheit entschieden werden, ob die Eigenbezeichnung „links“ oder „links-alternativ“ tatsächlich noch so gebräuchlich ist, wie sie es nach dem über die oben bearbeitete Literatur vermittelten Eindruck noch vor ein paar Jahren gewesen zu sein schien. Bezeichnungen wie Bürgerrechtspartei oder „bürgerlich-liberal“ sind geläufig und werden vermutlich von vielen im grünen Umfeld bereits mit Selbstbewusstsein und als Distanzierung zu den „Systemüberwindlern“ getragen. Dies wäre m. E. auch nur konsequent, um einem Etikettenschwindel vorzubeugen.

Berechenbarkeit und Begrenzung der Beitragssatzentwicklung zur GRV, um ein übermäßige Last von kommenden Generationen abzuwenden, das bedeutet, wie gesagt, Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit dem Rentensystem für die Grünen. Dies wird via Teilprivatisierung des Systems, realisiert in der Rentenreform 2002, als durchführbar eingeschätzt. Im Vertrauen in die einschlägigen Argumentationslinien liberaler Angebotsstrategen – gesellschaftliche

1 „Überalterung“, üppiger Sozialstaat, zu hohe „Lohnnebenkosten“, Kapitalflucht, Krise des
2 Sozialstaats (Interview: 1f, 13f) – werden auch von den Grünen die kritischen
3 makroökonomischen Implikationen mehr oder weniger Bewusst ausgeblendet. Die
4 anstehende und dadurch beschleunigte Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten
5 wird mit dem Argument, dass das zum Wohle zukünftiger Generationen geschehe, beinahe
6 selbstverständlich in Kauf genommen. Dies ist ein Schlag ins Gesicht derer, die aufgrund
7 ihres geringen Einkommen nicht fähig sind, „den Gürtel enger zu schnallen“. Aber als Anwalt
8 der „kleinen Leute“ verstehen sich die Grünen wohl ohnehin nicht (mehr), eher als der der
9 noch nicht Lebenden. Dies alleine ist schon sehr zu kritisieren, da grundsätzlich zu fragen
10 wäre, inwiefern das Postulat der Nachhaltigkeit in moralischer und philosophischer Hinsicht
11 überhaupt Sinn macht, sieht man einmal von der Rücksicht auf die eigenen Kinder ab.
12 Wesentlich kritischer zu bewerten ist die unberücksichtigte Kritik an der äußerst
13 zweifelhaften (wenn nicht sogar theoretisch widerlegten) Vorteilhaftigkeit der
14 Kapitaldeckung, die wegen eines vermeintlichen Zinsgewinns für den Belastungsausgleich in
15 der Zeit das Vorhaben legitimiere. Wenn empirisch bestätigt werden sollte, dass in Analogie
16 zu den beschworenen Problemen des Umlageverfahrens unter gegebenen demographischen
17 Umständen und bei fixierten Beitragssätzen das Rentenniveau sinken muss, da auch private
18 Anwartschaften korrigiert werden, so handelt es sich bei der Angelegenheit um eine fast
19 böswillige Irreführung der Betroffenen. Denn mit oder ohne Anhebung der Prämien
20 (Beiträge) hätten dann nicht einmal kommende Generationen etwas gewonnen. Ein Pakt mit
21 der gewinnenden Kapitaleseite soll hierbei nicht unterstellt werden; die wenigsten Grünen
22 werden ihre maßgeblichen Einkommen aus Vermögensbesitz beziehen. Für den sehr
23 fragwürdigen Pakt mit den kommenden Generationen aber hätte man fairerweise gleich sagen
24 können, Leute, wir kürzen euch die Renten für unsere Kinder (was dann allerdings purer
25 Unsinn wäre, denn auch die könnten nichts gewinnen)! Steht Unwissenheit hinter der
26 Ausblendung, so wäre lediglich über die Kritik zur Nachhaltigkeit nachzudenken. Ist dies
27 nicht der Fall, so muss unterstellt werden, dass aus Gründen egozentrischer
28 Selbstverwirklichung zweifelhafte Konzepte ausgedacht und umgesetzt werden. Dann wäre
29 H5 eventuell sehr nahe an der Realität. Zum Glück sind aber auch die Grünen keine
30 homogene Gruppe und oppositionelle Kräfte sind hinsichtlich mehrerer in dieser Arbeit
31 erörterter Fragen aktiv (u.a. 24f).

Birgit Westphal

Freie Wohlfahrtspflege als Dienstleistungserbringer zwischen nationalen Traditionen und europäischen Wettbewerbsbestimmungen

1. Wohlfahrtspflege in Europa

Freie Wohlfahrtsunternehmen stehen wie alle Unternehmen im Gesundheits- und Sozialwesen in Europa vor dem Problem, dass die demographische Entwicklung zu einem immer höheren Anteil alter und älter werdender Menschen steht. Gerade ältere Menschen haben oft mehrere Krankheiten gleichzeitig. Weiterhin wird die Entwicklung von einem gesellschaftlichen Strukturwandel im Sinne einer zunehmend individuelleren Lebensgestaltung geprägt. Bei Krankheit, Behinderung und Alter hilft also kaum noch die Familie und es werden somit auch mehr Dienste nachgefragt. Man spricht hier also vom Trend einer Nachfrageerhöhung an Leistungen sozialer Dienste im Allgemeinen, auch wenn in den einzelnen Mitgliedstaaten Unterschiede bei den Leistungserbringern bestehen, die nachfolgend herausgearbeitet werden sollen, wobei auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien besonders ausführlich eingegangen werden soll.

1.1 Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland

1.1.1 Historische Entwicklung und Stellung in Deutschland

Mit dem Bismarckschen Versicherungssystem war gesellschaftlich eine Umwälzung verbunden. Das bis dahin von der Kirche und den Gemeinden als vornehmste Aufgabe wahrgenommene Armenwesen wurde von dem Prinzip der Versicherung mit dem Gedanken des Rechtsanspruchs, der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung abgelöst.¹ So setzte sich in der Sozialpolitik der Grundgedanke durch, dass der Staat die Verantwortung für ein bestimmtes Maß an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit gegenüber allen Schichten der Gesellschaft zu tragen habe. Außer durch das Versicherungssystem wird dies durch den Generationenvertrag gewährleistet, wonach die arbeitende Bevölkerung die Nichtarbeitenden an den wirtschaftlichen Ergebnissen teilhaben lässt. Nachdem der Staat nach der Bismarckschen Sozialgesetzgebung immer mehr in gesellschaftliche und soziale Bereiche gestaltend eingriff, organisierten sich auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege und

¹ Wolfgang Mickel: Geschichte, Politik und Gesellschaft, Bd. I, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1991, S. 230

festigten ihre Strukturen, wobei sie ihre Organisationsstrukturen verstärkt mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege verbanden. Diese Entwicklung der freien Träger war verbunden mit der Pluralisierung der Verbandszwecke, der Zusammenfassung regionaler Vereine in übergreifende Organisationen, der Herausbildung von Spitzenorganisationen und einer zunehmenden Abhängigkeit von staatlichen Garantieleistungen. Hier wurden die Fundamente einer engen Verflechtung und Kooperation zwischen staatlicher und freier Wohlfahrtspflege und der damit verbundenen staatlich garantierten privilegierten Rolle der freien Träger gelegt.² Im Erlass über die Fürsorgepflicht von 1924 wurde dann die grundsätzliche Nachrangigkeit kommunaler Armenfürsorge bestimmt und erstmals die Verbände oder Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege ausdrücklich in gesetzlichen Regelungen erwähnt. Staatliche Instanzen förderten die Verbände mit Subventionen und trugen somit unterstützend zur Entstehung eines wohlfahrtsverbandlichen Kartells bei³, da sie mit wenigen Großverbänden eine schnelle Einigkeit in gemeinsamen Fragen herstellen und gleichzeitig die nichtöffentliche Fürsorge besser überwachen konnten. Nachdem dann zu Zeiten des Nationalsozialismus die Position der Wohlfahrtsverbände stark geschwächt wurde⁴, stellten sie nach dem zweiten Weltkrieg für die Alliierten eine nützliche Hilfe dar und erlangten rasch ihre frühere Stellung zurück, welche sie, unterstützt durch die Politik, sogar noch ausbauen konnten.⁵

Stellvertretend für den gesamten Wirtschaftssektor „Freie⁶ Wohlfahrtspflege“ werden die sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege häufig genannt.⁷ Diese Verbände erbringen fast ausschließlich die sozialen Dienste in Deutschland. Die Freie Wohlfahrtspflege dehnte mit dem Ausbau staatlich geregelter und garantierter Sozialleistungen ihr Leistungsangebot stetig aus. Sie bietet heute ein breites Leistungsspektrum an, wobei sich

² Neben anderem ist die Gründung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Fürsorge 1880 (ab 1919 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge) Ausdruck dieser Entwicklung, Roderich Kulbach / Norbert Wohlfahrt: Modernisierung der öffentlichen Verwaltung? Konsequenzen für die freie Wohlfahrtspflege, Freiburg im Breisgau 1996, S. 12

³ Den großen Wohlfahrtsverbänden wurde beispielsweise die Bezeichnung „Reichsspitzenverbände“ verliehen. Dazu zählten die Innere Mission, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Fünfte Wohlfahrtsverband, die Arbeiterwohlfahrt und die Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland; Roderich Kulbach / Norbert Wohlfahrt: a.a.O., S. 12 f.

⁴ 1933 wurde die Nationalsozialistische Wohlfahrt gegründet und dem Hauptamt für Volkswohlfahrt der NSDAP unterstellt. Von den vormaligen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege blieben nur der Deutsche Caritasverband und die Innere Mission selbständig. Die Zentralwohlfahrtstelle der Juden wurde 1933 ausgegliedert und schließlich 1939 aufgelöst; Kulbach / Wohlfahrt: a.a.O., S. 15

⁵ Kulbach / Wohlfahrt: a.a.O., S. 15

⁶ „Frei“ bedeutet in diesem Falle, dass diese Träger ihre Arbeit freiwillig und ohne staatlichen Zwang wahrnehmen; ebenso Kulbach / Wohlfahrt: a.a.O., S. 22 f.

⁷ Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk und Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland

jedoch die Tätigkeitsschwerpunkte der einzelnen Verbände unterscheiden.⁸ Grundlegend für die Stellung der Wohlfahrtsverbände in Deutschland ist das in Art. 20 GG verankerte Sozialstaatsprinzip, welches sich als Gewährleistungspflicht des Staates interpretieren lässt, „jedermann ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten.“ An der Erfüllung dieses Auftrages nehmen also auch die Wohlfahrtsverbände teil. In einer Vielzahl von Einzelgesetzen werden sie dazu ausdrücklich ermächtigt und nehmen sogar eine Vorrangstellung vor dem öffentlichen Träger ein, welche auch durch das BverfG als verfassungsgemäß bestätigt wurde.⁹ In Deutschland beanspruchen die Wohlfahrtsverbände sowohl in Bezug auf den Staat als auch gegenüber dem Markt eine Art Zwischenstellung. Auf der einen Seite sind sie nicht-staatlich, also zu ihren Leistungen gesetzlich nicht verpflichtet, sondern erbringen diese freiwillig und unter Einbeziehung von Sozialengagement, andererseits sind sie jedoch auch nicht gewinnorientiert, sondern orientieren sich am gesellschaftlichen Gemeinwohl¹⁰.

1.1.2. Finanzierung und Besteuerung

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben in Deutschland überwiegend die Rechtsform des eingetragenen Vereins, zum Teil sind sie jedoch auch als Stiftung oder gemeinnützige GmbH organisiert.¹¹ Die rechtliche Ausgestaltung des Trägersystems ist eng mit dem steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsprinzip verbunden, welches auf dem Grundgedanken beruht, dass der, „Wer Aufgaben des Staates erfüllt und ihn auf diese Weise von Aufwendungen, die durch Steuern zu decken wären, entlastet, (...) wie eine staatliche Einrichtung der Entlastung entsprechend von Steuern freizustellen (ist).“ Daher erhalten sie zur Wahrnehmung bestimmter Daueraufgaben öffentliche Zuwendungen gegen die Erfüllung von Auflagen.¹² Durch die staatliche Anerkennung der Verbände als Träger der Freien

⁸ Adrian Ottndad / Stefanie Wahl / Meinhard Miegel: Zwischen Markt und Mildtätigkeit: Die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für Gesellschaft, Wirtschaft und Beschäftigung, München 2000, S. 15 ; siehe dazu auch Anlage 1

⁹ So ist beispielsweise in § 17 Abs. 3 SGB I eine Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem freien Träger vorgesehen; Wolfgang Klug: Wohlfahrtsverbände als „freie“ Unternehmen im Sozialstaat? – Soziale Einrichtungen zwischen marktwirtschaftlichen und sozialstaatlichen Erfordernissen in: Wohlfahrtsverbände in Deutschland Auslauf- oder Zukunftsmodell?, Bonn 1996, S. 32 f.

¹⁰ Dies bedeutet, dass die Wohlfahrtverbände erwerbswirtschaftlich nicht primär an Gewinnen orientiert sind und ihre Hilfen ausschließlich und unmittelbar in mildtätiger und uneigennütziger Zwecksetzung leisten.

¹¹ Frank Loges: Entwicklungstendenzen freier Wohlfahrtspflege im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, Bochum 1993, S. 83 und 94

¹² Evangelisch-Katholische Arbeitsgruppe, Der Dritte Sektor unter dem EU-Recht - Überlegungen zu aktuellen Herausforderungen im Bereich sozialer Dienstleistungen in Europa in: <http://www.diag-mav.org/rechtspr/komment/drittesektor-eurecht-ie.htm> Stand: 13.05.2002

Wohlfahrtspflege wird vom Staat zum Ausdruck gebracht, dass sie trotz Beachtung unternehmerischer Grundsätze im deutschen Recht keine Wirtschaftsunternehmen darstellen, auch wenn sie untereinander durchaus in einem Wettbewerb stehen. Ihr von staatlicher Seite gewünschter Zusammenschluss stellt kein verbotenes Kartell dar und die seitens des Staates gezahlten Zuschüsse sind keine verbotenen Subventionen. Begründet wird dies damit, dass sie nicht gewinnorientiert, sondern am Gemeinwohl kostenorientiert arbeiten, was ihnen der Staat in dieser besonderen Weise honoriert.¹³ Die Finanzmittel der Freien Wohlfahrtspflege setzen sich aus verschiedenen Quellen zusammen, welche Eigenmittel, Leistungsentgelte, öffentliche Förderung bzw. Zuwendungen (Subventionen) durch Bund, Länder und Kommunen sowie Förderung der Durchführung zentraler und internationaler Aufgaben der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind. Dabei besteht jedoch eine Quersubventionierung, was bedeutet, dass Bereiche, die weniger lukrativ sind, von anderen Bereichen finanziell unterstützt werden, um alle Dienstleistungsbereiche gut abzudecken.¹⁴ Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind auf Bundes- und Landesebene vertreten. Wettbewerb findet zwischen den einzelnen Spitzenverbänden weniger statt. Sie konkurrieren meist nur dann, wenn es um die Bereitstellung von finanziellen Mitteln geht, denn bei der Verteilung der Finanzmittel arbeiten sie eng zusammen.¹⁵

1.2. Wohlfahrtspflege in anderen Mitgliedstaaten Europas

In den Niederlanden nehmen die Organisationen der sog. „Particulier Initiatief“ eine ähnlich starke Position im System der sozialen Dienste wie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland ein. Aufgrund der etwas anders gelagerten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind sie jedoch weitaus dezentralisierter, spezialisierter und zahlreicher als die sechs Spitzenverbände in Deutschland. Ähnliches gilt für den Fall Belgien. Frankreich und Irland bilden das europäische Mittelfeld. In Irland spielen freiwillige Organisationen und die Kirche eine traditionell und lokal wichtige Rolle bei der Erbringung – jedoch insgesamt unterentwickelter – sozialer Dienste. In Frankreich existieren ebenfalls zahlreiche privatrechtlich organisierte Assoziationen, die einen erheblichen Anteil im Sozial- und Gesundheitssystem ausmachen. Diese stehen jedoch unter sehr starker staatlicher Kontrolle, hierauf soll jedoch noch im Weiteren näher eingegangen werden. Großbritannien, Norwegen, Schweden und Dänemark bilden eine Ländergruppe, bei denen umfassende verbandliche

¹³ Evangelisch-Katholische Arbeitsgruppe, a.a.O.

¹⁴ Frank Loges: a.a.O., S. 94-95

¹⁵ Ebd.: S. 105

soziale Dienstleistungssysteme, wenn man von eng begrenzten fachlichen Bereichen und lokalen Aktivitäten absieht, nur eine unbedeutende Rolle im Vergleich zu Deutschland spielen. Die Verbände dort konzentrieren sich vor allem auf Lobbyarbeit, Spendenakquirierung und Beratung. Die sozialpolitische Interessenvermittlung und die Steuerung der staatlichen sozialen Dienste übernehmen im Wesentlichen die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften. Allerdings spielen in den skandinavischen Ländern die NRO's im Bereich der internationalen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe eine wichtige Rolle. In den südeuropäischen Ländern Spanien, Portugal, Italien und Griechenland existieren ebenfalls nur marginale verbandliche Wohlfahrtseinrichtungen und in begrenztem Umfang traditionell kirchliche Caritasarbeit. In diesen Ländern dominieren noch familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke, was auf das geringe Niveau an sozialer und ökonomischer Entwicklung und die bis in die 70-er Jahre eingeschränkte Assoziationsfreiheit demokratischer Rechte zurückzuführen ist.¹⁶

1.2.1. Associations et fondations d'action sociale et sanitaire in Frankreich

Auf der Suche nach einer Entsprechung zu den Unternehmen der deutschen Freien Wohlfahrtspflege ist sinnvollerweise ein weiterer Blickwinkel anzusetzen. Legt man beispielsweise in einem ersten Schritt in *Frankreich* die Auswahlkriterien: organisatorische Selbständigkeit, private Eigentümerstruktur und bedarfswirtschaftlich-gemeinwirtschaftliche Zielsetzung zugrunde, stellt sich als Vergleichsobjekt die *Economie Sociale* heraus. Für den Begriff der *Economie Sociale* gibt es bis heute keine allgemein anerkannte Definition. Übereinstimmung in der Diskussion herrscht jedoch dahingehend, dass sich die Unternehmen der *Economie Sociale* von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen durch ihre Ziele und daraus resultierende Organisationsprinzipien unterscheiden. Die Organisationen der *Economie Sociale* stehen in privatem Eigentum. Sie sind nach demokratischen Prinzipien organisiert, es gilt der Vorrang der Person vor dem Kapital und ihr Ziel liegt nicht in der Gewinnerzielung, sondern der Bedarfsdeckung. Die *Economie Sociale* in Frankreich versteht sich als Zusammenschluss von Unternehmen, die Dienstleistungen anbieten und gegen Entgelt abgeben, also eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Aufgrund dieser Kriterien lassen sich vor allem Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (*Mutualités*) und wirtschaftlich tätige Vereinigungen zur *Economie Sociale* zählen. Legt man nun zwei weitere Auswahlkriterien, nämlich die Merkmale der Tätigkeitsschwerpunkte im Gesundheits- und

¹⁶ Josef Schmid: Europäische Integration und die Zukunft der kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Deutschland in: <http://www.uni.tuebingen.de/uni/spi/schpeiz.html>, Stand 17.10.2001

1 Sozialbereich sowie Offenheit des Hilfeangebots über den Mitgliederkreis zugrunde, lassen
 2 sich Genossenschaften vom Vergleich mit der Freien Wohlfahrtspflege ausschließen, da sie
 3 sich außerhalb des Gesundheits- und Sozialbereiches engagieren. Die Mutualités dagegen
 4 schließen Lücken in der Sozialversicherung und gewährleisten eine weitergehende
 5 Absicherung, indem sie einen zusätzlichen Versicherungsschutz bei Alter und Krankheit
 6 anbieten. Ihre Beitragsbemessung folgt dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Neben der
 7 Gewährung von Geldleistungen betreiben sie für ihre Mitglieder eigene gesundheitliche und
 8 soziale Einrichtungen. Sie unterhalten diese jedoch ausschließlich zur Förderung ihrer
 9 Mitglieder, wogegen bei den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege die Unterstützung
 10 Dritter im Vordergrund steht. Deshalb bleiben als Vergleichsgegenstand nur die
 11 Vereinigungen, welche wie die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland
 12 am Wirtschaftsleben teilnehmen. Sie verfügen über institutionell zuordbare
 13 Produktionsfaktoren, erstellen gesundheitliche, soziale und sozio-kulturelle Dienste, welche
 14 sie direkt an Privathaushalte abgeben und nehmen somit im öffentlichen Interesse liegende
 15 Aufgaben wahr. Hierdurch rechtfertigt sich auch ihre teilweise Finanzierung über
 16 Subventionen, ohne die Zuordnung zur Economie Sociale zu gefährden.¹⁷

17 Die Verbandsstruktur in Frankreich unterscheidet sich jedoch von der in Deutschland
 18 dahingehend, dass sie auf eine vergleichsweise junge Tradition zurückblickt und weit weniger
 19 klar strukturiert ist. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges bestand eine Vielzahl
 20 freigemeinwirtschaftlicher, zumeist konfessionell orientierter Werke unverbunden
 21 nebeneinander. Mit Einführung der Sozialversicherung im Jahr 1945 wurde ein
 22 Zusammenschluss nötig. Die Sozialgesetzgebung markierte den Willen des Staates sich aktiv
 23 dem Gesundheits- und Sozialbereich zuzuwenden und führte somit zur Konfrontation mit
 24 privatem Engagement. Somit wurde 1947 der Dachverband Union Nationale Interfédérale des
 25 Organismes Privés Sanitaires et Sociaux (UNIOPSS) gegründet, um ihre Arbeit im modernen
 26 Sozialstaat fortsetzen zu können. Ende der 60-er Jahre sollte dann als Ziel nicht nur die
 27 Verteidigung erworbener Positionen stehen, sondern auch die Förderung des sozialen
 28 Fortschrittes, weshalb die Kooperation mit den Behörden gesucht wurde. Das Resultat daraus
 29 war die Schaffung eines nationalen, weltanschaulich ungebundenen und universell tätigen
 30 Dachverbandes. In den 80-er Jahren entstanden durch Spezialisierungen und sektorielle
 31 Zusammenschlüsse neben UNIOPSS eine Reihe von fachspezifischen Organisationen und so
 32 stellt sich heute das verbandliche Gefüge in Frankreich dar. Dabei gibt es für alle privaten,

¹⁷ Peter Eichhorn (Hrsg.): Freie Wohlfahrtspflege in Europa aus betriebswirtschaftlicher Sicht I, Baden-Baden 1996, S. 58 ff.

nicht-gewinnorientierten Wohlfahrtsunternehmen keine bereichsübergreifenden finanziellen Rahmenbedingungen. Wenn es um die Finanzierung von Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialbereichs in Frankreich geht, dann spielt der Begriff des Budgets eine große Rolle. Die gesamte Finanzierung einer Einrichtung findet im Budget ihren Niederschlag, wobei sich das Budget in ein Teilbudget „Investition“ und ein Teilbudget „Unternehmen“ gliedert. Zur Ermittlung dieses jährlichen Budgets finden jedoch in Frankreich keine Verhandlungen wie in Deutschland statt, sondern die bewilligten Aufwendungen und Entgelte werden von der öffentlichen Hand unilateral festgestellt. Die Einrichtungen in Frankreich stehen also unter erheblicher staatlicher Kontrolle. Ein weiteres Problem besteht bei der Erstattung von Aufwendungen für Löhne und Gehälter, da die im Arbeitsvertrag vereinbarten Beträge nur unter bestimmten Bedingungen erstattungsfähig sind. Basieren diese auf tarifvertraglichen Regelungen, wird in Frankreich zwischen gebilligten und nicht gebilligten Tarifverträgen unterschieden, wobei die Verpflichtung einer Genehmigungsbehörde zur Anerkennung des Tariflohnes nur besteht, wenn die Tarifvereinbarung vom zuständigen Minister gebilligt wurde. Es gibt also keine verbindliche Gültigkeit von Tarifverträgen im französischen Gesundheits- und Sozialbereich. Weiterhin enthält das französische Steuerrecht keine Aufzählung steuerbegünstigter Tätigkeitsfelder und auch keine Benennung der Befreiungsvoraussetzungen für Organisationen. Diese Regelungslücke füllt die französische Rechtsprechung, indem sie Kriterien ableitet, die eine Steuerbefreiung wirtschaftlicher Aktivitäten rechtfertigt. Neben den Kriterien zur Uneigennützigkeit wird dabei der soziale Nutzen wohlfahrtspflegerischer Tätigkeit in die Beurteilung mit einbezogen. Dabei wird ein sozialer Nutzen anerkannt, wenn die Preise freigemeinwirtschaftlicher Wohlfahrtsorganisationen unter denen gewerblicher Anbieter liegen oder der gewinnorientierte Sektor den Bedarf qualitativ und/oder quantitativ nicht befriedigt. Diese Logik koppelt jedoch die Steuerbegünstigung freigemeinwirtschaftlicher Institutionen an die Angebotsentscheidung gewinnorientierter Unternehmen, und konsequenterweise verlieren erstere ihre fiskalischen Privilegien, wenn gewerbliche Wettbewerber nachhaltig in den Markt eintreten.¹⁸

1.2.2. Charities in Großbritannien

In Großbritannien werden die Freien Wohlfahrtsorganisationen üblicherweise als „Voluntary“ oder „Charities“ bezeichnet. Der Voluntary Sektor leistet heutzutage einen bedeutenden und

¹⁸ Peter Eichhorn: a.a.O., S. 58 ff.

1 wachsenden Beitrag für den britischen Sozialstaat, nachdem er in den 80-er und 90-er Jahren
 2 im Vereinigten Königreich¹⁹ eine Renaissance erfahren hat. Dem Begriff „Voluntary
 3 Organisation“ ordnen Juristen die Elemente Freiwilligkeit und Selbstlosigkeit zu. Außerdem
 4 lassen sich die Organisationen durch Eigenschaften charakterisieren, welche die formale
 5 Organisation, private nicht-öffentliche Trägerschaft, keine Gewinnausschüttung an
 6 Organisationsmitglieder, Selbstverwaltung der Organisation und der Beitrag zum
 7 Allgemeinwohl sind. Die meisten dieser Organisationen Großbritanniens finden sich in den
 8 Sektoren Kultur, Erholung, Erziehung, Forschung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen,
 9 Umweltschutz, Wohnungswirtschaft, Recht, Politik und Religion. Im gesamten Voluntary
 10 Sektor lassen sich Organisationen mit Charitable Status, also die Charities, und die ohne
 11 diesen Status unterscheiden, wobei jede Charity zu den Voluntary Organisations gehört, nicht
 12 jede Voluntary Organisation jedoch als Charity bezeichnet werden kann. Die Voluntary
 13 Organisations sind grundsätzlich frei von besonderen Regulierungen und unterliegen den
 14 allgemeinen Rechtsvorschriften. Sie genießen weder fiskalische Privilegien, noch unterliegen
 15 sie einer besonderen staatlichen Kontrolle. Erst die Qualifizierung als Charity bringt
 16 Sonderregelungen und öffentliche Regulierungen mit sich. Mit der Eintragung in das zentrale
 17 Register der Charities unterstehen diese Organisationen fortan der Aufsicht der Charity
 18 Commission und werden von ihr als Behörde überwacht, beraten und unterstützt. Zentrale
 19 Voraussetzung für die Erlangung dieses Status ist die ausschließliche Verfolgung eines
 20 wohltätigen Organisationszweckes. Im Gegensatz zum deutschen Steuerrecht, hat der
 21 Gesetzgeber in Großbritannien auf eine gesetzliche Definition wohltätiger Zwecke verzichtet
 22 und die Auslegung an die Gerichte, die Juristen der Charity Commission und die Inland
 23 Revenue weitergegeben, um sie der gesellschaftlichen Situation entsprechend anzupassen.
 24 Diese nehmen bei ihrer Darstellung über die anerkannten wohltätigen Zwecke zum einen den
 25 Rückgriff auf das Gesetz der Königin Elisabeth I. von 1601, um den Geist und die
 26 Grundgedanken der wohltätigen Zwecke zu erkennen, und zum anderen auf die Definition
 27 von Lord Macnaghten in Verbindung mit dem sog. Pemsel-Fall des Jahres 1891, welcher die
 28 Gruppen, nämlich Linderung der Armut, Förderung der Erziehung sowie der Religion und
 29 andere Zwecke zum Nutzen der Allgemeinheit, die nicht unter eine vorangegangene
 30 Kategorie fallen, unterschied. Eine verbandliche Organisation aller Charities im Gesundheits-
 31 und Sozialsektor gibt es in Großbritannien nicht und auch der Organisationsgrad ist im
 32 Vergleich zu Deutschland außerordentlich gering. Allgemeingültige Aussagen zur
 33 Finanzierung von Charities in Großbritannien lassen sich nur bedingt treffen, da die Aufgaben

¹⁹ Das Vereinigte Königreich bezieht hier die Länder England, Wales, Schottland und Nordirland mit ein.

in den Bereichen Gesundheit und Soziales für unterschiedliche Nachfrager und diverse Finanzierungsträger zu heterogen sind. Innerhalb der einzelnen Sektoren herrschen überwiegend mischfinanzierte, multiple Finanzierungssysteme, erfolgt also durch eine Vielzahl von Finanzierungsträgern, die sich in ihrer Struktur und ihrer Entwicklung fundamental unterscheiden. Insbesondere im Sozialsektor, der meist auf lokaler Ebene organisiert und finanziert wird, existieren keine einheitlich verpflichtenden Finanzierungsvorschriften und Praktiken. Für die Charities in Großbritannien sind eine Vielzahl von Steuerbegünstigungen vorgesehen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Zentrale Voraussetzung ist dabei die vollständige Verwendung der Einkünfte für die anerkannten wohltätigen Zwecke. Die Einkünfte sind in Großbritannien steuerbefreit, sofern keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt. Als Merkmale zur Abgrenzung gelten hier gewinnorientierte Motive, Anlegung der Organisation auf Dauer und Wiederholung, Existenz von Handelsbeziehungen, Finanzierung durch raschen Wiederverkauf, Existenz einer Verkaufsorganisation, verkaufsorientierte Beschaffung und Veränderung des Gegenstandes vor dem Verkauf. Trifft eines der Merkmale zu, so liegt eine wirtschaftliche Tätigkeit vor.²⁰

2. Europäische Rahmenbedingungen

Aus den vorstehenden Beschreibungen der Wohlfahrtspflege in Europa wird deutlich, dass die deutschen Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege aufgrund der verbandlichen Strukturen, ihrer besonderen Stellung im Sozialstaat und ihrer Finanzierung ein Phänomen innerhalb Europas darstellen. Im Gegensatz zu den Unternehmen der Economie Sociale, die sich als Bestandteil der Wirtschaft definieren, begreifen sich die Verbandsvertreter der Freien Wohlfahrtspflege als ein Sektor, der außerhalb der Wirtschaft steht und deshalb umfangreiche Sonderrechte einfordern kann.²¹ Daseinsvorsorgeleistungen liegen nach der Mitteilung der Kommission außerhalb des Anwendungsbereiches der EG-Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln, sofern sie *Tätigkeiten nichtwirtschaftlicher Natur* sind oder Fälle, in denen eine *Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden kann* bzw. in all ihren wesentlichen Aspekten auf einen einzelnen Mitgliedstaat beschränkt sind.²² Der Begriff „wirtschaftlich“ wird dabei durch die Rechtsprechung des EuGH präzisiert, der ein Unternehmen als: „eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübende Einheit,

²⁰ Peter Eichhorn (Hrsg.): a.a.O., S. 115 ff.

²¹ Ebd.: S. 259

²² KOM 2000 (580) endgültig

1 unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung“²³ definiert. Hieraus ergeben
 2 sich zwei Gesichtspunkte für die Abgrenzung der Unternehmereigenschaft. Der erste Punkt
 3 betrifft die Festlegung auf eine wirtschaftliche Tätigkeit. Diese Festlegung des EuGH
 4 verankert den Unternehmensbegriff und damit das gesamte Wettbewerbsrecht des EGV in die
 5 Grundsatznorm des Art. 2 EGV und definiert die Gemeinschaft in erster Linie als eine
 6 Wirtschaftsgemeinschaft.²⁴ Der zweite Gesichtspunkt, die Feststellung der
 7 Unternehmenseigenschaft einer Einrichtung unabhängig von der Rechtsform und Art der
 8 Finanzierung deutet auf einen funktionalen europäischen Unternehmensbegriff hin. Der
 9 EuGH will somit klarstellen, dass es den Mitgliedsstaaten nicht erlaubt sein darf, durch die
 10 Konstruktion besonderer Rechtsformen die Anwendbarkeit von Wettbewerbsregeln zu
 11 umgehen.²⁵ Diese funktionale Sichtweise verbietet es, im Anschluss an Wertungen des
 12 nationalen Gesetzgebers, Sozialversicherungstätigkeit von der Anwendung des
 13 Wettbewerbsrechts auszunehmen.²⁶ Der EuGH unterscheidet dabei zwischen
 14 wettbewerbsrelevantem wirtschaftlichen und rein hoheitlichem Verhalten eines
 15 Unternehmens. Tritt eine Einrichtung nicht als wirtschaftlicher, sondern als hoheitlicher
 16 Funktionsträger auf, ist sie nicht als Unternehmen im Sinne der wettbewerbsrechtlichen
 17 Regelungen der Artt. 81 ff. EGV anzusehen und unterliegt damit auch nicht der Anwendung
 18 dieser Norm. Sollte die Unternehmenseigenschaft gegeben sein, hält der EG-Vertrag mit dem
 19 Art. 86 EGV ein Korrektiv bereit, wonach Wettbewerbsbeschränkungen gerechtfertigt sein
 20 können, wenn sie der Erfüllung von Aufgaben dienen, die im allgemeinen wirtschaftlichen
 21 Interesse liegen. Kann sich jedoch auch darauf nicht berufen werden, gelten die
 22 Wettbewerbsbestimmungen des EG-Vertrages, also das Kartellverbot,²⁷ die
 23 Fusionskontrolle²⁸ und auch die Beihilfenkontrolle,²⁹ die EG-Binnenmarktregeln, die
 24 Niederlassungsfreiheit³⁰ und Dienstleistungsfreiheit,³¹ die sich auf wirtschaftliche Tätigkeiten
 25 beziehen. Für die Daseinsvorsorgeleistungen auf regionaler und lokaler Ebene ist dagegen
 26 wichtig, dass die EG-Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln auf innerstaatliche Sachverhalte
 27 nicht anwendbar sind, wenn ausgeschlossen werden kann, dass die
 28 wettbewerbsbeschränkende Vereinbarung oder der Missbrauch der marktbeherrschenden

²³ EuGH „Höfner“, Slg. 1991, I-1977, EuGH „Poucet“, Slg. 1993, I-637, EuGH „Fédération française“, Slg. 1995, I-4013

²⁴ Eberhard Grabitz / Meinhard Hilf: EG-Vertrag- Kommentar, München 1999, Art. 2, Rn. 11 ff.

²⁵ Siehe z. B. EuGH „Almelo“, Slg. 1994, I-1477

²⁶ Hans von der Groeben / Jochen Thiesing / Claus – Dieter Ehlermann: Kommentar zum EWG Vertrag, Baden-Baden 1991, Art. 81, Rn. 10 ff.

²⁷ Art. 81, 82 EGV, Art. 65/66 Abs. 7 EGKSV

²⁸ VO Nr. 4064/89, Art. 66 Abs. 1-6 EGKSV

²⁹ Art. 87-89 EGV

³⁰ Art. 43 EGV

³¹ Art. 49 EGV

Stellung sowie die Gewährung der Beihilfe den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt. Ebenso sind die Regelungen über die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit nicht anwendbar, wenn jeglicher Auslandsbezug fehlt. Neben dieser Anwendung des funktionalen Unternehmensbegriffs auf der Angebotsseite bezieht sich der EuGH in seiner Rechtsprechung auf der Nachfrageseite auf die Grundfreiheiten, hierbei insbesondere die Warenverkehrsfreiheit³² und Dienstleistungsfreiheit³³ der Konsumenten.³⁴

Ziel des europäischen Gemeinschaftsrechts ist es, durch die wirtschaftlichen Grundfreiheiten, dem Verbot gem. Art. 81 und 82 EGV, durch das Diskriminierungsverbot gem. Art. 12 EGV und des Verbots staatlicher Beihilfen gem. Artt. 87 ff. EGV einen einheitlichen, von staatlichen Eingriffen und unternehmerischen Wettbewerbsverzerrungen freien Binnenmarkt zu schaffen.³⁵

3. Schlussbemerkung

Die Position der einzelnen Wohlfahrtsorganisationen ist in allen Mitgliedstaaten Europas historisch gewachsen und in den Gesellschaften tief verwurzelt. Während sich die Unternehmen der Economie Sociale als Bestandteil der Wirtschaft definieren, begreifen die Verbandsvertreter in Deutschland die Freie Wohlfahrtspflege als Sektor, der außerhalb der Wirtschaft steht. In Deutschland fehlt vielen gemeinnützigen Organisationen ein unternehmerisches Selbstverständnis, so wie es beispielsweise für britische Charities bereits in der Vergangenheit gefordert war. Dienstleistungen in Deutschland, die traditionell nichtwirtschaftlicher Natur waren, könnten durch die Eröffnung neuer Märkte und durch andere Faktoren wirtschaftliche Natur annehmen, da der Unternehmensbegriff des EuGH sehr weit gefasst ist. Es lässt sich festhalten, dass die Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts auf unser nationales System in Deutschland zu einer Stärkung des innerstaatlichen Wettbewerbs, aber gleichzeitig zu einer Schwächung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als Teil des nationalen Versorgungssystems und überwiegende Erbringer sozialer Dienste führen könnte. Die Bestimmungen des europäischen Gemeinschaftsrechts, einen von staatlichen Eingriffen und unternehmerischen Wettbewerbsverzerrungen freien Binnenmarkt zu schaffen, zielen mit den wirtschaftlichen Grundfreiheiten, dem Verbot gem. Art. 81 und 82 EGV, dem Diskriminierungsverbot gem. Art. 12 EGV und dem Verbot staatlicher Beihilfen gem. Artt. 87 ff. EGV grundsätzlich in die gleiche Richtung, die mit

³² Art. 28 EGV

³³ Artt. 49 ff. EGV

³⁴ EuGH „Kohl“ Slg. 1998, I-1931; EuGH „Decker“, Slg. 1998, I-1831

³⁵ Martina Eckardt: Soziale Dienste und Europäisches Gemeinschaftsrecht – Die freie Wohlfahrtspflege zwischen nationalstaatlicher Souveränität in der Sozialpolitik und europäischem Wettbewerb im Dienstleistungsbereich, a.a.O., S. 13

1 einer Reihe von Reformmaßnahmen durch das europäische Wettbewerbsrecht in der
2 deutschen Sozialpolitik einhergehen würde, wenn die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege
3 als Unternehmen deklariert werden könnten.

4

5

Myriam Kagischke

Arbeitsteilzeit versus Qualifikation für ältere ArbeitnehmerInnen
- Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie des
IG Metall Bezirkes Küste an Hand von ExpertInneninterviews -

1. Einleitung

Der in Zukunft zu erwartende Paradigmenwechsel, der auf die heutige Massenarbeitslosigkeit einen weitgehenden Fachkräftemangel, vor allem im Bereich der jungen Menschen, folgen lässt (Buck 2002a: 13), wird mit tiefgreifenden Änderungen auf dem Arbeitsmarkt einher gehen müssen. Arbeitspolitische Maßnahmen wie Altersteilzeit, die ältere Beschäftigte aus dem Arbeitsleben verdrängen helfen, werden von Maßnahmen abgelöst werden müssen, die einen möglichst langen Verbleib auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen helfen. Ob durch den vorhergesagten Fachkräftemangel die Arbeitslosigkeit unter älteren ArbeitnehmerInnen zurückgeht (oder gar aus arbeitsmarktpolitischen Gründen das Renteneintrittsalter erhöht werden wird), wird jedoch vom Ausmaß des Fachkräftemangels abhängen.

Ältere ArbeitnehmerInnen werden derzeit vor allem als gesellschaftliche Problemgruppe wahrgenommen, deren angeblich geringe Leistungsfähigkeit zu besonderen Programmen des Arbeitsamtes wie z. B. "50plus - die können es" führte (vgl. Arbeitsamt online 2002a). Die momentane Arbeitsmarktlage wird dazu genutzt, ältere Beschäftigte vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, indem sie in den Vorruhestand geschickt werden oder Altersteilzeit (ATZ) vereinbart wird. Die Altersteilzeit dient dabei häufig nicht einer Wochenarbeitszeitreduzierung, sondern wird als Mittel zur Frühverrentung angesehen. Anwendung findet überwiegend das sogenannte Blockmodell, das zu einem vollständigen vorzeitigen Ausscheiden der Beschäftigten aus dem Erwerbsleben führt, wohingegen die Möglichkeit eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand in der Vergangenheit kaum genutzt wurde. Die Betriebe nutzten die Altersteilzeit dabei überwiegend zum Personalabbau und nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (vgl. Kagischke 2001: 5).

Sollte in Zukunft der Arbeitsmarkt wie prognostiziert durch einen Mangel an jungen Fachkräften gekennzeichnet sein (vgl. Fröhlich 2002: 227), dürften gerade ältere Beschäftigte ein Arbeitskräftereservoir darstellen, auf das ArbeitgeberInnen zurückgreifen müssen. Ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben dürfte dann nur noch die Ausnahme darstellen. Potentiell geringere Leistungsfähigkeit oder das Bedürfnis nach längeren Erholungsphasen dürfte jedoch erneut Formen von Altersteilzeit notwendig machen, die ein

flexibles Eingehen auf die individuelle Leistungsfähigkeit der Beschäftigten ermöglichen (vgl. Henneberger 2001: 25). Vor allem die bisher schon bestehenden Möglichkeiten des gleitenden Übergangs in den Ruhestand könnten dann als Modell für Versuche dienen, älteren Beschäftigten einen längeren Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, der auch über das heutige Renteneintrittsalter hinausgeht.

Eine wichtige Bedeutung wird bei der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen der Weiterbildung zugemessen, die zu einer Verbesserung und Modernisierung etwa der technischen Kenntnisse führen kann (vgl. Arbeitsamt online 2002a). Wegen der schnellen Alterung des Wissens ist absehbar, dass der Fachkräftemangel zu vielfältigen Qualifizierungen der älteren ArbeitnehmerInnen führen muss. Damit sich Beschäftigte in ihrem Wissen und Leistungsniveau weiterentwickeln können, sind vor allem kontinuierliche Weiterbildung und angemessene Tätigkeitsstrukturen notwendig (vgl. Buck 2002a: 10). Derzeit verfolgen jedoch viele Unternehmen eine Personalpolitik, die Ältere zwar nicht offen benachteiligt, doch sind Strategien erkennbar, die genau diese Wirkungen haben. So werden ihnen beispielsweise fehlende Entwicklungsmöglichkeiten unterstellt, was zur Folge hat, dass sie von Qualifizierungen ausgegrenzt werden. Somit können sie ihr Wissen und ihre Kompetenz nicht aktualisieren und werden auf lange Sicht ausgegliedert (vgl. Pack 2000: 26). Bei einem Mangel an jungen Arbeitskräften setzt diese Tatsache in den Betrieben die Bereitschaft zu einem generellen Umdenken voraus, indem Bildungsinvestitionen in ältere Arbeitskräfte erfolgen, die heute noch aus dem Arbeitsleben verdrängt werden. Ältere MitarbeiterInnen sind kein Innovationshemmnis. Es gibt keinerlei Belege dafür, dass mit zunehmendem Alter die Fähigkeit, sich produktiv an Innovationsprozessen zu beteiligen, nachlässt (vgl. Pack 2000: 28).

Am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie des IG Metall Bezirkes Küste soll mit Hilfe von Experteninterviews untersucht werden, welche arbeitspolitischen Maßnahmen die beteiligten Akteure (Gewerkschaften, ArbeitgeberInnen und Arbeitsverwaltung) für notwendig erachten. Dazu wurden GewerkschafterInnen, MitarbeiterInnen der Arbeitsverwaltung und die ArbeitgeberInnenseite um eine Einschätzung der Wirksamkeit der ATZ gebeten und zu den Perspektiven der Qualifizierung älterer Beschäftigter befragt.

2. Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik

2.1. Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt

Staatlich geförderte arbeitspolitische Maßnahmen sind beeinflusst von der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Ein Arbeitskräftemangel führt arbeitsmarkttheoretisch zu Versuchen, bislang ungenutzte Beschäftigtenressourcen zu erschließen. Ein Mangel an Arbeitsplätzen fördert hingegen Tendenzen, bestimmte ArbeitnehmerInnen vom Arbeitsmarkt auszuschließen (vgl. *Kromphardt 1998: 79*). Die zukünftige Arbeitsmarkt- und Personalpolitik wird deshalb stark vom zu erwartenden demografischen Wandel abhängen.

2.1.1. Zur Definition und Bedeutung „älterer ArbeitnehmerInnen“

Die Frage, ab wann ArbeitnehmerInnen eigentlich als „alt“ oder „älter“ bezeichnet werden, wird bislang noch unterschiedlich beantwortet. Alter ist nicht nur eine biologische, sondern auch eine gesellschaftliche Erscheinung und hängt mit sozialen Erwartungen zusammen, mit Rollen, die einem Menschen Platz und Aufgabe in der Gesellschaft zuordnen (vgl. *Bundesanstalt für Arbeit 2002c*).

Die OECD bezeichnet Personen als Ältere, die in der zweiten Hälfte ihres Berufslebens stehen, aber das Pensionsalter noch nicht erreicht haben.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit sieht dagegen eine fließende Grenze von 45-55 Jahren (vgl. *Lehr 1996: 204*).

Hintergrund der fließenden Altersgrenze dürfte die individuell unterschiedlich bewertete Leistungsfähigkeit sein, die mit der Zuweisung „alt“ zusammenhängt. Unterschiedliche Lebens- und Erwerbsbiographien sowie körperliche Dispositionen wirken sich unterschiedlich auf die individuelle Leistungsfähigkeit aus, so kommt es bei dem Einen oder der Anderen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu Verschleißerscheinungen oder geistigem und mentalem Abbau (*Pack 2000: 14*).

Obwohl es keine einheitlich fest definierte „Altersgrenze“ gibt, ist jedoch allen Definitionen der Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten gemein. Die Leistungsfähigkeit wird bei Älteren geringer als bei jüngeren ArbeitnehmerInnen angenommen. Weitverbreitete Vorurteile in Bezug auf ältere Menschen sind, dass diese generell weniger kreativ, belastbar, leistungs- und innovationsfähig als Jüngere seien. Außerdem wird ihnen zugeschrieben, dass sie eine geringe Anpassungsfähigkeit haben und unter einem erhöhten Krankheitsrisiko stehen (vgl. *Pack 2000: 14*).

Diese Vorurteile stehen im Gegensatz zu den Forschungsergebnissen des Zukunftsreports demografischer Wandel (*Pack 2000: 16*), der bestätigt, dass Leistungskraft und Innovationsfähigkeit weniger mit dem biologischen Alter als vielmehr damit zusammenhängen, ob die Menschen in ihren individuellen Lebens-, Erwerbs- und Berufsverläufen fördernden oder hemmenden Bedingungen unterliegen.

2.1.2. Der demographische Wandel¹

Die Bevölkerung in Deutschland ist von 1950 bis zur Jahrhundertwende von gut 68 Mio. – Ost- und Westdeutschland zusammengerechnet – auf rund 82 Mio. EinwohnerInnen gewachsen. Die Bevölkerung ist in diesem halben Jahrhundert jedoch nicht nur größer geworden, sondern auch deutlich gealtert. Dabei ist sowohl das Durchschnittsalter gestiegen, als auch der absolute und relative Anteil der älteren Jahrgangsgruppen (*vgl. Buck 2002b: 16*). Weniger Geburten und eine „doppelte Alterung“² führten dazu, dass das Durchschnittsalter der gesamtdeutschen Bevölkerung zwischen 1960 und 2000 um rund fünf Jahre gestiegen ist. Die Zahl der unter 14-Jährigen ist z.B. um rund 2,5 Mio. Personen gesunken, die der über 65-Jährigen hat um rund 5 Mio. zugenommen (*vgl. Rössel 1999: 16*). Die sinkende Geburtenrate und die kontinuierliche Steigerung der Lebensdauer führen zu gesellschaftlichen Diskussionen über die Themen "Vergreisung der Gesellschaft" sowie die Finanzierbarkeit von Renten, Pensionen und des Gesundheitswesens. Die Frage, wie sich diese Veränderung in Bezug auf die Entwicklung für Unternehmen und Erwerbstätige auswirken, wird eher vernachlässigt (*vgl. Pack 2000: 9*).

2.1.3. Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt

In vielen Unternehmen vollzieht sich bereits heute ein ausgeprägter innerbetrieblicher Altersstrukturwandel. Dieser ist allerdings nicht auf den demographischen Wandel in der Bevölkerung, sondern auf einen Beschäftigungsrückgang bei den jüngeren ArbeitnehmerInnen zurückzuführen (*vgl. Pack 2000: 18*).

Die Ursachen dafür sind der Arbeitsplatzabbau und die zurückgehenden Neueinstellungen junger Arbeitskräfte. Zudem kommt es aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktsituation dazu,

¹ Unter demografischem Wandel wird die Veränderung der Alterszusammensetzung in einer Gesellschaft verstanden. Diese kann unter anderem durch Naturkatastrophen, Kriege, Veränderungen der Geburtenrate oder ständiger Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und damit geringerer Sterbequote und höherem Lebensalter beeinflusst werden (*vgl. Pack 2000: 8*).

² Ein höherer Anteil an Menschen erreicht ein hohes Alter und von diesen werden zunehmend mehr immer älter.

dass in einzelnen Unternehmen gerade die heute zahlenmäßig stark vertretenen mittleren Altersgruppen „en bloc“ altern. Immer weniger Jüngeren steht damit ein wachsender Anteil älterer ArbeitnehmerInnen gegenüber (vgl. *Pack 2000: 18*).

30 Prozent der Arbeitslosen sind laut Statistik der Bundesanstalt für Arbeit über 50 Jahre alt, bei den Langzeitarbeitslosen ist es sogar jede Zweite (vgl. *Conrady 2001: 20*). 1,11 Mio. der insgesamt 3,74 Mio. registrierten Arbeitslosen waren Ende September 2001 50-64 Jahre alt, 0,67 Mio. davon über 55 Jahre. 40,4 Prozent der 55- bis 60-Jährigen Arbeitslosen waren schon über zwei Jahre arbeitslos, insgesamt fast 60 Prozent mindestens ein Jahr (vgl. *Bundesanstalt für Arbeit 2001: Übersicht I*).

2.2. Entwicklung und Funktion arbeitspolitischer Maßnahmen

Die arbeitspolitischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte spiegelten die Bedeutung, die älteren ArbeitnehmerInnen in den Betrieben zugemessen wurde. Während anfangs vor allem unterschiedliche Formen der Altersteilzeit im Zentrum standen, werden in jüngerer Zeit auch Maßnahmen zur Qualifizierung älterer Beschäftigter ergriffen.

2.2.1. Die Altersteilzeit

Die Altersteilzeitregelungen sollten anfangs vor dem Hintergrund des Arbeitsplatzmangels vor allem zu einer Umverteilung von Arbeit führen, indem ältere Beschäftigte zugunsten jüngerer Arbeitsloser früher aus dem Erwerbsprozess ausschieden.

Die zur Zeit geltende gesetzliche Grundlage ist das Altersteilzeitgesetz „Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand“ (AtG), das am 01.08.1996 in Kraft trat. Nach § 1 AtG müssen Beschäftigte, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen möchten, das 55. Lebensjahr vollendet und spätestens ab dem 31.12.2009 mit der Verminderung der bisherigen Arbeitszeit begonnen haben. Des weiteren müssen ArbeitgeberInnen, um Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch nehmen zu können, nach § 3 Abs. 2 AtG die Einstellung arbeitsloser ArbeitnehmerInnen oder Auszubildenden anlässlich des Übergangs der bisherigen Beschäftigten in die Altersteilzeit vornehmen.

In den meisten Betrieben wird die Altersteilzeit in Form von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen geregelt.

2.2.2. Qualifikation für ältere ArbeitnehmerInnen

Das Bündnis für Arbeit hat auf dem siebten Spitzengespräch am 4. März 2001 eine Qualifizierungsoffensive und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen beschlossen. Aus diesem Grund erließ die Bundesregierung das sogenannte "Job-AQTIV-Gesetz"³, mit dem ältere Beschäftigte in den Beruf zurück geholt werden sollen. "Darüber hinaus hat das Bündnis für Arbeit einen Paradigmenwechsel in der Frage der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer eingeleitet, denn infolge der demographischen Entwicklung wird zugleich langfristig das Erwerbspersonenpotential sinken und der Anteil älterer Erwerbspersonen wachsen. Anstelle einer vorzeitigen Ausgliederung aus dem Erwerbsleben sollen künftig die verstärkte Beschäftigung Älterer, die vorbeugende Verhinderung von Arbeitslosigkeit und die Wiedereingliederung bereits Arbeitsloser vorrangiges Ziel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sein:" (*Buck 2002a: 13*)

Beschäftigte ab 50 Jahre, die sich beruflich weiterbilden, können somit seit dem 1. Januar 2002 Zuschüsse vom Arbeitsamt erhalten, wenn sie in einem Unternehmen mit bis zu 100 ArbeitnehmerInnen arbeiten. Voraussetzung für die Erstattung der Kosten ist neben dem Alter der Beschäftigten, dass diese für die Zeiten der Weiterbildung weiter ihr volles Arbeitsentgelt erhalten. Die Weiterbildungsmaßnahme muss außerhalb des Betriebes durchgeführt werden und über eine ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsqualifizierung hinausgehen. Diese Regelung ist bis zum Jahr 2005 befristet (*vgl. LAA Nord 2002*).

2.3. Ausgewählte Institutionen

"In der Marktwirtschaft besteht ein Interessengegensatz zwischen Unternehmern und abhängig Beschäftigten" (*Däubler 1996: 24*). Wenn die VerhandlungspartnerInnen, in diesem Fall also die ArbeitgeberInnen und die abhängig beschäftigten ArbeitnehmerInnen, in freien Verhandlungen individuell geregelte Arbeitsverträge abschließen, werden in den meisten Fällen die ArbeitnehmerInnen zu schwach sein, um ihre Interessen ausreichend zur Geltung zu bringen (*vgl. Däubler 1996: 24*). Über das Arbeitsrecht versucht der Staat, dieses Verhandlungsungleichgewicht etwas auszugleichen. Die Rechtsstellung der einzelnen ArbeitnehmerInnen wird jedoch nicht nur durch Gesetzte, Richterrecht und "herrschende Meinung" bestimmt (*vgl. Däubler 1996: 29*), ca. 90% aller Beschäftigten fallen unter einen oder mehrere Tarifverträge. Sie machen das Arbeitsrecht zu einem flexiblen System: Je nach

³ AQTIV: Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln. Weitere Informationen unter: <http://www.arbeitsamt.de>

der wirtschaftlichen Belastbarkeit der Branche oder des Einzelunternehmens und je nach dem Engagement der ArbeitnehmerInnen sind bessere oder schlechtere Regelungen möglich.

Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände sind – neben den staatlichen Arbeitsämtern – die wesentlichen Akteure bei dem Versuch, mit arbeitspolitischen Maßnahmen ältere Beschäftigte aus dem Arbeitsprozess zu entlassen oder sie zu fördern.

Die Untersuchung, wie die Altersteilzeit und die Qualifizierung älterer Beschäftigter beurteilt wird, erfolgt deshalb anhand dieser Institutionen: den Gewerkschaften als VertreterInnen der ArbeitnehmerInneninteressen, den VertreterInnen der ArbeitgeberInnen sowie den VertreterInnen der Arbeitsverwaltung, über die der Staat begleitende Maßnahmen und finanzielle Unterstützungen regelt. Anders als von den direkt Betroffenen, war von VertreterInnen dieser Institutionen der beste Überblick über die Beurteilungen der Arbeitsmarktpolitik zu erwarten.

Exemplarisch ausgewählt wurde für die vorliegende Arbeit der Bereich der Metall- und Elektroindustrie, bei dem es sich um einen der größten Wirtschaftsbereiche der Bundesrepublik Deutschland handelt. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurden dabei ausschließlich die entsprechenden Institutionen für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein erfasst.

3. Die arbeitspolitischen Maßnahmen in der Wahrnehmung der ExpertInnen

3.1. Altersteilzeit in der Wahrnehmung der befragten ExpertInnen

Die Altersteilzeit gilt inzwischen nach einigen Anlaufschwierigkeiten bei allen befragten Institutionen als anerkanntes Instrument der Arbeitsmarktpolitik. Trotzdem wurden die Effekte und Probleme der ATZ von den InterviewpartnerInnen jeweils unterschiedlich bewertet.

Sahen die Gewerkschaften in einigen Punkten, wie beispielsweise bei der Absicherung gegen Insolvenz oder dem Vorgehen bei einer auftretenden Langzeiterkrankung, noch Regelungsbedarf, würden sie die ATZ trotzdem grundsätzlich positiv bewerten. Vor allem aufgrund der tarifvertraglichen Ergänzungen gilt die ATZ inzwischen als relativ einfach zu handhaben und wurde gut angenommen. Die Altersteilzeit wird als positive Errungenschaft betrachtet.

Beim ArbeitgeberInnenverband wurde die ATZ eher verhalten beurteilt.

1 Einerseits wurde die Regelung als zu starr und zu unflexibel kritisiert, was insbesondere von
 2 kleinen und mittelständischen Unternehmen als negativ gesehen wurde. Zum anderen
 3 entwickelte sich die ATZ vor allem für die größeren Betriebe zu einem dort akzeptierten
 4 Mittel des sozialverträglichen Arbeitsplatzabbaus.

5 Von Seiten des Landesarbeitsamtes wurde insbesondere der mit der ATZ verbundene
 6 administrative Aufwand als nachteilig bewertet. Das LAA Nord bestätigte außerdem die
 7 Aussage der ArbeitgeberInnen in Bezug auf die fehlende Akzeptanz der ATZ bei kleinen und
 8 mittelständischen Unternehmen. Trotzdem sei die Regelung am Ende gut angenommen
 9 worden. Positiv angemerkt wurde, dass die Zusammenarbeit mit den TarifpartnerInnen
 10 konstruktiv war.

11 Einigkeit bestand bei allen drei Institutionen darin, dass das anfangs komplizierte Gesetz
 12 durch Gesetzesänderungen und vor allem durch die Flächentarifverträge positiv nachgebessert
 13 wurde.

14 Zudem gingen alle Befragten davon aus, dass das ATZ-Gesetz vor allem durch die
 15 nachträglich vorgenommen Gesetzesänderungen eher zu einem Personalabbau führe als zu
 16 einer Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die ATZ diene nicht mehr dem ursprünglichen
 17 Zweck, nämlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern auf der
 18 ArbeitnehmerInnenseite profitierten eher diejenigen, die noch nicht arbeitslos seien. Bei den
 19 ArbeitgeberInnen profitierten diejenigen Betriebe, die die ATZ zum sozialverträglichen
 20 Abbau älterer ArbeitnehmerInnen nutzen können. Dies waren zumeist Großbetriebe.

22 **3.2. Qualifizierungsmaßnahmen in der ExpertInnenenwahrnehmung**

23 Damit sie auf dem Arbeitsmarkt ausreichend bestehen können, müssen ältere Beschäftigte
 24 entsprechend qualifiziert werden. Auch wenn nach Aussage des LAA Nord die älteren
 25 ArbeitnehmerInnen in der Regel besser qualifiziert sind als die jüngeren, so haben sie – erst
 26 einmal arbeitslos geworden – doch erheblich mehr Schwierigkeiten einen neuen Job zu
 27 finden. Um dieses Problem zu beseitigen, wurde von Seiten der BA die Kampagne „plus 50,
 28 die können es“ aufgelegt.

29 Alle Befragten waren der Meinung, dass die Qualifizierung älterer Beschäftigter wichtig sei.
 30 Unterschiedlich waren jedoch die Auffassungen darüber, ob die gegenwärtigen
 31 Anstrengungen bereits ausreichen.

Während von Seiten des LAA Nord vermehrte Anstrengungen gefordert wurden, sehen die ArbeitgeberInnen ihre Pflicht und Schuldigkeit als getan an. Denn hier wird behauptet, wo Qualifizierungsbedarf bestehe, da werde auch qualifiziert.

Die Gewerkschaften setzten deshalb bei der Qualifizierung auf überbetriebliche Regelungen wie das neue Entgeltrahmenabkommen, das sich neben der Abschaffung der Trennung von ArbeiterInnen und Angestellten auch mit der Qualifizierung beschäftigt. Eine ausreichende betriebliche Qualifizierung sei nur möglich, wenn sie über die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte abgesichert werde. Die Beurteilung der Qualifizierung älterer ArbeitnehmerInnen erfolgt bei den ArbeitgeberInnen weniger im Bewusstsein des bevorstehenden Arbeitskräftemangels, als vor dem Hintergrund aktueller Wünsche, ältere ArbeitnehmerInnen entlassen zu können. Während die ArbeitgeberInnen „strenge Regularien“ bei der Entlassung beklagen, die beschäftigungshemmend wirken, scheint es dem Arbeitsamt immer noch zu einfach, sich älterer ArbeitnehmerInnen zu entledigen. Explizit nach Bedingungen gefragt, die einen Verbleib auf dem Arbeitsmarkt erschweren, nannte die ExpertIn des Arbeitsamtes etwa die hohen Abfindungen, die älteren Beschäftigten den Ausstieg erleichtern.

3.3. Einschätzung der Vereinbarkeit von Altersteilzeit und Qualifizierung älterer ArbeitnehmerInnen

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurden zum einen die Aspekte der ATZ beleuchtet und zum anderen die Maßnahmen für mehr Qualifizierung von älteren ArbeitnehmerInnen diskutiert. Da es sich hier um zwei gegensätzliche Positionen handelt (*vgl. Jensen 2003*) – die ATZ ermöglicht einen früheren Ausstieg aus dem Erwerbsleben und die Qualifikation soll einen längeren Verbleib in betrieblichen Zusammenhängen ermöglichen – stellt sich die Frage, inwieweit überhaupt beide Maßnahmen möglich sein können oder ob das eine das andere ausschließt.

Das Landesarbeitsamt sieht in dem Nebeneinander beider Maßnahmen eher einen Widerspruch. Dieser beruht auf der Tatsache, dass verstärkte Qualifizierungsmaßnahmen für Ältere sich kaum rentieren, wenn diese danach per Altersteilzeit in den vorzeitigen Ruhestand entlassen werden (*LAA1, 20.03.2002: Frage 6, S. 7*). Vor dem Hintergrund des zu erwartenden Fachkräftemangels wird die ATZ zugleich als problematisch angesehen und gefragt, *“können wir uns überhaupt aufgrund der demografischen Entwicklung so eine komfortable Altersteilzeit leisten? Insofern stellt sich schon die Frage, ob nicht auch diese Regelungen letztendlich verhindern, Ältere länger im Berufsleben zu halten. Das würde ich*

1 schon so sehen. Und da muss man sicherlich auch darüber nachdenken, (...), diese Regelung
2 auch zu ändern“ (LAA2, 20.03.2002: Frage 6, S. 4).

3 Bei der IG Metall wird angedeutet, dass beide Varianten nebeneinander politisch vielleicht als
4 Problem gesehen werden könnten. Jedoch ist man der Auffassung, dass beide Maßnahmen
5 nebeneinander möglich sein sollten. Da, wo die Leute nicht mehr können, sollten sie in ATZ
6 gehen können, und da, wo sie noch fit sind und bleiben wollen, sollten sie weiter arbeiten
7 können (IGM, 07.03.2002: Frage 2, S. 2).

8 Wenn es allerdings beide Möglichkeiten nebeneinander geben soll, könnte das zu Problemen
9 führen, wenn ausreichend qualifizierte Fachkräfte trotz Fachkräftemangel ein Recht auf ATZ
10 einfordern (IGM, 07.03.2002: Frage 6, S. 7).

11 Ausreichend zielgerichtete Regelungen zu finden, die gleichzeitig den Ruhestandsinteressen
12 der Beschäftigten, einem derzeit noch angespannten Arbeitsmarkt und einem beginnenden
13 Fachkräftemangel genügen, wird als unmöglich angesehen (IGM, 07.03.2002: Frage 6, S. 7).

14 Um gleichzeitig ein Recht auf ATZ und einen Verbleib bestimmter ArbeitnehmerInnen im
15 Erwerbsleben zu erreichen, ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen notwendig, die
16 das Interesse der Beschäftigten an ihrem Verbleib weckt (IGM, 07.03.2002: Frage 10, S. 11).

17 Für die ArbeitgeberInnen ist einzig die Tatsache wichtig, dass keine festen Regelungen
18 beschlossen werden (Nordmetall, 13.03.2002: Frage 10, S. 11), ein Widerspruch zwischen
19 ATZ und Qualifizierung älterer Beschäftigter, der geregelt werden müsste, besteht für sie
20 nicht.

21 Abschließend bleibt also festzuhalten, dass die Meinungen der ExpertInnen zu der
22 Vereinbarkeit von ATZ und Qualifizierung für Ältere sehr unterschiedlich sind. Während auf
23 Seiten des Arbeitsamtes eher über die Kosten diskutiert wird, werden bei der Gewerkschaft
24 eher die persönlichen Belange der ArbeitnehmerInnen gesehen. Die ArbeitgeberInnen sehen
25 nicht direkt eine Problematik, da sie der Meinung sind, dass die Qualifizierung nicht extra
26 geregelt werden muss.

27

28 **4. Zusammenfassung und Folgerungen**

29 Das Altersteilzeitgesetz wurde eingeführt, weil der Regierung die bisherige
30 „Vorruhestandsregelung“ zu teuer wurde. Zusätzlich erhofften sich die Beteiligten davon eine
31 Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde die ATZ gut
32 angenommen und durch entsprechende Tarifverträge ergänzt. Allerdings machen

1 hauptsächlich Großbetriebe von dieser Regelung Gebrauch. Für die klein- und
2 mittelständischen Unternehmen ist das Altersteilzeitgesetz mit einem hohen logistischen
3 Aufwand und extremen Kosten verbunden.

4 Inzwischen wurde von Seiten der Arbeitsämter festgestellt, dass kaum Arbeitsplätze
5 geschaffen wurden und vor allem, dass es kaum eine Kostenreduzierung gegeben hat.
6 Stattdessen wird die ATZ auf der ArbeitgeberInnenseite hauptsächlich zum
7 sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau genutzt. Vor allem ältere erfahrene Beschäftigte
8 arbeiten dabei nicht entsprechend ihrer u. U. reduzierten Leistungsfähigkeit mit reduzierter
9 Stundenzahl weiter, sondern sie werden vollständig vom Arbeitsmarkt verdrängt.

10 Ziel dieser Arbeit ist es, eine Bestandsaufnahme darüber zu erstellen, inwiefern die Akteure
11 den mit dem absehbaren Arbeitskräftemangel einhergehenden Paradigmenwechsel bereits als
12 Problem begreifen und inwiefern sie zum heutigen Zeitpunkt bereits Maßnahmen zur
13 Bewältigung, der zu erwartenden Probleme mitzutragen bereit sind.

14 In diesem Zusammenhang ließ sich feststellen, dass alle drei befragten Institutionen erkannt
15 haben, dass die Erwerbstätigen in Zukunft immer älter werden. Unklar blieb jedoch die Frage
16 wie zukünftig damit umzugehen ist. Während von Seiten des Arbeitsamtes der Wunsch
17 besteht, die ArbeitgeberInnen stärker in die Pflicht zu nehmen, weisen diese jede
18 Verantwortung von sich.

19 Wenn jedoch die älteren ArbeitnehmerInnen in Zukunft länger im Betrieb bleiben sollen,
20 dann müssen sie auch auf den neuesten Stand gebracht werden, was z.B. die technische
21 Entwicklung angeht. Hierzu haben die befragten ExpertInnen unterschiedliche Auffassungen.
22 So ließ sich feststellen, dass den ArbeitgeberInnen das Bewusstsein fehlt, dass sie für die
23 Qualifizierung ihrer MitarbeiterInnen zuständig sind. Sie wehren sich vehement gegen eine
24 feste Qualifizierungsregelung, denn ihrer Meinung nach gibt es kein Qualifizierungsdefizit.
25 Vielmehr führen die ArbeitgeberInnen an, dass sie ihre MitarbeiterInnen qualifizieren, wenn
26 es nötig ist.

27 Die ExpertInnen des LAA Nord und der IG Metall sehen im Gegensatz zu den
28 ArbeitgeberInnen eine dringende Notwendigkeit, verbindliche Regelungen zu finden, wie
29 ältere ArbeitnehmerInnen besser qualifiziert werden können. Weiter sind sie der Meinung,
30 dass die ArbeitgeberInnen dazu in die Pflicht genommen werden müssen und es nicht reicht,
31 wenn diese sich darauf berufen, dass sie genügend qualifizieren.

32 Aufgrund der unterschiedlichen Ansichten der befragten Institutionen bleibt offen, wer denn
33 dafür zuständig ist, die Kosten für die Qualifizierung der benötigten FacharbeiterInnen zu

1 tragen. Die ArbeitgeberInnen sind der Meinung, dass ihnen die gesamte Last aufgetragen wird
2 und die BA hat nicht genug Geld zur Verfügung, um die ArbeitgeberInnen zu entlasten.

3 Es stellt sich die Frage, ob nicht die, die die Fachkräfte benötigen, auch für die Kosten der
4 Qualifizierung aufzukommen haben.

5 Wenn die älteren ArbeitnehmerInnen in Zukunft mehr qualifiziert werden müssen (darüber
6 sind sich alle einig), dann entstehen unvermeidbare Kosten, wer auch immer die tragen muss.

7 Bleibt aber die Altersteilzeitregelung weiterhin bestehen, wird es keine Bildungsinvestitionen
8 in ältere ArbeitnehmerInnen geben (weder von Seiten der BA noch von den
9 ArbeitgeberInnen), da die Gefahr besteht, dass diese vorzeitig aus dem Betrieb ausscheiden
10 und somit die Investition umsonst war.

11 Auch wenn die ATZ in vielen Großbetrieben ein bequemes Mittel zum Personalabbau ist,
12 führt sie in vielen Klein- und Mittelbetrieben zu einem hohen Know-How-Verlust. Diese
13 Tatsachen sprechen eher gegen ein weiteres Bestehen der ATZ-Regelung. Fakt ist aber auch,
14 dass es viele ArbeitnehmerInnen gibt, die z.B. rein aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr
15 in der Lage sind, bis zum 65. Lebensjahr erwerbstätig zu bleiben. Oder dass einige
16 ArbeitnehmerInnen einfach keine Lust haben bis 65 zu arbeiten und wenn sie es sich
17 finanziell leisten können, bereit sind vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Für
18 diesen Personenkreis ist und bleibt die ATZ eine sinnvolle Regelung.

19 Festzustellen bleibt, wenn aufgrund der demographischen Entwicklung die Notwendigkeit
20 besteht, ältere ArbeitnehmerInnen länger an den Betrieb zu binden, dann müssen auch
21 entsprechende Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Es wird nicht ausreichend sein,
22 vermehrte Qualifizierungsmaßnahmen nur für MitarbeiterInnen kleiner Betriebe anzubieten
23 und die finanzielle Absicherung für ArbeitnehmerInnen, die vorzeitig ausscheiden, zu
24 verschlechtern. Vielmehr müssen sozialverträgliche Rahmenbedingungen geschaffen werden,
25 die es den älteren Beschäftigten ermöglichen, freiwillig im Erwerbsleben zu bleiben und sie
26 nicht durch schlechte finanzielle Absicherung dazu zwingt. Hierzu würde es sich anbieten u.
27 a. stärker darauf zu achten, dass die Altersteilzeit auch wirklich in Teilzeit und nicht im
28 Blockmodell abgegolten wird.

29 Abschließend bleibt also die Frage offen, ob sich auf Grund der unterschiedlichen Interessen
30 der beteiligten Parteien überhaupt ein alle zufriedenstellendes Ergebnis finden lässt. Es wäre
31 zu wünschen, dass die beteiligten Institutionen die Erkenntnis aus dem folgenden Zitat
32 beherzigen und sich gemeinsam an einen Tisch setzen, um darüber nachzudenken, wie für alle

- 1 eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann, die vor allem auf die menschlichen
2 Bedürfnisse Rücksicht nimmt.
- 3 „Seit einiger Zeit reift die Erkenntnis: Warum sollen arbeitende Menschen alle gleichermaßen
4 an einem Stichtag in die Rente gehen?
- 5 Sollten sie nicht besser je nach Ihrem Leistungsvermögen und ihren individuellen Wünschen
6 Optionen auf den flexiblen Übergang haben – sprich, die Wahl, ob sie mit 58 oder erst mit 65
7 Jahren (oder gar darüber hinaus) teilweise oder ganz in Rente gehen?
- 8 Obwohl diese Idee des flexiblen Übergangs in die Rente mittlerweile von Arbeitgebern und
9 Gewerkschaften geteilt wird, wird sie noch wenig umgesetzt.“ (*Schmid 2001: 11*)

Nicole Schnoor

Alternde Migrantinnen und Migranten in Deutschland *- Migration und Alter aus Sicht älterer Türkinnen und Türken -*

1. Einleitung

Mein Interesse gilt in dieser Arbeit der sogenannten ersten Generation der ausländischen ArbeitnehmerInnen, die zwischen 1955 und 1973 nach Deutschland kamen. Was ist eigentlich inzwischen aus ihnen geworden? Wo werden sie ihren Lebensabend verbringen und aus welchen Gründen? Wie stellt sich ihre Situation hier in Deutschland dar? Und vor allem: Welche Wünsche und Erwartungen haben sie bzgl. des deutschen Altenhilfesystems? Da die Türkinnen und Türken die größte Gruppe von Ausländern in Deutschland stellen, entschloss ich mich, im Rahmen dieser Arbeit eine eigene Untersuchung mit dieser Gruppe durchzuführen. Es stehen dabei Fragen zum Leben in der Türkei, der Migration nach Deutschland, dem Leben in Deutschland, dem Alt werden im Migrationsland und zu den Bestattungswünschen im Mittelpunkt des Interesses. Da mir die subjektive Sicht der Befragten besonders wichtig ist, habe ich für meine Untersuchung die Methode des leitfadengestützten narrativen Interviews gewählt.

Für die Mehrzahl der MigrantInnen gilt die Annahme, dass sie aufgrund vielfältiger sprachlicher und kultureller Zugangsbarrieren, Informationsdefizite, Diskriminierungserfahrungen sowie von Misstrauen gegenüber offiziellen Stellen und Ängsten vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen vom regulären Altenhilfesystem ausgeschlossen sind. Durch die Befragung zweier türkischer RentnerInnen soll herausgefunden werden, ob diese Hypothese zutrifft. Weiterhin wird untersucht, wie sich die unterschiedliche Ausstattung mit kulturellem, sozialem und ökonomischen Kapital auf die Lebenssituation im Alter auswirkt (vgl. Bourdieu, 1983: 183ff).

2. Ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital nach Pierre Bourdieu

Lange wurde die soziale Lage von Personen lediglich anhand ihres Zugangs zu ökonomischen Ressourcen bestimmt. Diese Herangehensweise greift jedoch zu kurz, da auch bei gleicher Ausstattung mit ökonomischem Kapital unterschiedliche Lebenslagen zu beobachten sind. Daher verwende ich den differenzierten Ansatz von Pierre Bourdieu, der ökonomisches,

soziales und kulturelles Kapital unterscheidet. Die Kapitalsorten werden hier im Einzelnen kurz vorgestellt.

Ökonomisches Kapital erscheint vor allem im Besitz, Vermögen, Einkommen und Eigentumsrechten. Da jederzeit in Geld umsetzbar, stellt es eine flexible Ressource dar und ist daher durch ein lediglich geringes Schwundrisiko bedroht (vgl. Koch, 1994: 91).

Kulturelles Kapital kann in drei Formen existieren. Inkorporiertes Kulturkapital ist im Laufe der familiären und schulischen Sozialisation erlerntes und daher verinnerlichtes Kapital, das sich in der ästhetischen Kompetenz des Individuums äußert. Objektiviertes Kulturkapital umfasst beides. Den ökonomischen Besitz des Kulturgutes und die Disposition, es sich mit Hilfe kultureller Fähigkeiten anzueignen (vgl. ebenda). Institutionalisiertes Kulturkapital bedeutet die Objektivierung von inkorporiertem Kulturkapital in Form von Titeln. Wer über viel ökonomisches und / oder kulturelles Kapital verfügt, besitzt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch soziales Kapital. Im Rahmen dieser Arbeit wäre eine differenzierte Betrachtung des Kulturkapitals nicht leistbar, daher werde ich mich überwiegend auf das institutionalisierte Kulturkapital in Form von Ausbildung beschränken (vgl. ebenda: 92).

Soziales Kapital definiert Bourdieu als die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind. Es kann sich hierbei aber auch um Ressourcen handeln, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen (vgl. ebenda).

3. Die angewandte Methode: Das leitfadengestützte narrative Interview

Ich wollte den befragten Personen genügend Raum und Gelegenheit geben, sich selbst zu äußern. Dieses Vorgehen ist hier sinnvoll, da in diesem Feld bislang nur wenige Forschungsergebnisse vorliegen. Die Sicht der befragten Personen ist entscheidend, sie sind die ExpertInnen zu diesen Themen und liefern erst mit ihren persönlichen Ansichten Material für noch zu entwickelnde Theorien. Hierbei schien mir eine Methode aus der qualitativen Sozialforschung als besonders geeignet, die des leitfadengestützten narrativen Interviews. Diese Form des Interviews lässt den Befragten zum einen den größten Raum für ihre jeweils ganz persönlichen Erfahrungen und Sichtweisen, da es hier im Gegensatz zu standardisierten Interviews keine Antwortvorgaben gibt. Die Informationen werden nicht aus dem Zusammenhang gerissen, wie es bei standardisierten Befragungen der Fall ist. Die Befragten können daher ihre Ansichten und Erfahrungen frei formulieren. Zum anderen lassen sich mit

1 qualitativen Interviews mehr Informationen zusammentragen als mit Hilfe standardisierter
2 Techniken (vgl. Anger, 1969: 573). Unter Umständen können auf diese Weise völlig neue
3 Gesichtspunkte zu Tage kommen, die bei der Konzeption des Leitfadens zunächst gar nicht in
4 Betracht gezogen worden sind (vgl. Erbslöh, 1972: 20).

5 Aufgrund der offenen Herangehensweise haben die Befragten die Gelegenheit, die für sie
6 relevanten Aspekte und Themen selbst anzusprechen und subjektiv zu gewichten. Qualitative
7 Interviews eignen sich, um neue Sichtweisen zu gewinnen, mutmaßlich relevante Themen und
8 Aspekte zu erkennen und vorläufige Hinweise auf Zusammenhänge und Wechselwirkungen
9 zu sammeln, aus denen sich bestimmte Konzepte und Theorien ableiten lassen, die aber in
10 jedem Falle einer sorgfältigen Nachprüfung bedürfen (vgl. Anger, 1969: 573).

11 Die von mir durchgeführte Untersuchung mit einem sehr kleinen Personenkreis erhebt
12 selbstverständlich nicht den Anspruch auf Repräsentativität. Dies ist auch generell nicht das
13 Ziel qualitativer Untersuchungen. Vielmehr ging es mir darum, neue Einblicke in die
14 Situation älterer TürkInnen zu gewinnen. Mit Hilfe eines von mir konzipierten Leitfadens,
15 interviewte ich im Februar und März 2002 zwei ältere TürkInnen in Hamburg. Der Leitfaden
16 wurde dabei nicht strikt Punkt für Punkt abgehakt, sondern diente lediglich als
17 Gedächtnisstütze und bildete den Orientierungsrahmen zur Sicherung der Vergleichbarkeit
18 der Interviews. Er ließ den Spielraum, die Fragen jeweils spezifisch zu formulieren und auch
19 unterschiedlich anzuordnen. Bei der Konzeption dieses Leitfadens fanden vorher
20 umfangreiche Überlegungen bezüglich Aufbau und Formulierung statt. Bei dem Aufbau des
21 Leitfadens waren vor allem die Eröffnungsfragen von Bedeutung, da die Startphase des
22 Interviews entscheidend für den gesamten Interviewverlauf ist. Der weitere Verlauf des
23 Interviews sollte dann jeweils von dem Verlauf des Gespräches abhängig sein, so dass die im
24 Leitfaden festgelegte Reihenfolge der anschließenden Themenkomplexe nicht verbindlich
25 war. Bei der Formulierung der Fragen galt es, diese so einfach und eindeutig wie nur möglich
26 zu gestalten (vgl. Bortz, 1984: 173). Außerdem wurde darauf geachtet, die Fragen in Hinblick
27 auf eine anschließende Übersetzung, zumindest bei dem Interview mit Herrn B., möglichst
28 kurz zu fassen. Die Fragen sollten nicht zu allgemein und möglichst offen formuliert sein. Der
29 Leitfaden gliedert sich insgesamt in fünf Bereiche zu den Themen:

- 30 - Das Leben in der Türkei und die Migration nach Deutschland
- 31 - Das Leben in Deutschland
- 32 - Altern im Migrationsland
- 33 - Bestattungswünsche

1 - Angaben zur eigenen Person

2 Die Fragen zum Leben in der Türkei vor der Migration dienten vor allem dem Zweck der
3 Gesprächseröffnung. Außerdem ist es für die Auswertung der Interviews wichtig, einen
4 Gesamteindruck von der Biografie und der sozialen Herkunft der InterviewpartnerInnen zu
5 gewinnen. Darüber hinaus ist das Wissen über Bildung und Ausbildung der
6 InterviewpartnerInnen in der Türkei notwendig, um ihre Ausstattung mit kulturellem Kapital
7 festzustellen.

8 Im Bereich der Migration nach Deutschland interessierten mich vor allem die Gründe, die zu
9 einer Migration geführt hatten, die damals damit verknüpften Hoffnungen und Pläne, die
10 ursprünglich geplante Aufenthaltsdauer sowie die in der Anfangszeit gemachten Erfahrungen
11 der InterviewpartnerInnen in Deutschland.

12 Der Themenschwerpunkt Leben in Deutschland umfasste die beruflichen Tätigkeiten der
13 Befragten, ihre Wohnsituation, die Beziehungen zu Deutschen und die Familienstrukturen.
14 Diese Fragen erschienen mir wichtig, um etwas über das soziale Umfeld der Befragten zu
15 erfahren. Dies gibt Aufschluss über ihr soziales Kapital. Die ökonomische Situation und der
16 Zugang zu Ressourcen weist hin auf ihr ökonomisches Kapital. Mit Hilfe der Angaben in
17 diesem Bereich lässt sich außerdem auf die Notwendigkeit von spezifischen
18 Altenhilfeeinrichtungen schließen.

19 Den größten Anteil des Leitfadens nehmen die Fragen zum Altern im Migrationsland ein.
20 Hier fragte ich nach bekannten Angeboten der Altenhilfe und ob diese von den Befragten in
21 Anspruch genommen werden oder ob eine Inanspruchnahme überhaupt für sie in Frage
22 kommen würde. Hierbei wurde auch nach einzelnen Bedürfnissen und Wünschen gefragt, die
23 auf die speziellen Angebote eingehen sollten. Auch Fragen zu den Betreuungsmöglichkeiten
24 innerhalb der Familie wurden in diesem Bereich gestellt. Außerdem habe ich hinterfragt, wie
25 die Befragten zu der Möglichkeit stehen, in ein Altenheim zu ziehen und wie dieses dann
26 aussehen sollte. Besonders interessiert haben mich auch die Bestattungswünsche der
27 Befragten. Ich habe mich an diesen sensiblen Bereich sehr vorsichtig heran gearbeitet, bekam
28 aber bereitwillig Auskunft, bzw. die Befragten kamen von ganz alleine auf dieses Thema zu
29 sprechen. Im Bereich der persönlichen Angaben fragte ich schließlich nach Alter,
30 Herkunftsort, Migrationsjahr, Familienstand sowie Anzahl der Kinder und Enkelkinder.

31

4. Die Interviews

4.1. Kurzbiografien der InterviewpartnerInnen

Im Folgenden werden die befragten Personen anhand von aus den Interviews und den Angaben zur eigenen Person gewonnenen Angaben kurz vorgestellt.

Herr B.

Herr B. wurde 1939 in einem kleinen Dorf in der Osttürkei geboren. Er war zum Zeitpunkt des Interviews also 63 Jahre alt. Seine Eltern waren arme Landwirte. Herr B. hat 5 Geschwister, 3 Brüder und 2 Schwestern. Er musste bereits als Kind viel auf dem elterlichen Hof mitarbeiten. Später hat er dann 10 Jahre in Istanbul auf Baustellen gearbeitet oder Reinigungsarbeiten ausgeführt. Eine Berufsausbildung hat er nicht. Danach hat er in seinem Dorf ein kleines Geschäft eröffnet. Dieses führte er 4 Jahre, bis er vom türkischen Arbeitsamt von der Möglichkeit erfuhr, nach Deutschland zu gehen und sich dafür entschied, diesen Schritt zu tun. Seine Migrationentscheidung ist auf wirtschaftliche Gründe, Abenteuerlust aber auch Diskriminierungserfahrungen wegen seiner kurdischen Herkunft zurückzuführen. 1973 heiratete er, bevor er die Türkei verließ. Seine Frau wurde 1947 geboren. Sie war also zum Zeitpunkt ihrer Migration 33 Jahre und zum Zeitpunkt des Interviews 55 Jahre alt. 1973 kam Herr B. nach K., also mit 34 Jahren. Er arbeitete dort 1 Jahr für eine große Straßenbaufirma und lebte in einem Wohnheim. 1974 zog er nach Hamburg und arbeitete von da an bis zu seiner Frühverrentung durch den Sozialplan 21 Jahre für eine große Hamburger Firma. In Hamburg lebte er zunächst 7 Jahre in einem Wohnheim. 1980 kam seine Frau mit 2 Kindern nach Hamburg. Eines seiner Kinder kam ein Jahr später aus der Türkei nach Deutschland und 3 weitere wurden in Deutschland geboren. Herr und Frau B. haben insgesamt 6 Kinder, 5 Jungen und 1 Mädchen. Sie wohnten zunächst für einige Monate bei einer Cousine von Herrn B., bis sie eine Wohnung im Stadtteil X bezogen und dort 19 Jahre blieben. 1999 zogen sie in den Stadtteil Y, da seine Frau sehr krank ist und aus diesem Grunde beide näher bei den Kindern wohnen wollten. Ihre Kinder gingen in Deutschland zur Schule und absolvierten hier ihre Ausbildungen. Sie sind Maschinenbauingenieur, Maurer, Maschinenmechaniker, Arzthelferin, Student und Optiker. Bis auf einen Sohn haben alle Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit, die Eltern aber nicht. Herr und Frau B. haben 4 Enkelkinder, 3 Jungen und 1 Mädchen. Sie planen nicht, in die Türkei zurückzugehen.

Frau P.

Frau P. wurde 1942 in einer türkischen Großstadt geboren. Sie wuchs dort auf, besuchte die Schule und absolvierte 1965, also mit 23 Jahren, eine Modeschule und heiratete.

1 1966, also mit 24 Jahren, eröffnete sie ein eigenes Modehaus mit 30 Angestellten. 1970 wurde
 2 sie geschieden, gab das Modehaus auf und ging alleine in die Schweiz. Ein Jahr später kam
 3 sie nach Hamburg und übernahm eine Änderungsschneiderei, die eine Bekannte für sie
 4 eröffnet hatte. Dort wohnte sie zunächst einmal in zwei Hinterzimmern, mit Küche aber ohne
 5 Bad. 1973 zog sie in eine Ein-Zimmer-Wohnung in Straße X. Im selben Jahr gab sie die
 6 Änderungsschneiderei auf und fing bei der Hochbahn, in der Zugabfertigung, an. Dort hat sie
 7 8 Jahre, bis 1981, gearbeitet, bis sie aus gesundheitlichen Gründen kündigte. 1979, mit 37
 8 Jahren, heiratete sie einen deutschen Mann, von dem sie 1997 wieder geschieden wurde. Nach
 9 der Kündigung bei der Hochbahn absolvierte Frau P. eine vom Arbeitsamt finanzierte 9-
 10 monatige Ausbildung zur Sachbearbeiterin im Rechnungswesen, obwohl sie lieber
 11 Kosmetikerin werden wollte. Nach der Ausbildung fand sie in diesem Bereich trotz
 12 zahlreicher Bewerbungen keine Stelle und gab stattdessen Nähkurse für junge Türkinnen und
 13 türkische Kochkurse für Deutsche. 1987 eröffnete Frau P. eine Modeboutique, die sie über 10
 14 Jahre lang betrieb. Nach der Scheidung gab sie den Laden auf. 1999 ging sie mit 57 Jahren in
 15 Rente. 1999 lebte Frau P. in Süddeutschland mit einem türkischen Mann zusammen, von dem
 16 sie sich nach ca. 1 Jahr wieder trennte und zurück nach Hamburg ging. In Hamburg wohnte
 17 sie dann zunächst abwechselnd bei Freunden und in ihrem Laden, bis sie eine Wohnung fand.
 18 Zwischenzeitlich ging sie in die Türkei zurück, wo sie ein Haus besitzt, kehrte aber nach
 19 kurzer Zeit nach Deutschland zurück. Jetzt ist Frau P. 60 Jahre alt und plant, ihr Rentenalter in
 20 Deutschland zu verbringen.

22 **4.2. Zusammenfassung der Auswertung des Interviews mit Frau P.**

23 Zusammenfassend ist festzustellen, dass Frau P. nicht repräsentativ für die Generation der
 24 TürkInnen ist, die im Zuge der Anwerbemaßnahmen nach Deutschland kamen. Lediglich ihre
 25 jetzige finanzielle Situation ist mit der anderer türkischer MigrantInnen vergleichbar. Dieses
 26 ist für Frau P. umso einschränkender, da sie einen sehr viel höheren Lebensstandard gewohnt
 27 war, den sie im Alter nicht mehr halten können wird. Frau P. ist von Haus aus reichlich mit
 28 sozialem, ökonomischem und kulturellem Kapital ausgestattet und verfügt über ein hohes
 29 Bildungsniveau.

30 Frau P. verlässt sich eher auf ein durch Freundschaften begründetes soziales Netz als auf ihre
 31 Familie. Dieses soziale Netz hat sich auch in Krisensituationen als tragfähig erwiesen, z. B.
 32 konnte sie in Übergangszeiten bei Freunden wohnen. Mit ihrer Familie in der Türkei hat sie
 33 sich durch ihre Migration entzweit.

1 In Deutschland hat sie im privaten Bereich zwei weitere Brüche erlebt, die Scheidung von
2 ihrem Mann und die Trennung von ihrem Freund in Süddeutschland. Ihre persönliche Freiheit
3 ist für Frau P. wichtiger als finanzielle Sicherheit. Dieses lässt sich klar an mehreren Stellen
4 ihrer Biografie herausarbeiten, z. B. die Trennung von ihrem sehr wohlhabenden Freund oder
5 die Kündigung bei der Hochbahn kurz vor dem Recht auf Betriebsrente. Sie neigt zu
6 spontanen und oft auch unüberlegten Entscheidungen.

7 An der islamischen Religion hat Frau P. wenig Interesse, sie ist schon früh aus der türkischen
8 Gemeinschaft ausgebrochen, übt jedoch einen positiven, konstruktiven Umgang mit der
9 türkischen Kultur und Religion. Sie kritisiert die türkische Lebensweise, dort wo diese sie
10 einschränkt, versucht aber gleichzeitig zwischen den Kulturen und Religionen zu vermitteln
11 und anderen Menschen weiterzuhelfen, wie in der Arbeit mit den türkischen Mädchen.

12 Frau P. identifiziert sich sehr stark mit der Erwerbsarbeit. Sie versucht, sich auf diesem Gebiet
13 selbst zu verwirklichen und ihre künstlerische Begabung auszuleben. Sie gibt ihr Leben nicht
14 für Mann und Kinder auf, wie es in ihrer Kultur eher üblich ist. Ihre Erwerbsbiografie ist sehr
15 brüchig, doch am Schluss hat sie wieder ihre eigene Boutique. Nach dem starken Statusverlust
16 durch die Migration hat sie es geschafft, sich wieder etwas aufzubauen. Ihr Erwerbsleben ist
17 geprägt von spontanen Entscheidungen, ohne lange Überlegungsphasen. Dieses trug mit zu
18 ihrer jetzigen schlechten Versorgungslage bei. Frau P. ist jedoch sehr flexibel, sie ist immer
19 lernfähig geblieben und in der Lage, sich schnell an unterschiedliche Lebenslagen anzupassen
20 und in den unterschiedlichsten Branchen zu arbeiten. Diese Fähigkeit schuldet sie ihrer guten
21 Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital.

22 Frau P. war ihr Leben lang entweder abhängig von ihrer eigenen Erwerbsarbeit oder von
23 ihrem zweiten Ehemann. Die Brüche in der Erwerbsbiografie und in den familiären
24 Bindungen verschränken sich und führen zu einem Verlust an ökonomischem Kapital: Das
25 Verlassen der Türkei, die Aufgabe der Änderungsschneiderei, die Kündigung bei der
26 Hochbahn, die zweite Scheidung und der Verlust der Boutique, die Trennung von ihrem
27 Freund in Süddeutschland. Frau P. ist jetzt auf sich selbst gestellt und hat weder aus der
28 beruflichen Tätigkeit noch aus den familiären Bindungen eine ausreichende finanzielle
29 Absicherung. Momentan erhält sie noch monatliche Unterstützungszahlungen von ihrem
30 zweiten Ehemann, wenn dieser jedoch selbst in Rente geht, werden diese Zahlungen nicht
31 mehr erfolgen. Es wurde nicht deutlich, ob sie danach Sozialhilfe beantragen müssen wird
32 oder auf andere Ressourcen, z. B. das Haus in der Türkei, zurückgreifen kann.

1 Frau P. würde sich wünschen, dass kulturelle Angebote finanziell erschwinglicher wären,
 2 damit sie auch weiterhin in der Lage sein kann, am kulturellen Leben aktiv teilzunehmen.
 3 Frau P. benötigt keine nationalitätenspezifischen Altenhilfeangebote. Sie lebt wie andere
 4 alleinstehende deutsche Frauen ihres Alters und wird sich problemlos in die bestehenden
 5 Angebote eingliedern, sofern diese für sie finanziell erschwinglich sind.

7 **4.3. Zusammenfassung der Auswertung des Interviews mit Herrn B.**

8 Im Gegensatz zu Frau P., ist die Ausstattung von Herrn B. mit kulturellem und ökonomischen
 9 Kapital nur spärlich. Er kommt aus einer sehr armen Familie, besitzt kaum Schulbildung und
 10 keine Berufsausbildung. Seine Kinder und Enkelkinder, auf die er sehr stolz ist, und die er
 11 sehr liebt, stellen seine Altersabsicherung dar. Er verlässt sich auf sein soziales Kapital in
 12 Form des familiären Netzwerks und fordert ganz selbstverständlich die Einlösung des
 13 Generationenvertrages innerhalb der Familie. Er will mit den deutschen
 14 Altenpflegeeinrichtungen gar nichts zu tun haben und nicht einmal etwas darüber hören oder
 15 darüber nachdenken, sie in Anspruch zu nehmen. Er hat sein Leben lang gerade genug Geld
 16 verdient, um 'über die Runden' zu kommen, und jetzt im Rentenalter scheint es zum Leben zu
 17 wenig und zum Sterben zu viel. Er ist unbedingt auf die finanzielle Unterstützung seiner
 18 Kinder angewiesen. Im Gegensatz zu Frau P. erfüllt Erwerbsarbeit für Herrn B. lediglich den
 19 Zweck der Lebenserhaltung. Den Sinn ihres Lebens und den Lebensmittelpunkt stellen für
 20 Herrn und Frau B. die Kinder und Enkelkinder dar.

21 Herr und Frau B. können ihr mangelndes ökonomisches und kulturelles Kapital durch den
 22 sozialen Zusammenhalt in der Familie ausgleichen. Sie selbst haben durch den Weggang aus
 23 der Türkei einen Statusverlust erlitten, den sie auch nach 30 Jahren Aufenthalt in Deutschland
 24 nicht wieder ausgleichen konnten. Allerdings ist über zwei Generationen betrachtet die
 25 Migration doch eine Erfolgsgeschichte: Der soziale Aufstieg, der den Eltern verwehrt blieb,
 26 wurde nun durch die Kinder nachgeholt.

27 Die soziale Einbindung und Unterstützung von Herrn und Frau B. ist außerhalb der Familie
 28 wenig ausgeprägt. Aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse ist es nie zu tiefergehenden
 29 Beziehungen zu Deutschen gekommen und auch die Freundschaften zu TürkInnen sind eher
 30 oberflächlicher Art. Gleichzeitig haben sie Hemmungen und vermutlich zu wenig Kenntnisse,
 31 um die ihnen zustehenden staatlichen Sozialleistungen in vollem Umfang in Anspruch zu
 32 nehmen. Dies resultiert aus dem Mangel an Bildung und kulturellem Kapital und wird auch
 33 durch die Kinder nicht ausgeglichen.

Herr B. möchte sehr gerne in die Türkei zurückkehren und träumt davon. Er sieht jedoch ein, dass dies aus den verschiedensten Gründen unmöglich ist. Seine sechs Kinder und drei Enkelkinder sind in Deutschland und haben nicht vor, in die Türkei zu ziehen. Er möchte die Trennungserfahrung nicht noch einmal wiederholen. Außerdem ist es bei dem Gesundheitszustand seiner Frau nicht möglich, dauerhaft in die Türkei zurückzugehen, da sie dort nicht die nötige ärztliche Behandlung erhalten würde, die sie nach der Lebertransplantation benötigt. Sie stammen aus einem kleinen Dorf, das vom nächsten Krankenhaus weit entfernt ist. Er wünscht sich aber, genug Geld zur Verfügung zu haben, um öfter zu Besuch in die Türkei fliegen zu können.

Bezüglich der deutschen Altenhilfe ist zu sagen, dass sich Herr und Frau B. augenscheinlich wirklich keine Gedanken darüber machen müssen, irgendwann mal in ein Altenheim zu gehen. Das familiäre Netzwerk scheint so tragfähig zu sein, dass sie dauerhaft in ihrer Wohnung bleiben können oder zu einem der Kinder ziehen werden. Diese Aufgabe wird wohl der einzigen Tochter zuteil werden, die ausgebildete Arzthelferin ist. Interessant wäre es in diesem Zusammenhang mit Hilfe einer eigenständigen Untersuchung herauszufinden, inwieweit die zweite Generation die Erwartungen ihrer Eltern zu erfüllen bereit ist, bzw. in der Lage dazu sein wird.

Wichtig ist allerdings der Aspekt der Freizeitgestaltung. Ein bis zwei Treffen in der Woche sind zu wenig und einen ständigen Treffpunkt gibt es dort, wo sie wohnen, nicht. Türkische Kulturvereine sind ungeeignet für Herrn B., da er sich den Austausch mit Menschen verschiedener Nationalitäten wünscht. Außerdem würde er seine Frau gerne mitnehmen und einbeziehen.

5. Handlungsbedarf bzgl. der Altenhilfe aus Sicht der Betroffenen

Beide InterviewpartnerInnen waren nicht ausreichend über Angebote für ältere TürkInnen informiert. Bei Frau P. ist dies wohl darauf zurückzuführen, dass sie keine speziellen Angebote benötigt und sich von daher auch nicht dafür interessiert. Anderenfalls wäre sie jedoch meiner Einschätzung nach durchaus in der Lage, sich die nötigen Informationen zu beschaffen und die entsprechenden Angebote zu nutzen, sofern diese vorhanden sind. Herr und Frau B., die wohl eher repräsentativ sind für die ältere türkische Bevölkerung, müssten dagegen ganz gezielt über bestehende Angebote informiert und an diese herangeführt werden. Sie fühlen sich allein gelassen mit ihrer finanziellen und sozialen Situation. Ihre einzigen

1 Bezugspersonen sind ihre Kinder und wenn diese auch nicht weiter wissen, wird der
2 Sozialberater, Herr Yagli, zu Rate gezogen.

3 Die von den InterviewpartnerInnen geäußerten Wünsche beziehen sich in beiden Fällen auf
4 den Freizeitbereich. Der Grund hierfür ist wohl darin zu sehen, dass Frau P. sich bewusst ist,
5 dass sie irgendwann in ein Altenheim gehen wird und eher ein Interesse daran hat, sich jetzt
6 und heute ihr Leben schön zu gestalten und Herr B. sich hundertprozentig sicher ist, dass ihn
7 seine Kinder pflegen werden. Frau P. wünscht sich finanziell erschwingliche Kulturangebote,
8 wie z. B. Malkurse oder Theaterveranstaltungen.

9 Die vordringlichen Probleme für Herrn B. sind das Geld und die Langeweile. Herr B. hätte
10 gerne eine multikulturelle Rentnerkneipe, die jeden Tag zugänglich wäre. Außerdem wünscht
11 sich Herr B. eine etwas höhere Rente, um sich ab und zu Reisen in die Türkei leisten zu
12 können, und um nicht von seinen Kindern finanziell abhängig zu sein. Sowohl für Frau P. als
13 auch Herrn und Frau B. sind die Rentenbezüge nicht ausreichend, obwohl Herr B. 22 Jahre in
14 Deutschland kontinuierlich erwerbstätig war und auch Frau P. den größten Teil ihres Lebens
15 gearbeitet hat. Nötig wäre eine gezielte Aufklärung über die Rechte und Ansprüche, die sie
16 haben und die ihnen zustehen, auch schon während der Erwerbsarbeit. Dieses wurde damals
17 versäumt, da sowohl die deutsche Regierung als auch die ArbeitsmigrantInnen davon
18 ausgegangen sind, dass die Menschen nach einem kurzen Aufenthalt in ihr Heimatland
19 zurückkehren. Diese schlechte Versorgungslage sollte heute zumindest durch umfangreiche
20 muttersprachliche, finanzielle und soziale Beratungen ausgeglichen werden, die den
21 Betroffenen den Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen ermöglichen.

23 **6. Schlussbetrachtung**

24 An den Biografien und jetzigen Lebenssituationen der beiden interviewten Personen ist
25 deutlich zu erkennen, wie heterogen die Gruppe der türkischen MigrantInnen ist. Genauso
26 unterschiedlich sind auch ihre Wünsche und Bedürfnisse. Nur ein Problem haben sie
27 gemeinsam: die Rente ist zu niedrig. Die soziale Lage ist jedoch je nach sozialem und
28 kulturellem Kapital sehr unterschiedlich. Aufgrund der Migration wird jedoch kulturelles
29 Kapital (in Form von Bildung) und soziales Kapital (Familienbindung und soziale
30 Beziehungen) zunächst entwertet und muss im Migrationsland neu erarbeitet oder umgesetzt
31 werden. Die in der Einleitung aufgestellte Hypothese, dass MigrantInnen aufgrund vielfältiger
32 Gründe vom regulären Altenhilfesystem ausgeschlossen sind, trifft auf Herrn und Frau B. zu,
33 auf Frau P. jedoch nicht. Da Frau P. aber aufgrund ihrer Biografie ein sehr untypisches

1 Beispiel für die türkischen MigrantInnen ist, würde ich die Hypothese trotzdem als bestätigt
2 ansehen. Der Zugang zur Altenhilfe ist derzeit von Sprachkenntnissen und Bildungsniveau
3 abhängig. Hier müssten gezielte Beratungsangebote diesen Versorgungslücken
4 entgegenwirken.

5 In Bezug auf ihre ökonomische Situation sind meine beiden InterviewpartnerInnen
6 vergleichbar schlecht gestellt. Beide haben durch die Migration einen Statusverlust erlitten.
7 Allerdings ist ihre soziale Lage durch unterschiedliche Herkunft und Bildungsniveaus zum
8 jetzigen Zeitpunkt unterschiedlich. Dies wird beispielsweise daran deutlich, dass Frau P. die
9 deutsche Sprache gelernt hat und auch in der Lage war, ihre Rechte einzuschätzen und sich
10 darüber zu informieren. Daher konnte sie sich aus Abhängigkeiten befreien und
11 Unrechtmäßigkeiten erkennen, z. B. wäre sie ohne ihren Bildungshintergrund vielleicht ihr
12 Leben lang in der Änderungsschneiderei ihrer Bekannten geblieben. Im Gegensatz zu Herrn
13 B., der nach seiner Ankunft in Deutschland keine Alternative zu einem Ein-Jahres-Vertrag
14 sah und sich nicht zu helfen wusste, hat sie sich bei ihrer Einstellung bei der Hochbahn gegen
15 unpassende Arbeitsbedingungen und einen Knebelvertrag zur Wehr gesetzt. So wird deutlich,
16 dass ein unterschiedliches Bildungsniveau unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

17 Frau P. ist gut ausgebildet und konnte ihren ursprünglichen Beruf, wenn auch erst nach vielen
18 Umwegen und anderen Tätigkeiten, in Deutschland wieder ausüben. Durch ihr kulturelles
19 Kapital war sie in der Lage, schnell deutsch zu lernen, sich an die unterschiedlichsten
20 Situationen anzupassen und zwischen beiden Kulturen zu vermitteln. Durch ihre Migration
21 hat sie ihre familiären Bindungen in der Türkei zunächst verloren. Sie hat es jedoch geschafft,
22 sich in Deutschland ein tragfähiges Netz sozialer Beziehungen aufzubauen. Obwohl sie ihr
23 Leben lang gearbeitet und weitgehend ihren eigenen Lebensunterhalt verdient hat, ist ihre
24 finanzielle Absicherung im Alter nicht ausreichend. Aufgrund ihrer gescheiterten
25 Beziehungen kann dieses fehlende ökonomische Kapital nicht durch soziale Bindungen
26 ausgeglichen werden. Durch die Migration hat sie als Frau Freiheit und Selbstbestimmung
27 gewonnen, die ihr vermutlich in diesem Umfang in der Türkei verwehrt geblieben wären.
28 Einen sozialen Aufstieg hat sie allerdings nicht erlebt, sondern eher einen Statusverlust.

29 Herr B. hatte in der Türkei kaum Schulbildung erhalten und keine Berufsqualifikation. Er
30 führte aber einen eigenen kleinen Laden in seinem Heimatdorf und erlitt somit, wie auch Frau
31 P., einen Statusverlust durch die Migration, wenn auch nicht im selben Ausmaß. Er kam als
32 Hilfsarbeiter nach Deutschland und hat sich beruflich nicht weiterentwickelt. Aufgrund seines
33 mangelnden Bildungshintergrundes und seiner Schichtarbeit lernte er nur schlecht deutsch.

1 Seine Verbindung zur Familie in der Türkei hat er aufrecht erhalten und seine Frau und
2 Kinder nach Deutschland geholt. Die Familie ist sein Lebensinhalt. Hier funktionieren trotz
3 der Migration noch die traditionellen sozialen Bindungen innerhalb der Familie, die auf
4 gegenseitiger Solidarität beruhen.

5 Insofern stellt seine Familie auch seine Alterssicherung dar, da seine Rente nicht ausreicht.
6 Durch seine kontinuierliche Erwerbsarbeit hat er seine Familie ernährt und die Grundlage
7 dafür geschaffen, dass seine Kinder kulturelles und ökonomisches Kapital erwerben können
8 und damit den sozialen Aufstieg erreichen, der den Eltern nicht möglich war.

9 Es existieren diverse Projekte und Versuche, die älteren MigrantInnen entweder in die
10 bestehenden deutschen Altenhilfesysteme zu integrieren oder nationalitätenspezifische
11 Angebote zu bieten und ihnen damit ihren Lebensabend im Migrationsland zu erleichtern. Es
12 sind jedoch bei weitem nicht genug. Außerdem fehlt ein Überblick über alle vorhandenen
13 Projekte und migrantInnenspezifischen Hilfsangebote sowie eine zentrale Koordinationsstelle,
14 um alle vorhandenen Projekte und Aktivitäten zu vernetzen und damit den Informationsfluss
15 und den Zugang zu den einzelnen Einrichtungen zu erleichtern.

16 Um den MigrantInnen den Zugang zu den Angeboten der Altenhilfe nahe zu bringen, ist es
17 erforderlich, muttersprachliche Beratungsangebote bereitzustellen, welche
18 Dolmetscherdienste für notwendige Antragstellungen und Begleitung zu den Diensten der
19 Altenhilfe, für Behördenangelegenheiten sowie zur Informationen über Möglichkeiten der
20 Freizeitgestaltung bieten. Außerdem sollte dafür gesorgt werden, dass die Menschen auch
21 ausreichend über das Vorhandensein dieser Angebote informiert werden. Dies könnte zum
22 einen durch entsprechendes Informationsmaterial in der Muttersprache, zum anderen aber
23 auch über sogenannte Multiplikatoren, Personen ihres Vertrauens in bereits bestehenden
24 Einrichtungen, erfolgen.

25 Bezüglich der islamischen Bestattung ist zu sagen, dass meine Interviews nicht repräsentativ
26 sind. Selbst wenn beide InterviewpartnerInnen hierzu eine sehr liberale Einstellung vertreten,
27 muss meines Erachtens für MitbürgerInnen muslimischen Glaubens trotzdem die Möglichkeit
28 bestehen, sich in Deutschland nach den islamischen Regeln bestatten zu lassen. Daher ist die
29 Einrichtung muslimischer Friedhöfe erforderlich, um den Menschen ihre diesbezüglichen
30 Sorgen und Ängste zu nehmen. Eventuell können Regelungen anderer Länder, beispielsweise
31 mehrstöckige Grabkammern wie in Spanien oder der Erwerb von Friedhofsparzellen als
32 Grundeigentum, Grundlagen für mögliche Lösungen dieses Problems sein. Da dieses Problem

- 1 auch die nächsten Generationen betreffen wird, ist eine diesbezügliche Diskussion dringend
- 2 erforderlich.

Carsten Heinze

***Lebensgeschichtliche Geschichts- und Identitätskonstruktionen im Spiegel ostdeutscher
Autobiographien nach 1989 am Beispiel von Fritz Teppich und Walter Janka***

1. Einleitung

In meinem Beitrag zu dem Themenkomplex „Altern in Europa“ möchte ich eine kurze Zusammenfassung meiner Auseinandersetzungen mit der Problematik des Alterns aus [auto-]biographischer Perspektive auf der erkenntnistheoretischen Grundlage biographischer Sozialforschung geben. Anhand zweier ausgewählter Autobiographien ostdeutscher Autoren – dem jüdischen Kommunisten Fritz Teppich und dem nichtjüdischen Kommunisten Walter Janka - möchte ich *fallspezifisch* verdeutlichen, wie vor dem Hintergrund historischer Prozesse persönliche Selbstbilder und Identitäten im autobiographischen Rekonstruktionsprozess gebildet werden. Beide Autoren waren im kommunistisch organisierten antifaschistischen Widerstand tätig und verbrachten lange Zeit während 1933 und 1945 im Exil. Nach 1945 remigrierten beide bewusst in die SBZ, um am Aufbau des antifaschistischen Staates mitzuarbeiten, und sich für das „andere“, bessere Deutschland zu engagieren. Janka verstarb 1994, Teppich lebt gegenwärtig in Berlin, wo er nach wie vor für seine sozialen Ideale kämpft.¹ Insofern ist diese Arbeit als ein individuell-biographischer Ansatz zum Verständnis eines „Alterns in Europa“ zu verstehen, der versucht, das Altern (im autobiographischen Konstruktionsprozess) auf der subjektiven Ebene zu erfassen.

Besondere Aufmerksamkeit bei der Analyse politischer Autobiographien gilt den historisch-politischen „Rahmungen“², die maßgeblicher Bestandteil in der narrativen Selbstrepräsentation eines (politischen) Lebens sind, und denen eine besondere individuelle Erklärungskraft inhärent ist. Der historische Rahmen, auf den die Autoren *intentional* Bezug nehmen, um individuelle Lebensentscheidungen und die sie beeinflussenden *lebensweltlichen*³ Einflussfaktoren vor einem potentiellen Leserkreis zu rechtfertigen und zu verteidigen, muss

¹ Auf verschiedenen Internetseiten sind Kommentare und politische Stellungnahmen von ihm zu unterschiedlichen politischen Themenfeldern zu finden.

² Die Bedeutung des „sozialen Rahmens“ für (autobiographische) Erinnerungen wurde zuerst von M. Halbwachs ausformuliert und in Bezug auf Erinnerungskulturen immer wieder rezipiert. Vgl. Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M., 1985

³ Das *Lebensweltkonzept* zur Analyse biographischer Sinn- und Bedeutungsgebungen geht auf die theoretischen Überlegungen des Sozialphänomenologen Alfred Schütz zurück.

also in die Untersuchung einbezogen werden.⁴ Das Konzept zur Interpretation von [Re-]
]konstruktionen⁵ der persönlichen Lebensgeschichte in der Autobiographie greift auf mehrere
theoretische Vorüberlegungen zurück, die im Anschluss näher erläutert werden sollen.

Biographische Erfahrungsräume im 20. Jahrhundert in Deutschland und Europa sind geprägt
durch Krieg, Not, Exil, Terror, rassische und politische Verfolgung und Vernichtung durch
die nationalsozialistische Politik zwischen 1933 und 1945. Die unmittelbaren weltpolitischen
Folgen sind, wie Naumann⁶ hervorhebt, scheinbar mit dem Zusammenbruch der
osteuropäischen Staaten in ihrer bisherigen Form beendet, bzw. gehen nun in eine neue Phase
über.⁷ Vor allem Juden und Kommunisten waren Ziel der Vernichtungspolitik, wobei gerade
in Bezug auf die Juden rassische Abgrenzungs- und Kategorisierungsprobleme⁸ eindeutige
Zuordnungen aus Sicht der Nazis verhinderten, die vor allem das Selbstverständnis der
„assimilierten“ Juden in Deutschland in den ersten Jahren nationalsozialistischer Politik
massiv irritierten.⁹ Anders als die (kommunistischen) Widerstandskämpfer waren jüdische
Deutsche nicht von vornherein antinationalistisch, bzw. – in einigen Fällen sogar – nicht
antinationalsozialistisch eingestellt. Rassische und politische Verfolgungen waren also zwei
wichtige Unterscheidungskriterien, mit denen die Nazis ihre Gegner zu typisieren versuchten.
Dieser Aspekt ist insofern nicht unerheblich, als dass mit dieser Einteilung besonders ein
Identifizierungsrahmen geschaffen wurde, der von den Verfolgten auf die eine oder andere
Weise in ihr Selbstbild aufgenommen wurde.¹⁰ Darüber hinaus verkompliziert sich das
Problem für die DDR- Autoren dahingehend, dass öffentliche Erinnerungsrituale nicht

⁴ Bourdieu spricht in diesem Zusammenhang vom „Ideologen des eigenen Lebenslauf“ als zentrale Erkenntnisquelle und kritisiert damit die an scheinbaren Objektivitätskriterien scheiternde biographische Sozialforschung. Vgl. Pierre Bourdieu: Die biographische Illusion, in: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung und oral history, Heft 1/1990, S. 75 – 82. Als kritische Replik darauf in derselben Ausgabe Liebau und Niethammer.

⁵ In den folgenden Überlegungen sollte eher von *Konstruktions*prozessen autobiographischer Identität gesprochen werden, um so hervorzuheben, dass Inhalt und Struktur maßgeblich von dem gegenwärtigen Standpunkt, d.h. dem gegenwärtigen autobiographischen Bewusstsein des Autors abhängen. Auf die herausragende Bedeutung des jeweiligen Zeitpunkts des Produktionsprozesses der Autobiographie werde ich an anderer Stelle genauer eingehen.

⁶ Vgl.: Einleitung, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland, Hamburger Edition, Hamburg, 2001, S. 9 - 29

⁷ Über die neuen, „globalen“ Strategien im Umgang mit der Shoah in einem veränderten weltpolitischen Kontext diskutieren Daniel Levy und Natan Sznajder. Vgl. dies.: Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust, Edition Zweite Moderne (hg. von Ulrich Beck), Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M., 2001

⁸ Vgl. zur Frage „Wer ist Jude“ aus nationalsozialistischer Perspektive: Elisabeth Beck-Gernsheim: Juden, Deutsche und andere Erinnerungslandschaften, Edition Zweite Moderne, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/ M., 1999, S. 53-70

⁹ Vgl. zur Geschichte der Juden in der Moderne: Victor Karady: Gewalterfahrung und Utopie – Juden in der europäischen Moderne, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 1999: Dieser typische sozialhistorische Hintergrund ist für Teppich die Sozialwelt, in der er seine Kindheit verbringt.

¹⁰ Goffman hat in seinen diesbezüglichen Überlegungen zu den Anpassungsprozessen stigmatisierter Identitäten auf eben diesen Aspekt hingewiesen. Vgl. Erving Goffman: Stigma, 14. Aufl., Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt/M., 1999, S. 16

1 explizit auf die rassische Dimension der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik eingingen,
 2 sondern diese pauschal unter die Kategorie „Opfer des Faschismus“ einordneten. In diesem
 3 Zusammenhang deutet sich ein zentrales Problem an, das auf den grundsätzlichen Konflikt
 4 der individuellen Verarbeitung sozialer Erfahrungen – verallgemeinernd: auf die
 5 sozialpsychologisch-relevante Beziehung von Innen- und Außenwelt – hindeutet: Der Frage
 6 nach dem Spannungsverhältnis einer von außen durch ein politisches System oktroyierten
 7 jüdischen bzw. kommunistischen Identität im Verhältnis zum eigenen Selbstverständnis der
 8 Autobiographen.

9 Das autobiographische (historisch- politische) Selbstverständnis der beiden Autoren ist
 10 allerdings nicht nur durch den Nationalsozialismus geprägt worden, sondern muss in die
 11 weiteren historischen Transformationsprozesse in Deutschland eingebunden werden: Die
 12 Entstehung der beiden deutschen Teilstaaten BRD und der DDR und der anschließende Kalte
 13 Krieg waren eine Folge der nationalsozialistischen Politik. Im Rahmen dieses Aufsatzes
 14 interessiert besonders der gesellschaftspolitische Rahmen der DDR bezüglich seines
 15 antifaschistischen und sozialistischen Selbstverständnisses, der maßgeblich die „politische
 16 Kultur“¹¹ und damit, im Anschluss an die nationalsozialistische Erfahrungen, die weitere
 17 politische Sozialisation beider Autoren prägte.¹² In Ostdeutschland wurde die Erinnerung an
 18 die Vernichtung der Juden unter der Staatsdoktrin des „verordneten Antifaschismus“ und der
 19 einseitigen Heroisierung des globalen kommunistischen Widerstands im Keim erstickt.¹³

20 Teppich und Janka waren bei der Produktion ihrer Autobiographien mehr als 70 Jahre alt. Sie
 21 durchlebten folgende – grob eingegrenzte - historische Phasen, die für ihr *politisches*
 22 Selbstverständnis, das die maßgebliche Basis ihrer autobiographischen
 23 Identitätskonstruktionen bildet, ausschlaggebend waren: Weimarer Republik, die NS-Zeit, das
 24 Jahr 1945, die Entstehung beider deutscher Teilstaaten, und letztlich der Zusammenbruch des
 25 so genannten „Ostblocks“ im Jahre 1989. Diese historischen Phasen spiegeln sich – narrativ
 26 verarbeitet und perspektivisch aus einer Ich- Zentrierung konstruiert - in individueller Form

¹¹ Vgl. zum Begriff der politischen Kultur und der politischen Sozialisation: Wolfgang Bergem: Tradition und Transformation – Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1993

¹² Zu den politischen Erinnerungsritualen hinsichtlich der gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost und West, vgl. Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung – Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Propyläen, Berlin, 1998. Das problematische Verhältnis zwischen (zurückgekehrten) Juden und der offiziell praktizierten Politik der DDR wird in der detaillierten Studie Hartewigs historisch nachgezeichnet. Vgl. Karin Hartewig: Zurückgekehrt – Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Böhlau Verlag, Köln - Weimar – Wien, 2000

¹³ Ebd. Dieser Faktor ist besonders für Janka entscheidend, da als Grund seiner Verhaftung in der DDR sein Einsatz zusammen mit Paul Merker für die „Entschädigung“ von Juden mitverantwortlich war.

als „Geschichte in der Lebensgeschichte“ wider.¹⁴ Typisch für die jüdischen Remigranten der DDR – zumindest offiziell – ist, dass sie sich nicht als „rassisch Verfolgte“ des Naziregimes verstanden: „Die meisten repatriierten Kommunisten jüdischer Herkunft verstanden sich nicht als Juden, sondern als deutsche Kommunisten.“¹⁵ Dieser Aspekt ist bei der Untersuchung des aus großbürgerlichen jüdischen Verhältnissen stammenden Teppich ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis seiner Selbstcharakterisierungen. Die autobiographischen Identitätskonstruktionen Walter Jankas basieren zwar auf ähnlichen Verfolgungserfahrungen und dem späteren Bekenntnis zu einem antifaschistisch- sozialistischen Weltbild, der religiöse Aspekt ist aber im Vergleich zu Teppichs Autobiographie – Janka stammt aus einer katholischen Arbeiterfamilie – nachrangig.

Neben den sozialisationstheoretischen und individualhistorischen Dimensionen bezüglich autobiographischer Konstruktionen muss gesondert auf das literarisch geprägte Selbstrepräsentationsmedium „Autobiographie“ eingegangen werden, um diese spezielle empirische Quelle der biographischen Sozialforschung zugänglich zu machen.¹⁶ Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei die „Lebenskonstruktionen“¹⁷, die als „Gestalt“¹⁸ oder als latentes, „verborgenes Script“¹⁹ die narrative Figur „Autobiographie“ generieren. Besonders für ostdeutsche Autobiographen, die ihre antifaschistischen und kommunistischen Überzeugungen als ein Ergebnis ihrer Erfahrungen mit der (faschistischen) deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts gewannen, ist es biographisch interessant zu untersuchen, auf welche Weise sie nach dem Zusammenbruch „ihrer“ sozialistischen Utopie einer besseren sozialistischen Gesellschaft, die als maßgebliche Lebenskonstruktion erscheint, ihre Lebensgeschichte nachträglich legitimieren; diese autobiographischen Legitimationsversuche treffen auf gegenwärtige gesellschaftliche Diskreditierungen des politischen Systems DDR im

¹⁴ Für den Zusammenhang zwischen Geschichte und individueller Lebensgeschichte (in der BRD) sind vor allem auch die Beiträge Rosenthals und Fischer-Rosenthals erhellend. Vgl. dazu exemplarisch: Gabriele Rosenthal: „Geschichte in der Lebensgeschichte“, in: BIOS, Heft 2/88, Leske und Budrich, Opladen, 1988; auch die einschlägigen Beiträge in: Wolfram Fischer-Rosenthal / Peter Alheit (Hg.): Biographien in Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995

¹⁵ Hartewig: a.a.O., S. 3

¹⁶ Einen interessanten literaturwissenschaftlichen Ansatz, der sich auf die Konstitutionsbedingungen modernen autobiographischen Erzählens bezieht und vielfach Hinweise und Anknüpfungspunkte für eine soziologische bzw. sozialpsychologische Biographieforschung bereit hält, findet man bspw. bei Sill. Vgl.: Oliver Sill: Zerbrochene Spiegel – Studien zur Theorie und Praxis modernen autobiographischen Erzählens, Walter de Gruyter, Berlin – New York, 1991

¹⁷ Vgl. Heinz Bude: Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen – eine Antwort auf die Frage, was die Biographieforschung bringt, in: Martin Kohli / Günther Robert (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit, J.B. Metzler, Stuttgart, 1984, S. 7 - 28

¹⁸ Vgl. die im Anschluss an Aaron Gurwitsch' Gestaltpsychologie konzipierten narrativen Gestalten lebensgeschichtlichen Erzählens bei: Gabriele Rosenthal: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte – Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Campus Verlag, Frankfurt – New York, 1995

¹⁹ Vgl. Wolfram Fischer-Rosenthal: Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten, in: Wolfram Fischer-Rosenthal / Peter Alheit (Hg.), Biographien in Deutschland, a.a.O., S. 51

wiedervereinigten Deutschland. Letztendlich stehen diejenigen, die sich nach 1945 als „Sieger der Geschichte“ verstanden, zumindest am Ende des 20. Jahrhunderts in den gegenwärtig herrschenden Diskursen als dessen Verlierer da.

Die zentrale Frage lautet also, wie die Autoren vor dem Hintergrund und als unmittelbarer struktureller Faktor individueller Erfahrungsräume politisch- historische Wandlungsprozesse, d.h. die Veränderungen – Aufstieg und Untergang - politischer Konstellationen, die sie einerseits bekämpft, mit denen sie sich andererseits identifiziert haben, als Folie für ihre Selbsteinschätzung, als Quelle ihres Selbstbildes und letztendlich als identitätskonstituierendes Element in ihren autobiographischen Aufzeichnungen narrativ konstruieren.

2. Die Autobiographie als Quelle sozialwissenschaftlicher Biographieforschung

Was ist unter dem Begriff ‚Autobiographie‘ zu verstehen? Die Autobiographie ist eine literaturwissenschaftliche Gattungsform, die – primär um ein Ich zentriert - verstanden wird als narrative Zusammenfassung von aus der Sicht des Autors wesentlichen Lebenszusammenhängen.²⁰ Autor, Erzähler und Protagonist sind identisch, die Erzählung erfolgt in Prosa, die Erzählperspektive ist retrospektiv und behandelt eine individuelle Lebensgeschichte.²¹

Vom gegenwärtigen (sozialen Standpunkt) und Schreibzeitpunkt eines Autors – der „Gegenwart“ – wird eine jeweils bestimmte Intentionen und innere logische Erfahrungsverkettungen folgende thematische Struktur lebensgeschichtlicher Ereignisse vom Autor in scheinbar²² autonomen Erinnerungsvorgängen reflexiv generiert und narrativ

²⁰ Vgl. Wilhelm Dilthey (1906 – 1911/ 1927): Das Erleben und die Selbstbiographie, in: Günther Niggel (Hg.): Die Autobiographie – Zu Form und Geschichte einer literarischen Gattung, 2. Aufl., Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1998, S. 21 – 33, hier S. 24

²¹ Vgl. Martina Wagner- Egelhaaf: Autobiographie, Verlag J. B. Metzler, Stuttgart, 2000, S. 5

²² Vgl. bspw. zu den un- und unterbewussten Dimensionen im autobiographischen Erzählprozess: Ludwig J. Pongratz: Hauptströmungen der Tiefenpsychologie, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1983, S. 96. Auch den Sammelband von Bruder: Klaus-Jürgen Bruder (Hg.): „Die biographische Wahrheit ist nicht zu haben“ – Psychoanalyse und Biographieforschung, Psychosozial-Verlag, Gießen, 2003. Alle diese Überlegungen zu den psychologischen und gedächtnisorientierten Dimensionen der [Auto-]Biographie basieren auf dem Werk Sigmund Freuds und seinen diesbezüglichen theoretischen Schriften. Aktuelle neurobiologische Forschungsergebnisse unterstreichen die Abhängigkeit des autobiographischen Gedächtnisses von einer Vielzahl physiologischer Faktoren. Vgl. dazu zusammenfassend: Peter Alheit / Bettina Dausien: Die biographische Konstruktion der Wirklichkeit – Überlegungen zur Biographizität des Sozialen, in: Erika Hoerning (Hg.): Biographische Sozialisation, Lucius & Lucius, Stuttgart, 2000, S. 258 – 262. Auch: Stefan Granzow: Das autobiographische Gedächtnis – Kognitionspsychologische und psychoanalytische Perspektiven -, Quintessenz, Berlin – München, 1994. Dazu auch die einschlägigen Aufsätze in: BIOS 2/2002 (15. Jahrgang). Der Sozialpsychologe Harald Welzer kommt in seinen Überlegungen zu den verschiedenen Gedächtnisformen immer wieder auf die besondere Bedeutung von neurobiologischen Forschungserkenntnissen zurück.

1 konstruiert. Daher erscheint es Alheit und Dausien besonders plausibel, von [auto-
 2]biographischen *Konstruktions*prozessen zu sprechen.²³ Ein wichtiger Gesichtspunkt, ist die
 3 biographietheoretisch oftmals vernachlässigte Tatsache, dass eine Autobiographie immer
 4 etwas über die gegenwärtige Bewusstseinslage und Einstellung ihres Autors verrät.²⁴
 5 Holdenried hebt hervor, dass die individuelle Erinnerungsarbeit immer auch ein Stück weit
 6 als Gegenströmung zur öffentlichen Erinnerungsarbeit aufgefasst werden kann.²⁵ Ein
 7 konfliktbeladenes Spannungsverhältnis, besonders bei den Lebenshintergründen von Teppich
 8 und Janka, kann bei Autoren aus der ehemaligen DDR, die nach 1989 über ihr Leben
 9 berichten, vorausgesetzt werden. Hier taucht ein wichtiges strukturgenerierendes Element
 10 autobiographischen Erzählens auf, das bis weit in die Antike zurückreicht und – unter
 11 säkularisierten Vorzeichen – nach wie vor große strukturelle Relevanz besitzt: Die
 12 lebensgeschichtlich orientierte Aufdeckung persönlicher Handlungsmotive vor einer
 13 übergeordneten und urteilenden Instanz, heute: die säkularisierte Öffentlichkeit, damals:
 14 „Gott“.²⁶ Dieses Strukturelement schreibt sich dem „roten Faden“ der Erzählung als
 15 teleologischer Gesichtspunkt ein.²⁷ Sill konstatiert hinsichtlich des sich daraus ableitenden
 16 Wahrheitsproblems, dass sich Fakten und Fiktionen nicht nur in der Autobiographie, sondern
 17 auch in den Geschichtswissenschaften zwangsläufig vermengen würden, da die narrative
 18 Gestaltung historischer Texte immer bestimmten Intentionen und Motivationen ihrer
 19 jeweiligen Autoren folge: „(...) Weil jedoch jede Rekonstruktion historischen Materials in
 20 literarischen Formen abhängig ist von den jeweiligen Interessen des Autors, lässt sich kein

²³ Vgl. Peter Alheit / Bettina Dausien: a.a.O., S. 257-258

²⁴ Hierauf weist in aller Deutlichkeit bereits ein „Klassiker“ der Autobiographieforschung hin. Vgl.: Roy Pascal: Die Autobiographie, W. Kohlhammer Verlag, 1965, S. 23: „Autobiographie bedeutet also eine Wechselwirkung, ein geheimes, auch trügendes Einverständnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Ihre Bedeutung liegt in Wirklichkeit mehr in der Enthüllung der gegenwärtigen Situation als in der Entschleierung der Vergangenheit.“ Auch: Wolfram Fischer-Rosenthal: a.a.O., S. 53

²⁵ Vgl. Holdenried: a.a.O., S. 11

²⁶ Das erste und eindrucksvollste autobiographisch angehauchte Dokument dieser Art sind die Confessiones von Augustinus. Vgl. zum Motiv der religiösen Rechtfertigung: Manfred Fuhrmann (1979) und Odo Marquard (1979), in: Odo Marquard / Karl Heinz Stierle (Hg.): Poetik und Hermeneutik – Identität, Wilhelm Fink Verlag, München, 1979. In einem anderen Sinne, der Rechtfertigung nicht nur vor einer höheren Instanz, sondern auch vor sich selbst, formuliert de Bruyn dieses Motiv; vgl. Günter de Bruyn: Das erzählte Ich, Fischer Bibliothek, Frankfurt am Main, 1995, S. 18-19: „Es ist der Versuch, mich über mich selbst aufzuklären, Grundlinien meines Lebens zu finden, mir auf die Frage zu antworten, wer eigentlich ich sei.“ An diesem Beispiel wird die Doppeldeutigkeit des Rechtfertigungsgedankens deutlich: Rechtfertigung und Repräsentation nach außen, Selbstaufklärung und Rechtfertigung eigenen Verhaltens nach innen. Die Verbindlichkeit, die aus diesem Verhältnis Autobiograph – Leser (als urteilende Instanz) entsteht, beschreibt P. Lejeune in seinen Ausführungen zum „autobiographischen Pakt“. Vgl. Philipp Lejeune: Der autobiographische Pakt; in: Günter Niggel (Hg.): Die Autobiographie, 2. Aufl., Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1998. In ausführlicher Fassung: Philipp Lejeune: Der autobiographische Pakt, Edition Suhrkamp, Frankfurt/ M., 1994, S. 214-257.

²⁷ Vgl. zu den Verlaufsformen narrativer Selbstbeschreibungen, auch wenn sie sich primär auf das Stegreiferzählen im narrativen Interview beziehen: Fritz Schütze: Kognitive Figuren des autobiographischen Stegreiferzählens, in: Martin Kohli / Günther Robert (Hg.), a.a.O., S. 78 – 118.

objektiver Maßstab finden, der eine exakte Trennung von ‚Fiktionalem‘ und ‚historisch Wahrem‘ erlauben würde. Vor diesem Hintergrund bleibt als einzige Schlußfolgerung möglich, den fiktionalen Charakter auch der autobiographischen Literatur anzuerkennen.“²⁸ In einem ähnlichen Sinne argumentiert der Historiker V. Depkat in seinem Aufsatz zur Autobiographie als historischer Quelle, in dem er der Autobiographie als textueller Gestalt einen impliziten Wahrhaftigkeitsgehalt qua authentischer Aussage zuschreibt, und dafür plädiert, sie als historische Quelle Ernst zu nehmen und sie nicht lediglich als einen Hinweis auf eine außertextuelle Realität zu verstehen.²⁹

Fragt man nun, welchen erkenntnistheoretischen Beitrag die sozialwissenschaftlich orientierte Biographieforschung zur Analyse von Autobiographien leisten kann, so rückt vor allem die Ebene der sozialisationsabhängigen Erfahrungsaufschichtung, die sich in der Auswahl und Aneinanderreihung lebensgeschichtlicher Thematiken manifestiert, in den Mittelpunkt der Untersuchung. So ist es von entscheidender Bedeutung, welche „Rollen“ die Autoren im Leben spielten und welche Aspekte ihrer Lebenserfahrungen für einen möglichen Leserkreis von Interesse sein könnten. Für die Autoren Teppich und Janka ist besonders die politische Sozialisation bei der Konstruktion ihrer Autobiographie als lebensgeschichtlich-rechtfertigendes Element entscheidend.³⁰ In diesem Sinne strukturieren sie auch die Themenschwerpunkte ihrer Autobiographien. Sozialisation und Rolle³¹ beeinflussen dementsprechend die Auswahl inhaltlicher Thematiken und fokussieren die narrativ-konstruierte lebensgeschichtliche Entwicklungsgeschichte insbesondere vor diesem Hintergrund; ihre sozialen Rollenausübungen wirken also narrativ bedeutungsgenerierend sowie bedeutungsstrukturierend. Im Fall des hier untersuchten Materials liegt es nahe, von „politischen“ Autobiographien zu sprechen und nur als solche sind sie auch zu verstehen. Walter Janka und Fritz Teppich kommen beide aus dem antifaschistischen und sozialistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ihr Kampf für die Ziele einer „besseren

²⁸ Oliver Sill: a.a.O., S. 41. Die Durchlässigkeit von Fakten und Fiktionen ist ebenfalls Gegenstand der Analyse K. Müllers, der Autobiographie und Roman in einen engen Zusammenhang stellt und deren gegenseitige Durchdringung überzeugend darzulegen versucht. Vgl. Klaus-Detlef Müller: Autobiographie und Roman – Studien zur literarischen Autobiographie der Goethezeit, Max Niemeyer Verlag, Tübingen, 1976

²⁹ Vgl. Volker Depkat: Autobiographie und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: GG – Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Vandenhoeck & Ruprecht, 29. Jahrgang/ Heft 3, Juli – September 2003, S. 441 - 476

³⁰ Vgl. zu den Zielgrößen politischer Sozialisation für den Aufbau einer sozialistischen Persönlichkeit in der DDR: Wolfgang Bergem: a.a.O., S. 115 – 133. Zur politischen Tradition, auf der diese Ziele beruhten, S. 64 - 98

³¹ Vgl. zu den unterschiedlichen Dimensionen sozialisatorischer Einflüsse auf die Biographie einer Person die einschlägigen Aufsätze, in: Klaus Hurrelmann / Dieter Ulich (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Beltz Verlag, Weinheim und Basel, 1998

Gesellschaft“ mündet in die aktive Beteiligung und Überzeugung, sich am Aufbau der DDR aus moralischen Gründen beteiligen zu müssen.

Die Autobiographie bietet eine reichhaltige Quelle für sozialwissenschaftliche Biographieforschung und ihre Fragestellungen. Ihr ist bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Meine folgenden Überlegungen versuchen nun knapp, (historisch-politische) Sozialisation und autobiographische Identitätskonstruktionen in einen näheren Zusammenhang zu bringen, um anschließend auf der Grundlage dieses Ansatzes beide Autobiographien zu interpretieren.

3. Narrative Identitäts- und Geschichtskonstruktionen

Narrative Geschichtskonstruktionen in der Autobiographie zielen auf den perspektivisch-gebrochenen Blick des Autors auf [s]eine historische Wirklichkeit. Narrativ sind die Geschichtskonstruktionen³² deshalb, weil sie nur bruchstückhaft in der autobiographischen Erzählung auftauchen, quasi die Rahmen darstellen, in denen sich ein Ich im Lauf seines Lebens entfaltet und zweitens, weil sie in der Form erzählter Geschichten auftauchen. Geschichtskonstruktionen sind die autobiographisch bedeutsamen und lebensgeschichtlich interpretierten „Weltvorkommnisse“ - im engeren Sinne handelt es sich um die persönlichen Erfahrungen im historisch-politischen Raum -, die entweder in einem erlebten und unmittelbaren Bezug zur eigenen Lebensgeschichte stehen, sie also direkt als Eröffnung oder Versagung von Handlungsspielräumen beeinflussen, oder aber mittelbar, als kommentierter historischer Kontext, als Hintergrund der eigenen Lebensgeschichte in der Erzählung fungieren: „Die erlebte Lebensgeschichte zerfällt in objektiv Stattgefundenes und subjektiv Gedeutetes, damals Erlebtes und im Erinnerungsprozess subjektiv Verfälschtes.“³³ Das auktoriale autobiographische Ich als Träger der Entwicklungsgeschichte einer *autobiographischen* Identität³⁴, die als „situationsspezifisch“³⁵ und, fasst man die

³² Eine erhellende Untersuchung über die engeren Zusammenhänge von Geschichte, Narrationen und deren identitätskonstruierenden Elemente aus geschichtsphilosophischer Perspektive liefert Angehrn. Vgl.: Emil Angehrn: Identität und Geschichte, Walter de Gruyter, Berlin – New York, 1985. Dazu auch die entsprechenden Aufsätze, die dieses Problem aus unterschiedlichen Disziplinen beleuchten: Jürgen Straub (Hg.): Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein – Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte – Erinnerung, Geschichte, Identität 1, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ M., 1998. Auch: Die dunkle Spur der Vergangenheit – Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewusstsein – Erinnerung, Geschichte, Identität 2, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M., 1998. Zum konstruktiven Ansatz in den Geschichtswissenschaften vgl.: Chris Lorenz: Konstruktion der Vergangenheit – Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Böhlau Verlag, Köln, 1997

³³ Vgl. Gabriele Rosenthal (1995): a.a.O., S. 14

³⁴ Ich spreche im Folgenden von *autobiographischer Identität* um deutlich zu machen, dass es sich hierbei um ein narratives Produkt handelt, das weder gleichzusetzen noch zu verwechseln ist mit dem „tatsächlichen“ Leben eines Autors, das sich retrospektiv niemals erschließen, geschweige denn rekonstruieren oder

1 Autobiographie als eine spezifische Situation auf, in der ein Autor versucht, unter bestimmten
 2 Umständen Identität zu konstruieren, „fragmentiert“³⁶ charakterisiert werden kann, versucht
 3 selbstreferentiell eine persönliche Vergangenheit wiederzubeleben, die rein faktisch, also
 4 objektiv, nicht mehr greifbar ist, vielleicht in dieser Form nie stattgefunden hat und nur als
 5 Erinnerungskonstrukt revitalisierbar ist. Demnach gehen Fragen, die nach dem
 6 „Wahrheitswert“ von Autobiographien in Bezug auf die darin dargestellte historische
 7 Wirklichkeit abzielen, ins Leere.

8 Straub argumentiert, dass historische und biographische Erfahrungsräume soziale
 9 Wirklichkeit konstruieren, in denen die „Semantik variabel“, die „Form“ des Denkens und
 10 Kommunizierens allerdings gewissen Gesetzen folgt.³⁷ Welche Gesetze könnten das sein?
 11 Bezogen auf die Autoren der Untersuchung könnte man sagen, dass ihr Leben, so wie sie es
 12 autobiographisch beschreiben, von lebensgeschichtlichen Gemeinsamkeiten geprägt ist: Beide
 13 Autoren mussten aus Deutschland nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fliehen,
 14 Janka wegen seiner kommunistischen Aktivitäten, Teppich vor allem wegen seiner jüdischen
 15 Herkunft, wobei er selber vordergründig seine politische Tätigkeit als Grund seiner

reproduzieren lässt. Die autobiographische Identität ist ein bewusst konstruiertes, intentionales Selbstbild, das einem spezifischen sozialen kommunikativen Sprechakt, der idealtypisch auf Authentizität und Wahrhaftigkeit beruht, entspringt. Das bedeutet nicht, dass eine Autobiographie nicht auch Selbstbilder durch bestimmte lebensgeschichtliche Themenauswahl und Schwerpunktsetzungen evoziert, die vom Autor nicht bewusst intendiert sind. Allerdings ist der autonome und souveräne Produktionsprozess der Autobiographie weitestgehend an bewusste Identitätskonstruktionen gebunden, da alle nicht intendierten Selbstbilder überwiegend spekulativ sind und durch Interpretation expliziert werden.

³⁵ Vgl. Hans Rudolf Leu: Die „biographische Situation“ als Bezugspunkt eines sozialisationstheoretischen Subjektverständnisses, in: Hans Rudolf Leu / Lothar Krappmann (Hg.): Zwischen Autonomie und Verbundenheit – Bedingungen und Formen der Behauptung von Subjektivität, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ M., 1999, S. 77-108. Leu rekurriert in Anspielung seines Titels auf dementsprechende Konzeptualisierungen bei Alfred Schütz.

³⁶ Keupps Ansatz zur Erklärung von Identitätskonstruktionen zielt auf den situationsabhängigen, flexiblen Umgang mit Identitäten in alltäglichen Aushandlungsprozessen. In diesem Sinne spricht er von Teilidentitäten bzw. von „fragmentierten“ Identitäten. Charakterisiert man die Produktion einer Autobiographie auch als eine von verschiedenen Faktoren beeinflusste Situation, in der Identität unter bestimmten Voraussetzungen gesetzt, bzw. konstruiert wird, so ist die autobiographische Identität eine unter diese Kategorien fallende „fragmentierte“ Identität. Das Problem verkompliziert sich allerdings dadurch, dass die in der Autobiographie dargestellte Identität – folgt man dem klassischen Autobiographieansatz, nach dem die Autobiographie eine umfassende Lebensdarstellung beinhaltet und versucht, ein „gelebte Leben“ in seiner Gesamtheit zu erfassen – sich auf die „ganze“ (autobiographische) Person, d.h. auf sämtliche relevante Ausschnitte eines Lebens bezieht, somit also wieder die tatsächlichen „fragmentierten“ Situationen zusammenzufassen versucht. Vgl. Heiner Keupp: Identitätskonstruktionen, Rowohlt's Enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg, 1999. Auch: Heiner Keupp / Renate Höfer (Hg.): Identitätsarbeit heute – Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt/ M., 1997

³⁷ Vgl. Jürgen Straub: Temporale Orientierung und narrative Kompetenz, in: Jörn Rüsen (Hg.): Geschichtsbewusstsein – Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde, Böhlau Verlag, Köln – Wien – Weimar, 2001, S. 16-17. Koselleck spricht für die historischen Wissenschaften auch von einem „Kollektivsingular“, in dem Vieles, d.h. individuell Verschiedenes, zu einem Einzigem, der geschichtswissenschaftlichen Abstraktion, gerinnt. Vgl. Reinhard Koselleck: Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen; in: Reinhard Koselleck / Wolf – Dieter Stempel (Hg.): Geschichte – Ereignis und Erzählung, Poetik und Hermeneutik Band 5, 2. Nachdr. d. 1. Aufl., Wilhelm Fink Verlag, München, 1973, S. 211

1 erzwungenen Emigration nennt. Beide Autoren kämpften leidenschaftlich gegen den
 2 Faschismus im Spanischen Bürgerkrieg und überlebten letztlich im politischen Exil. Beide
 3 erkannten ihre Lebensaufgabe nach 1945 darin, der antifaschistischen und sozialistischen
 4 Utopie zu ihrer vorläufigen Realisierung zu verhelfen, in dem sie sich nach ihrer Rückkehr
 5 nach Deutschland in den ersten Jahren am Aufbau der DDR beteiligten, um im Zuge ihrer
 6 Erfahrungen ihre Vorstellungen von einer besseren Welt konkretisieren halfen. Beiden ist
 7 aber auch gemeinsam, dass sie durch verschiedene Umstände in der DDR scheiterten, was für
 8 Teppich die Ausbürgerung, für Janka Verurteilung und Haft bedeutete.

9 Welchen Stellenwert haben narrative Geschichtskonstruktionen – die Beschreibung politisch-
 10 historischer Erfahrungsräume – in der Autobiographie hinsichtlich des autobiographischen
 11 Selbstbildes, der autobiographischen Identität? Eine erste Antwort könnte lauten: „Von unserer
 12 Identität als einer – einfach formuliert – Antwort auf die Frage, wer wir sind, können wir im Grunde nicht anders
 13 Kunde geben als durch die Erzählung einer Geschichte. Und durch die Verschiedenartigkeit unserer Geschichten
 14 heben wir uns von den anderen ab, und durch diese Verschiedenheit konstituiert sich wiederum unsere Identität.
 15 Im Zusammenhang seiner vielen einzelnen Geschichten, in seiner Lebensgeschichte also, findet der Mensch
 16 nicht nur seine Identität, sondern vergewissert er sich auch des Sinns seines Daseins, erzählt er, woran er leidet,
 17 was ihn beglückt und was er hofft.“³⁸ Welche Ebene von Selbstbild und Identität im Vordergrund
 18 steht, ist maßgeblich vom autobiographischen Erzählstil abhängig, besser: Des Stils, der
 19 entweder nach innen gerichteten Selbstsuche oder der Projektion eines Ich in einen
 20 gesellschaftlichen Handlungsraum.³⁹ Teppich und Janka beschreiben ihr Ich vor allem durch
 21 den politisch-historischen Filter in einem außenorientierten Handlungsrahmen. Für Janka gilt,
 22 da er ursprünglich aus einer proletarischen Familie kam, dass er ein intellektueller Aufsteiger
 23 war, der es letztlich bis zum Verlagsleiter des Aufbau Verlags gebracht hat. Teppich hingegen
 24 kam aus einem großbürgerlichen Elternhaus, wo er schon früh den Wert von „Bildung“
 25 kennen lernte.⁴⁰ Ihre Selbstbeschreibung und die sich daraus ergebenden
 26 Identitätskonstruktionen sind maßgeblich die Beschreibung von politischen Personen; der

³⁸ Friedrich Maurer: Vorwort, in: Friedrich Maurer (Hg.): Lebensgeschichte und Identität – Beiträge zu einer biografischen Anthropologie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ M., 1981, S. 8

³⁹ Obwohl Neumanns literaturorientierte Gattungstrennung in Autobiographie und Memoiren in vielerlei Hinsicht problematisch ist, könnte man doch mit ihm den Unterschied außenorientierter Memoiren, die sich hauptsächlich auf die Beschreibung eines Ich in gesellschaftlichen Rollen beziehen, von der nach innen, auf die psychische Entwicklung des ich fokussierten Blick der Autobiographie, begründen. Vgl. Bernd Neumann: Identität und Rollenzwang – Zur Theorie der Autobiographie, Athenäum Verlag, Frankfurt/ M., 1970

⁴⁰ Sozialgeschichtlich ist dieser Punkt insofern von Bedeutung, als dass beide Autoren zum Zeitpunkt ihrer Aufzeichnungen als „Gebildete“ betrachtet werden können, wobei ein gewisses Reflexionsniveau jeder veröffentlichten und auf dem Buchmarkt erschienen Autobiographie unterstellt werden kann (da es ansonsten weder zur Produktion, noch zur Veröffentlichung kommen würde). Das zeigt sich in dem autobiographischen Stil, der, wie Warneken herausfand, vom Bildungsniveau abhängt. Vgl. Bernd Jürgen Warneken: Zur Schichtspezifik autobiographischer Darstellungsmuster, in: A. Gestrich / P. Knoch / H. Merkel (Hg.): Biographie - sozialgeschichtlich, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1988, S. 141 - 163

Schwerpunkt der autobiographischen Erzählung liegt somit in der [Re-]Konstruktion biographischer Situationen. Projektionsfläche ihres Ichs ist damit überwiegend die politisch-historische Vergangenheit. Aus diesem Grund sind identitätstheoretische Konzepte, die sich detailliert mit innerpsychischen Entwicklungsprozessen beschäftigen, in diesem Zusammenhang von nachrangiger Bedeutung, da die Autoren weniger innenorientierte Bewusstseins- und Stimmungseinsbilder beschreiben, sondern ihre Ich-Entwicklung vor allem an der sozialen Rollen festzumachen versuchen.⁴¹ Wichtiger sind hier die Beschreibungen zu den einzelnen historischen Sozialisationsfaktoren, die sich wie ein unsichtbares Erfahrungsnetz über die autobiographischen Beschreibungen legen. Narrative Geschichtskonstruktionen bedeuten für die Konstruktion autobiographischer Identitäten immer die Ausformulierung einzelner Phasen der Sozialisation, die Aufbau und Entwicklung der Autorpersönlichkeit beeinflussen, und die – überspitzt formuliert – in ihrer konkreten phänomenalen Gestalt einzigartig sind.⁴²

Identität manifestiert sich zwischen den Menschen in ihren Interaktionen in einer Art „Beziehungsgeflecht“, wie N. Elias formuliert⁴³: „Die Strukturen der menschlichen Psyche, die Strukturen der menschlichen Gesellschaft und die Strukturen der menschlichen Geschichte, sie sind unablässbare Komplementäerscheinungen und nur im Zusammenhang miteinander zu erforschen. Sie bestehen und bewegen sich in Wirklichkeit nicht dermaßen getrennt voneinander, wie es beim heutigen Forschungsbetrieb erscheint.“⁴⁴ Man „hat“ nicht nur eine Identität, sie ist auch gestaltendes Element unseres täglichen Handelns und Erfahrens.⁴⁵ Haußer nennt diesen Aspekt der Identität den „Relationsbegriff“, d.h. er konstituiert und prägt zwischenmenschliche Beziehungen und ordnet biographische Situationen in ein „Vorher“ und ein „Nachher“.⁴⁶ Identität ist charakterisiert durch Entwicklung, d.h. sie entsteht als Produkt von lebensweltlichen Erfahrungen um einen Identitätskern, der sich im Laufe des Lebens verfestigt, dessen umgebende Teile sich aber modifizieren können und wiederum Einfluss auf den inneren Kern nehmen. Identität ist aber

⁴¹ Als theoretischer Hintergrund sind Modelle wie die von Erikson insofern erhellend, als dass sie die Vermittlungsfunktion des Ich zur „Ausbalancierung“ (Krappmann) von innerer und äußerer Welt thematisieren und sie in einen sozialpsychologischen Zusammenhang stellen. In diesem Sinne ist Eriksons Ansatz zur Konstitution der Ich-Identität mittlerweile als klassisch zu bezeichnen. Vgl. Erik H. Erikson: Identität und Lebenszyklus, 17. Aufl., Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ M., 1998

⁴² Vgl. Ulrich Herrmann: Historische Sozialisationsforschung, in: Klaus Hurrelmann / Dieter Ulich (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Beltz Verlag, Weinheim und Basel, 1998, S. 231 - 251

⁴³ Vgl. Norbert Elias: Die Gesellschaft der Individuen (1939), in: Norbert Elias: Die Gesellschaft der Individuen, 4. Aufl., Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ M., 1999, S. 49-59

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 60

⁴⁵ Th. Luckmann bezeichnet persönliche Identität als einen „Schnittpunkt von Leib, Bewusstsein und Gesellschaft“ und verweist somit auf den medialen Aspekt von Identitätskonzepten. Thomas Luckmann: Persönliche Identität, soziale Rolle und Rollendistanz, in: Odo Marquard / Karlheinz Stierle (Hg.): a.a.O., S. 297

⁴⁶ Vgl. Karl Haußer: Identitätspsychologie, Springer, Berlin – Heidelberg – New York – Barcelona – Budapest – Hong Kong – London – Mailand – Paris – Tokio, 1995, S. 3-4

auch ein Stück weit Identifizierung mit einem Kollektiv. Letztendlich ist Identität das, was wir, vermittelt über die „generalisierten Anderen“ (G.H. Mead), an Widerspiegelungen über unser eigenes intentionales, d.h. auf eine Gesellschaft gerichtetes Verhalten über uns erfahren und in unser Selbstbild integrieren oder als korrigierendes Element behandeln. Die *autobiographische Identität* ist Ergebnis des Selbstversuchs, einen schriftlichen Lebensrückblick unter bestimmten Bedingungen zu wagen.

4. Narrative Geschichtskonstruktionen als Projektionsfläche autobiographischer Identität in den Autobiographien von Fritz Teppich und Walter Janka

Ich möchte nun meine theoretischen bzw. methodologischen Überlegungen anhand einiger ausgewählter Stellen in den beiden Autobiographien konkretisieren und verdeutlichen, auf welche Art und Weise narrative Geschichtskonstruktionen autobiographische Identitäten konstruieren. Beide Autoren legen den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer autobiographischen Beschreibungen vor allem auf die persönliche politische Entwicklung, d.h. ihre „Lebenskonstruktionen“⁴⁷ spiegeln ein als politisch verstandenes Leben wider. Aufschlussreich für das Selbstverständnis der Autoren ist daher, besondere Aspekte ihrer „politischen Sozialisation“⁴⁸ hervorzuheben, um vor allem die politische Identität bzw. die politische Identifizierungen deutlich machen zu können.

Als Material dienen die nach 1989 veröffentlichten Lebensgeschichten von dem Journalisten Fritz Teppich (T.) – einem kommunistischem Juden –, sowie dem ehemaligen Verlagsleiter des Aufbau Verlags und später wegen eines angeblich versuchten revolutionären Umsturzes verurteilten Walter Janka (J.).

4.1. Der bürgerlich-jüdische Antifaschist Fritz Teppich

T. wurde als vorletztes Kind von insgesamt 6 Geschwistern am 26.11.1918 geboren. Nach dem frühen Tod des ersten Mannes heiratet seine Mutter erneut einen liberalen Kaufmann und Soldat des 1. Weltkriegs. Seine Jugendjahre beschreibt T. als „glücklich“ und „abgeschirmt vom Nachkriegsdeutschland“ des 1. Weltkriegs.⁴⁹ Der familiäre Sozialisationsrahmen ist bürgerlich und frei von materieller Not. Erste politische Sozialisationserfahrungen macht T. in

⁴⁷ Vgl. Fußnote 16

⁴⁸ Vgl. zu den Bedingungen politischer Sozialisation in der DDR: Wolfgang Bergem, a.a.O. Zu den Einflussfaktoren politischer Sozialisation als lebenslanger Lernprozess, vgl.: Andreas Dornheim / Sylvia Greiffenhagen (Hg.): Identität und politische Kultur, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2003

⁴⁹ Fritz Teppich: Der rote Pfadfinder – Der abenteuerreiche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Elefanten Press, Berlin, 1996, S. 11

1 der Schule: Obwohl die Eltern als Juden loyal und assimiliert leben, erlebt T. schon früh
 2 antisemitische Ressentiments von Lehrern und Mitschülern in einem historischen Rahmen:
 3 „Bereits in der zweiten oder dritten Klasse drängten sich mir kleinem Judenjungen die Frage
 4 auf: Wie kann ich der Hetze entinnen? Wo ist Schutz zu finden? Damals war ich knapp acht
 5 Jahre alt. Was war in meiner Lage zu tun?“⁵⁰ Diese Passage macht deutlich, dass T. auf eine
 6 ganz bestimmte Grunderfahrung anspielt, die im weiteren Verlauf der Erzählung die
 7 inhaltliche Struktur prägen wird und die maßgeblich sein Selbstbild, den inneren Kern seiner
 8 Identität formt: Die Erfahrung der Diskriminierung und Verfolgung und die dichotomische
 9 Anordnung seines politischen Weltbildes in „Gut“ und „Böse“. Diese exemplarische
 10 Kindheitserfahrung ist ein wesentliches Element seiner Identität und wird maßgeblich sein
 11 politisches Weltbild beeinflussen. Der im Laufe der Erzählung deutlicher heraustretende
 12 Identitätskonflikt zwischen überzeugtem Kommunisten und abgelehntem Juden, der immer
 13 wieder durch seine politischen Bekenntnisse überformt wird, bestimmt nachhaltig seine
 14 Binnenauseinandersetzung.⁵¹ T. setzt sich nämlich immer wieder mit seiner jüdischen
 15 Herkunft auseinander, allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt rassischer
 16 Verfolgungserfahrungen, sondern vielmehr identifiziert T. sich mit seiner jüdischen Herkunft,
 17 wenn es darum geht, sich negativ vom Faschismus abzugrenzen. Jüdische Identität gerät
 18 somit zu einer politisch motivierten Identifikation. Die ersten Kindheitserfahrungen führen
 19 aber auch dazu, dass T. sich unter dem Eindruck der sich polarisierenden Zustände während
 20 der Weimarer Republik und zu Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung
 21 politischen Jugendgruppen anschließt, die Schutz und Rückhalt zu versprechen scheinen.

22 Über die jüdische Jugendbewegung „Kadimah“ – eine „martialische Bewegung“ – kommt T.
 23 zu den sozialistischen „Roten Pfadfindern“. Trotz Konflikten mit seinem liberal-
 24 konservativem Elternhaus werden hier, über die Sozialisationserfahrungen der „peer groups“,
 25 die moralischen Verhaltensmaßstäbe T.’s maßgeblich mitbestimmt. Die sozialistische Idee
 26 vermittelt sich dem Jugendlichen über einen freien und unverkrampften
 27 zwischenmenschlichen Umgang miteinander, wobei T. auch und vor allem auf den Umgang
 28 mit dem anderen Geschlecht anspielt. Eine sich auflösende und destruktive Weltordnung und
 29 eine „taumelnde Berliner Welt“ waren also nicht allein für die Identifizierung mit
 30 „sozialistischen Gleichheitsbestrebungen“ verantwortlich, sondern auch T.’s adoleszentes

⁵⁰ Ebd., S. 11

⁵¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch: ebd., S. 15: „Für die einen war ich kein richtiger Deutscher – für andere, weil unreligiös, kein richtiger Jude; ich war nicht mehr Bourgeois – und doch kein wirklicher Arbeiter; als Linker für seinerzeitige Parteikommunisten zu aufsässig – für SPD-Sozialisten zu extrem.“ T. bezeichnet sein eigenes Dasein auch als „Zwischenexistenz“, was auf eine gewisse, nicht festgelegte Identitätsdiffusion verweist, die er durch die Identifizierung mit sozialistischen Maßstäben zu kompensieren versucht.

1 „sexuelles Erwachen“, das er als zusätzlichen symbolischen Widerstand gegen die autoritär
 2 verkrusteten „preußischen Erziehungsanstalten“ versteht.⁵² Aus T.'s Beschreibungen lässt
 3 sich entnehmen, welchen ideellen Wert die Erfahrungen von Gleichheit und Geborgenheit im
 4 sozialistischen Jugendverband für ihn besitzen: Er fühlt sich das erste Mal „angenommen“.⁵³
 5 Das sozialistische Weltbild T.'s entwickelt sich demnach durch disperse Jugenderfahrungen,
 6 die einerseits auf den adoleszenten Entwicklungen eines „normalen“ Pubertierenden beruhen,
 7 andererseits angeheizt werden durch eine zunehmende Radikalisierung des öffentlichen
 8 politischen Lebens, wobei verschärfend die rassistischen Aspekte eine Rolle spielen, die T.
 9 allerdings überspielt und sich zu ihnen abgrenzt durch seine politischen Identifikationen.
 10 Trotz des Versuchs, sich sozialistisch, also atheistisch darzustellen, führen seine
 11 Beschreibungen immer wieder zu den Wurzeln des Jüdischen zurück. Er bezeichnet es bspw.
 12 als „blasphemisch“, das er ausgerechnet die schweren Jahre vor und zu Beginn des NS aus
 13 „jüdischem Mund“⁵⁴ als seine glücklichsten erinnert. Dies zeigt, dass er sich bewusst als
 14 Juden reflektiert; in diesem Kontext denkt er „jüdisch“, d.h. er versteht sich als Jude, auch
 15 wenn er seine Gedanken als „blasphemisch“ bezeichnet. Er stellt sich hier selbst sogar in
 16 Bezug zur Religion, in dem er mit religiösen Kategorien sein eigenes Verhalten stigmatisiert,
 17 und offenbart so die internalisierten jüdischen Vorstellungswelten, die ihm wahrscheinlich
 18 durch seine Erziehung nahe gebracht worden sind.

19 Als Folge der Machtübernahme der Nazis schickt seine Mutter die Kinder (bis auf den
 20 kleinsten Bruder) nach Paris, wo die Zeit des Exils beginnt. Die sorglose Jugendwelt endet
 21 hier abrupt. Eine Integration in die Gesellschaft wird ihm verwehrt, im Gegenteil: seine
 22 Existenz wird durch die ersten Verfolgungs- und Emigrationserfahrungen entwurzelt, was im
 23 Bewusstsein des Jugendlichen tiefe Spuren hinterlässt. Bestärkt wird T. in seiner politischen
 24 Überzeugung durch eine Begegnung mit einem älteren Genossen, die er, T. ist mittlerweile 14
 25 Jahre alt, als „Schlüsselerlebnis“ kennzeichnet. Als sicheren Halt und Orientierung empfahl er
 26 dem jungen und ideologisch manipulierbaren T., sich der „Marx'schen Lehre“ zuzuwenden,
 27 als „Anleitung zum Handeln“ und Deutungsschablone des sich aus seiner Sicht dramatisch
 28 zuspitzenden Weltgeschehens: „Der Rat jenes Genossen, den ich nur einmal traf, begleitet
 29 mich seitdem. Ich erlebte Erfolge und grauenhafte Niederlagen, doch dank seiner Maximen
 30 und zum Selbstdenken veranlasst, hat keine noch so große Enttäuschung die Substanz meiner
 31 Überzeugungen anzunagen vermocht.“⁵⁵ Dieser Vorausgriff T.'s in eine Zukunft, die ihr

⁵² Teppich: a.a.O.: S. 18

⁵³ Ebd., S. 15 - 16

⁵⁴ Ebd., S. 15

⁵⁵ Ebd., S. 25

1 vorläufiges Ende im Zeitpunkt des gegenwärtigen Schreibens findet, und die zu dem
 2 Zeitpunkt dieser Erfahrung noch vor ihm liegt, veranschaulicht die große Integrationskraft
 3 einer Idee, die für ihn ideologisch an Stelle konkreter lebensweltlicher Verbundenheit tritt.
 4 Der konstruierte narrative Aufbau seiner Lebensgeschichte verweist also schon zu einem
 5 frühen Zeitpunkt der Erzählung auf ein Jetzt, das die einzelnen intentionalen Themenelemente
 6 strukturiert.

7 An einem anderen Beispiel möchte ich verdeutlichen, wie das, was Löffler die
 8 Verschmelzung subjektiver und objektiver Wirklichkeit bezüglich politischer Weltbilder
 9 nennt, die, in Anlehnung an die wissenssoziologische Theorie Berger/ Luckmanns⁵⁶, als
 10 Internalisierung objektiver Ordnungen ihren subjektiven Ausdruck dadurch finden, dass
 11 persönlich Erlebtes als Ausschnitt der „Tatsachengeschichte“ untermauert wird durch
 12 kollektive Wissenssysteme, in denen kollektive historische Erfahrungen eingeschrieben
 13 sind.⁵⁷ Das bedeutet, das die unmittelbare Erfahrung als „Sozialist“ und allgemeines
 14 sozialistisches Wissen miteinander in folgender Passage interferieren: „(...) Angesichts der
 15 zunehmend kritischen Entwicklungen steigerte sich meine Unruhe, und Millionen in aller Welt erging es ähnlich.
 16 Besonders Menschen, die Faschismus bereits erlitten hatten, fieberten dem Kommenden entgegen, deutsche,
 17 italienische und andere Exilanten, außerdem viele Juden, Frauen und Männer im benachbarten Frankreich, aber
 18 auch Informierte in ganz Amerika, Asien, Afrika und Australien. Ich begann zu ahnen, es bahnte sich ein
 19 Entscheidungskampf zwischen wirklicher Demokratie und Faschismus an!“⁵⁸ Als weiteres ideologisches
 20 Identifikationssymbol gilt T. zu diesem Zeitpunkt die Sowjetunion und ihre sozialistischen
 21 Grundlagen. (Diese und ähnliche Passagen⁵⁹ zeigen deutlich, wie T. seinen gegenwärtigen
 22 Erzählzeitpunkt dazu benutzt, vergangene Ereignisse als Projektionsfläche seiner derzeitigen
 23 Einstellungen zu instrumentalisieren. Man muss bedenken, dass der mittlerweile 18-Jährige
 24 rein „chronologisch“ sich zu diesem Zeitpunkt in einem belgischen Bergdorf befand, wo er
 25 abgeschottet und vor Verfolgung zunächst sicher als Hotelangestellter seinen Lebensunterhalt
 26 verdiente). Erschüttert werden T.'s kommunistische Überzeugungen durch Stalins Politik
 27 gegenüber Hitler-Deutschland. T. reagiert in inneren Auseinandersetzungen auf diese
 28 Enttäuschungen mit einer weiteren ideologischen Verhärtung seiner politischen und
 29 persönlichen Ideale. Realitätsverleugnung und idealistische Verzerrungen einer unvereinbaren
 30 politischen Wirklichkeit führen zu weiteren individuellen Rückzügen in eine sozialistische

⁵⁶ Vgl. Peter Berger / Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 16. Aufl., Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ M., 1999

⁵⁷ Vgl. Löfflers wissenssoziologisch motivierten Aufsatz zur Konstruktion politischer Weltbilder: Berthold Löffler: Politische Kultur als Teil der gesellschaftlich konstruierten Wirklichkeit – Eine theoretische Skizze, in: Andreas Dornheim / Sylvia Greiffenhagen: a.a.O., S. 127 - 139

⁵⁸ Vgl. Teppich: a.a.O., S. 37

⁵⁹ Vgl. dazu auch seine Reflexionen bezüglich der Moskauer Schauprozesse der 30er Jahre, ebd., S. 59-62

1 Scheinwelt, die vor allem zur Rechtfertigung seines gegenwärtigen Standpunkts dient: „Damals
 2 wog ich Minus gegen Plus ab. Die Waagschale senkte sich – trotz allem – zugunsten der Sowjetmacht. Letztthin
 3 entschied ich mich so auch zugunsten jenes zu allem Entschlossenen, der mir imstande schien, den nicht weniger
 4 durchtriebenen Gegenmächten die Stirn zu bieten. Aus solcher Bilanz ergaben sich für mich neue – wie ich
 5 einräumen muss, zwiespältige – Verhaltensweisen: Keine Flucht in Renegatentum! Prinzipiell kritische Distanz
 6 zu Oberen auf eigener Seite wahren. Noch viel mehr Eigenverantwortlichkeit. Zweifel pflegen. Mut zu Kritik
 7 besonders im kommunistischen Bereich, ohne den Helden spielen zu wollen oder der eigenen Sache zu schaden,
 8 Widersetzlichkeit pflegen. Grenzen des Hinnehmbaren erkennen und strikt einhalten, und wenn es mein Leben
 9 kosten sollte. An diese inneren Richtlinien habe ich mich über Jahrzehnte gehalten. Zu Recht, wie ich überzeugt
 10 bin!“⁶⁰

11 Die nächste biographische Station ist Spanien, bzw. der spanische Bürgerkrieg. Dieser
 12 Abschnitt seines Lebens ist für ihn von besonderer Bedeutung, da hier in den Augen der
 13 kommunistischen Internationale der erste Stellvertreter-Krieg gegen den Faschismus geführt
 14 wird, bei dem die faschistische und die kommunistische Welt aufeinander prallen
 15 (Überlegungen in dieser Form sind wiederum gespeist durch historisches Erfahrungswissen,
 16 das retrospektiv zur Begründung und Überhöhung persönlicher Lebensentscheidungen
 17 benutzt wird). Am Ende muss T. aus Spanien fliehen und wird interniert.⁶¹ Der Deportation in
 18 Frankreich entgeht er durch erneute Flucht, er nimmt zeitweilig eine falsche Identität als
 19 spanischer Bürger an und erlebt das Ende des Krieges im portugiesischen Exil. 1946 kehrt er
 20 nach Deutschland zurück, wobei für ihn von Anfang an feststeht, dass er sich in Zukunft für
 21 das „andere“, bessere Deutschland einsetzen werde. Nach einigen journalistischen Tätigkeiten
 22 für die FDJ und andere Organe der gerade entstehenden DDR, gerät T. ins Fadenkreuz,
 23 offiziell, weil er der Parteilinie wiederholte Male durch kritische Kommentare widerspricht.
 24 Inoffiziell ist sicherlich auch seine „Westmigration“ und seine jüdische Herkunft
 25 ausschlaggebend. Anfang der 70er Jahre wird T. ausgebürgert und darf nicht mehr in die
 26 DDR einreisen. Trotz allem hält er an seinem sozialistischen Weltbild fest. Zahlreiche
 27 Beispiele zeigen, dass er nach wie vor versucht, einen für ihn überzeugenden sozialistischen
 28 Weg zu finden, wobei es immer deutlicher wird, das „Schein“ und „Sein“ immer weiter
 29 auseinander klaffen. In der BRD kommt T. beruflich nicht mehr auf die Füße, er arbeitet in
 30 wechselnden Berufen, und seine gesundheitliche Verfassung verschlechtert sich. Er muss mit
 31 den existentiellen Unsicherheiten leben, die sicherlich Einiges zu seinem physischen Zustand
 32 beitragen. T. verharnt in einer Scheinwelt, die klar strukturiert, allerdings immer weniger zu
 33 tun hat mit den gesellschaftspolitischen Transformationen, die letztlich zum Untergang der
 34 DDR führen. Insofern vermitteln T.'s autobiographische Aufzeichnungen aus gegenwärtiger

⁶⁰ Ebd., S. 62

⁶¹ Ebd. S. 63-105

Perspektive ein nicht mehr in die politische Vorstellungs- und Wertewelt des wiedervereinigten Deutschlands passendes politisches Überzeugungsbild, an dem sich exemplarisch ein biographisch entwurzelter Leben, dessen Grunderfahrungen wesentlich auf dem Kampf gegen den Faschismus beruhen, verdeutlichen lässt. Ferner ist in seiner Autobiographie die einseitig verteilte „Last“ eingeschrieben, die auf ostdeutsche Lebensgeschichten beschränkt bleibt, sich in das System der Bundesrepublik integrieren zu müssen, und eine persönliche biographische „Abwicklung“ des eigenen Lebens in der DDR zu bewerkstelligen.⁶²

4.2. Die proletarische und kommunistische Lebensgeschichte des Walter Janka

J.'s autobiographische Erzählung ist wie auch T.'s durchdrungen von der Erfahrung der Emigration und des politischen Kampfes. J. stammt aus einem katholischen Arbeiterhaushalt⁶³, er ist ein überzeugter deutscher Kommunist und Widerstandskämpfer. Seine Lebensgeschichte ist ebenso wie T.'s Lebensgeschichte eine Geschichte des politischen Kampfes. Die thematische Struktur wird bestimmt durch den Kampf gegen den Faschismus. Im Prolog schreibt J.: „(...) Ich jedenfalls darf in Anspruch nehmen, mein politisches Leben als Widerstand gegen Faschismus und Stalinismus genutzt zu haben. Und meine soziale Herkunft ist Verpflichtung für die Interessen der Menschen einzustehen, die sich im täglichen Kampf von den Ideen sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Menschlichkeit bestimmen lassen.“⁶⁴ J. legt sich wie T. zu Beginn seiner Erzählung auf eine politische Autobiographie fest und umschreibt die Identifikationssymbole seines Lebens. Anders als T. grenzt sich J. eindeutig gegen den Stalinismus ab, dessen Vertreter letztendlich für seine Haft verantwortlich waren. In J.'s Lebensgeschichte stehen der antifaschistische Widerstand und die Umstände seiner Verhaftung und Verurteilung im Vordergrund. Anders als bei T. enden seine Aufzeichnungen mit dem Ende seiner Haft. Über den weiteren Lebensverlauf, der immerhin 20 Jahre in der DDR einschließt, erfährt der Leser nichts. J. wird rehabilitiert und seine aus seiner Perspektive „unrechtmäßige“ Verurteilung als revolutionärer Umstürzler in der DDR im Dunstkreis der Merker Affäre⁶⁵ im Nachhinein

⁶² Vgl. Bergem: a.a.O., S. 248 - 250

⁶³ Der religiöse Sozialisationsaspekt spielt nur am Rande eine Rolle, vor allem, als es um die autoritären Erziehungsmethoden an einer katholischen Schule geht. Nach der Prügelstrafe eines „gestrengen“ und „frommen“ Lehrers nimmt die resolute Mutter ihn von der Schule und schickt ihren Sohn auf eine „weltliche“ Schule. Diese Anekdote hat insofern symbolischen Charakter, als dass J. seine atheistische Haltung in Abgrenzung zu diesem Erlebnis konstruiert, und das als negatives Gegenbild zum aufgeklärten und humanistischen Weltbild des Sozialismus instrumentalisiert. Vgl.: Walter Janka: Spuren eines Lebens, Rowohlt Verlag, Berlin, 1991, S. 16-17

⁶⁴ Ebd., S. 12

⁶⁵ Vgl. zur politischen Figur Merkers: Herf: a.a.O., S. 54-87, zu den politischen Säuberungen in der DDR: vgl. ebd., S. 130-194

1 korrigiert. Nach 1989 erfährt J. ein weiteres Mal Genugtuung, als seine Autobiographie zur
2 Veröffentlichung freigegeben wird.⁶⁶

3 J. wird 1914 geboren; beide Eltern sind katholische Arbeiter und Mitglieder der KPD und
4 somit war das Elternhaus „politisch“ geprägt. Auch sein Bruder, der später von den Nazis als
5 hoher kommunistischer Funktionär ermordet wird, ist in der KPD tätig.⁶⁷

6 Im Gegensatz zu T. ist J.'s Lebensgeschichte eine proletarische Geschichte des
7 Klassenkampfes.⁶⁸ Er identifiziert sich mit den Zielen und Vorstellungen der
8 Arbeiterbewegung und lässt sich von Anfang an als eine Person erscheinen, die gegen die
9 bestehenden, ungerechten Verhältnisse aufzubegehren versucht. Das klare Bekenntnis zur
10 proletarischen Entwicklungsgeschichte unterscheidet die eher diffuse Selbstsuche T.'s zu
11 Anfang seiner Erzählung. J.'s sozialistischer und antifaschistischer Entwicklungsprozess ist,
12 so legt es die Erzählung nahe, von Anfang determiniert durch die antagonistische soziale
13 Position der Familie, die im Gegensatz zum herrschenden System steht. J.'s Lebensverlauf
14 erscheint also von vornherein determinierter durch seine soziale Herkunft als der von T.
15 Während er durch lebensgeschichtliche Erfahrung und adoleszente Abgrenzungsversuche
16 gegenüber seinem liberalen Elternhaus erst zum Sozialismus als Identifikationsobjekt gelangt,
17 sind die Wurzeln des politischen Weltbildes bei J. scheinbar bereits durch sein Elternhaus
18 prädisponiert. Aus der Perspektive der Geschichte der Arbeiterbewegung ist J.'s
19 Lebensgeschichte als „klassischer“ zu charakterisieren, seine adoleszenten
20 Abgrenzungsversuche beschränken sich, so legt es die Darstellung nahe, auf den Kampf
21 gegen eine als ungerecht empfundene Weltordnung.

22 J. beginnt am Ende der 20er Jahre eine Lehre als Schriftsetzer, die ihm später, als er
23 zwischenzeitlich im KZ interniert ist, das Leben retten wird. Der politische Verfolgungsdruck
24 auf die ganze Familie, Schwester und Vater werden von den Nazis zeitweilig interniert, nahm
25 nach 1933 zu. Ähnlich wie T. ist J. stolz darauf, standhaft seine Ideale auch in

⁶⁶ Diese Genugtuung für erlittenes Unrecht erfährt J. im justiziellen Streit um die Veröffentlichung seiner Memoiren, die Erich Mielke mit einer einstweiligen Verfügung zu stoppen versuchte, da dieser seine Persönlichkeitsrechte durch die Beschreibung von Details bedroht sah. Vgl. hierzu: Birgit Lahann: „Ich habe es nicht gern, wenn man mich anspuckt!“ – Erich Mielke will die Memoiren von Walter Janka verbieten lassen, in: *Geliebte Zone – Geschichten aus dem anderen Deutschland*, 2. Aufl., Econ & List Taschenbuch Verlag, München, 1999, S. 99-107

⁶⁷ Vgl. Janka: a.a.O., S. 16-20

⁶⁸ Vergleicht man seine lebensgeschichtliche Erzählung mit den Studien zur frühen deutschen Arbeiterautobiographie bei Münchow, so sind viele sich überschneidende Merkmale auffällig. Dazu gehören u. a. der emanzipatorische Anspruch, die bestehenden (ökonomischen und sozialen) Gegebenheiten zu verändern (S. 7), als auch das agitatorische und propagandistische Moment (S. 33). Ein wesentliches Merkmal proletarischen autobiographischen Schreibens ist auch die Befreiung aus niederdrückenden Verhältnissen und Aufstieg in die etablierte Gesellschaft (S. 54-55). Diese Elemente tauchen in J.'s Autobiographie immer wieder auf und sind Kernbestandteil seines erzählerischen Duktus. Vgl. Ursula Münchow: *Frühe deutsche Arbeiterautobiographie*, Akademie-Verlag, Berlin, 1973

Extremsituationen und gegen starken Druck von außen verteidigt zu haben. Seine ablehnende Haltung gegenüber den Nazis ist symptomatisch für den gesamten lebensgeschichtlichen Verlauf: „Nein, ich würde weder mich noch andere verraten. Mochten sie machen, was sie wollten.“⁶⁹ Konfrontiert man diese kurze Passage mit den späteren Ereignissen, so erkennt man, ähnlich rigide wie bei T., ein sich aus konkreten Erfahrungen heraus ableitendes Lebensmotto, das ihn in besonderer Weise darstellt und charakterisiert.⁷⁰

Im September 1933 wird J. zu 1 ½ Jahren Haft verurteilt. Noch während der Haft bürgern ihn die Nazis aus.⁷¹ Nach seiner Haftentlassung geht J. nach Prag ins Exil, wo er seinen ebenfalls emigrierten Bruder wieder trifft.⁷² Der Bürgerkrieg in Spanien wird für den jungen Kommunisten J. wie für T. zu einer besonderen Bewährungsprobe.⁷³ J. muss nach dem Spanienkrieg nach Mexiko emigrieren.⁷⁴ Dort arbeitet er an der Entwicklung und Fortführung deutschen Kulturlebens im Exil mit und ist Mitarbeiter der „Bewegung Freies Deutschland“. Im Sinne der proletarischen Emanzipation setzt sich J. hier das erste Mal intensiv mit kulturellen und gesellschaftlichen Fragen auf theoretischer Ebene auseinander. Er bildet sich weiter und unterstützt aktiv die antifaschistische Arbeit im mexikanischen Exil. Dieser Lebensabschnitt ist insofern von besonderer Bedeutung für sein weiteres Leben, als er hier den Grundstein legt für seinen späteren gesellschaftlichen Aufstieg in der DDR, der ihn letztlich bis zum Verlagsleiter des Aufbau Verlages führt. Allerdings liegt im mexikanischen Exil auch der Keim seiner späteren Inhaftierung, da er mit dem späteren Hauptangeklagten der DDR-Schauprozesse Paul Merker, der sich ebenfalls dort aufhält, die Überzeugung entwickelt, dass die Juden nach dem Krieg zu entschädigen seien. Diese Auffassung wird später zum Sturz Merkers und Jankas führen, wobei neben den offiziellen Begründungen besonders interne Macht- und Flügelkämpfe zwischen den so genannten „Westemigranten“ und „Moskauer Emigranten“ um Walter Ulbricht eine entscheidende Rolle spielen.⁷⁵ J. identifiziert sich, wie T., mit den Belangen der Juden aus politischer Perspektive heraus und unterstreicht damit aus heutiger Perspektive seinen Willen zur Gerechtigkeit unabhängig von politischen Konstellationen. Er verklärt ähnlich wie T. diejenigen persönlichen (sozialistisch-

⁶⁹ Ebd., S. 43

⁷⁰ Gemeint ist seine starre Haltung gegenüber den Versuchen der Stasi, ihn im Zuge des gegen ihn angestrebten Prozesses zu Geständnissen und Aussagen gegen andere Renegaten zu bewegen.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 51

⁷² Vgl. ebd., S. 65-68

⁷³ Vgl. zu den detailliert beschriebenen Spanienerlebnissen J's: ebd., S. 83-175

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 184

⁷⁵ Vgl. Hermann Weber: Geschichte der DDR, Lizenzausgabe für Area Verlag, Erfstadt, 1999, S. 258-264. Zu den Vorgängen um Merker, zu dessen Bezugspersonen Janka eindeutig gezählt wird, vgl. Karin Hartewig: a.a.O., S. 347-364. Zur antifaschistischen Arbeit in Mexiko, vgl. Fritz Pohle: Mexiko, in: Claus Dieter Krohn / Patrik von zur Mühlen / Gerhard Paul / Lutz Winckler (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933 – 1945, Wissenschaftlicher Buchverlag, Darmstadt, 1998, S. 311-317.

1 utopischen) Überzeugungen, die der herrschenden politischen Realität des wiedervereinigten
2 Deutschlands nicht standhalten, und verschiebt sie gedanklich in ein Reich der Ideen.

3 1946 kehrt J. in die SBZ zurück und tritt, gegen seinen erklärten Willen auf Wunsch Merkers,
4 in die Partei ein. Nach kurzem Intermezzo bei der DEFA übernahm J. die stellvertretende
5 Leitung des Aufbau Verlags.⁷⁶ Als er bereits zum Verlagsleiter aufgestiegen ist, wird J. im
6 Zuge des Ungarn Aufstands 1956 und der Richtungskämpfe in der Partei, in denen er gegen
7 die Auffassungen Ulbrichts für Reformen eintritt, verhaftet. Konkreter Ausgangspunkt seines
8 Schicksals ist eine von Becher und Seghers unterstützte Aktion, den bedrohten G. Lukács aus
9 dem unruhigen Ungarn vor der Verhaftung zu bewahren. Beide rücken später im Verlauf der
10 Verhandlungen von J. ab. J.'s Selbstbild wird im Rückblick maßgeblich geprägt von seiner
11 obstinaten Haltung gegenüber den Anklagevertretern, woraus er zusätzliche persönliche
12 Stärke gewinnt und die Erfahrung, dass alle Mitangeklagten um ihn herum im Verlauf des
13 Prozesses „schwach“ werden.⁷⁷ Symptomatisch steht dafür die folgende Passage. Etwas
14 pathetisch formuliert J.: „(...) Wer den Keller in Hohenschönhausen nicht kennen gelernt hat, wird für das
15 Nachgeben kein Verständnis aufbringen. Aber so traurig das auch sein mag, die Angst vor neuer Haft zerbricht
16 sogar starke Charaktere. Kommunisten sind nicht ausgenommen. Im übrigen war Merker kein starker Charakter.
17 Wer sich nämlich einmal schuldig erklärt, wenn er unschuldig ist, wird immer wieder erliegen, wenn er sich
18 bewähren muss. Sein Leben ist zerstört.“⁷⁸ Und sagt damit gleichbedeutend, dass sein Leben eben
19 aufgrund seiner aufrechten Haltung nicht zerstört sei. Seine Enttäuschung gegenüber Merker
20 resultiert aus der väterlichen Nähe seines einstigen Weggefährten. J. wird zu 5 Jahren Haft
21 verurteilt. Ende 1960 wird J. nach drei Jahren aus der Haft entlassen. Damit enden auch seine
22 autobiographischen Aufzeichnungen. J. ist ab 1960 arbeitslos, ab 1962 betätigt er sich als
23 Dramaturg bei der DEFA, bis er in Rente geht. Er bleibt unversöhnlicher Gegner des SED
24 Regimes. 1990 wird das Urteil gegen ihn aufgehoben.⁷⁹

25 26 **5. Fazit**

27 Beide Autobiographien sind Beispiele bewusst reflektierter deutscher
28 Gesellschaftsgeschichte, an denen sich gesamtgesellschaftliche Prozesse und
29 Transformationen aus der ostdeutsch-geprägten Perspektive fallspezifisch widerspiegeln.
30 Allgemeine Geschichte kommt unter individuellen Gesichtspunkten - autobiographisch

⁷⁶ Vgl. ebd. S. 221

⁷⁷ Zu diesen „schwachen“ Personen stilisiert J. die Hauptangeklagten Merker und Harich. In ihrer verblassenden Größe erscheint W. als Verfechter von Gerechtigkeitsidealen noch konturierter.

⁷⁸ Ebd., S. 395

⁷⁹ Vgl. Helmut Müller-Enbergs / Jan Wielgoß / Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR, 2. Aufl., Ch. Links Verlag, Berlin, 2001, S. 391

konstruiert - zum Ausdruck. An den Lebensgeschichten lassen sich exemplarisch Leben und Sozialisationserfahrungen von Vertreibung und Emigration, von politischem Kampf und Überzeugungswillen, von Haft und Bedrohung ablesen. In ihren Lebenskonstruktionen offenbart sich allgemeine *politische* Gesellschaftsgeschichte in individueller Form. Sowohl die private – sieht man einmal von den Beschreibungen der Herkunftsfamilie ab –, als auch die innerpsychische Ebene bleiben weitgehend unthematisiert. Diese Beobachtung korrespondiert mit Ergebnissen zur schichtspezifischen Autobiographik, bei denen Warneken zu dem Ergebnis kommt, dass besonders der Anteil der Aussagen von Männern über ihre Frauen gegen 0% tendiert.⁸⁰ Der Fokus der Erzählungen verweist auf das Selbstverständnis und die Identität der Autobiographen. Sie möchten als politische Autoren verstanden werden, ihre autobiographische Identität ist hochgradig politisch. Beide Autoren schreiben gegen den Zusammenbruch einer Ideologie an, die ihr Leben über weite Strecken dominierte. Zumindest realpolitisch ist ihre Lebenskonstruktion gescheitert. Wie gezeigt werden konnte, führt dieses Wissen - alle Autobiographen stecken in diesem Punkt in demselben Dilemma – dazu, dass im speziellen Fall von T. und J. beide ihre enttäuschten Erwartungen auf ein transzendentes sozialistisches Weltbild projizieren, das jeglicher konkreten Erfahrbarkeit entbehrt.

Sowohl bei T. als auch bei J. gerät die erlebte Geschichte zur Illustrierung der eigenen Überzeugungen. Das zeigt sich deutlich daran, dass persönliche Erfahrungen mit einem allgemeinen sozialistischen Weltbild in Übereinstimmung gebracht werden. Im Grunde genommen subsumieren die Autoren von Anfang an ihre persönlichen Erfahrungen unter dieses Weltbild. Somit bekommt der Leser nicht das Gefühl, Zeuge eines Entwicklungsprozesses zu werden, sondern er bekommt vielmehr eine Reihe (guter) Gründe geliefert, die den einzelnen Anekdoten eingeschrieben sind, die das sozialistische Weltbild verfestigen. Vergangene Geschichte wird zur Projektionsfläche gegenwärtiger Überzeugungen. Es zeigt sich, dass der autobiographische Erzähler seinen gegenwärtigen Standpunkt nicht verhüllen kann und will.

Die narrativen Identitätskonstruktionen von Teppich und Janka basieren auf den sozialen Rollen, die sie im Verlauf ihres Lebens gespielt haben, und werden von ihnen maßgeblich strukturiert. Dabei sind deutliche Konflikte zwischen persönlicher Einschätzung und Überzeugung und den von außen an sie herangetragenen und gespiegelten Bildern sichtbar geworden. In ihren lebensgeschichtlichen Erzählungen tauchen fortwährend Bruchstellen zwischen Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung auf. T. und J. schreiben gegen den latenten Vorwurf an, einem diskreditierten System angehört zu haben, das nicht nur sie selbst

⁸⁰ Vgl. Warneken: a.a.O., S. 160, Fußnote 14

1 diskreditierte, sondern das obendrein im Zuge historischer Entwicklungen in sich
 2 zusammenbrach. Ihr starker und starrer Identitätskern resultiert aus dieser Tatsache.
 3 Selbstrechtfertigung und Selbstlegitimation speisen sich aus dem Festhalten an aus der
 4 gegenwärtigen politischen Normen- und Wertewelt des wiedervereinigten Deutschlands
 5 „anachronistischen“ Idealen. Dass Selbst- und Fremdwahrnehmungen in einem
 6 unausgewogenen Verhältnis physische Verfallserscheinungen hervorrufen kann, lässt sich am
 7 Beispiel T.'s verdeutlichen (er selbst weist darauf hin). Während J. in Teilen gesellschaftlich
 8 rehabilitiert wird, verharrt T. in einem Zustand der Obstruktion. Es gibt zwar politische
 9 Organisationen, denen er sich in der BRD anschließt, einschlägige Stellen deuten aber darauf
 10 hin, dass er in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nie richtig angekommen ist. Hinzu
 11 kommen bei ihm Gewissensbelastungen gegenüber dem Schicksal seiner Eltern, besonders
 12 seiner Mutter und seinen Geschwistern, das er, anders als sein persönliches, als rassistisches
 13 auffasst (sie kommen im KZ um). Anders als J., dessen Lebensgeschichte zumindest bis zu
 14 seiner Verhaftung proletarischen Traditionen folgt, bewegt sich T. immer zwischen mehreren
 15 Orientierungspunkten hinsichtlich seines Selbstverständnisses. Daher möchte ich zum
 16 Abschluss kurz auf die jüdische Dimension seiner Identität zurückkommen: T. widmet ein
 17 separates Kapitel dieser Auseinandersetzung, obwohl er mehrfach betont, sich nicht als Jude
 18 zu verstehen. Er komme, so seine vage Beschreibung, aus einem „deutschintegrierten
 19 Elternhaus“, in dem er den „Hauch des Jüdischseins geatmet“ habe.⁸¹ Welche Schwierigkeiten
 20 T. mit seiner Selbstbeschreibung hat, zeigt folgende Passage: „Ich sehe mich der Nationalität nach
 21 als Jude, jüdischen Kommunisten, mit Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik. Jude ist man von Abkunft zum
 22 einen, zum anderen, falls gläubig, gemäß der Religion. Nicht selten durchdringen beide einander. Juden sind
 23 Menschen wie andere. Sie sind geteilt in Klassen, es gibt arme und reiche, weltanschaulich völlig unterschiedlich
 24 orientierte, intelligente wie dumme, ehrliche und verkommene.“⁸² Derartige
 25 Selbstverständnisschwierigkeit tauchen bei J. nicht auf. Seine Lebensgeschichte ist aufgrund
 26 seiner Herkunft für ihn vermutlich kontinuierlicher, da sie sich in eine proletarische Tradition
 27 einordnen lässt, wohingegen T. doch eher den Eindruck erweckt, zwischen den Stühlen zu
 28 sitzen.

⁸¹ Teppich: a.a.O., S. 288

⁸² Ebd., S. 289

1 Literaturverzeichnis

- 2
- 3 **Alheit, Peter und Dausien, Bettina:** Die biographische Konstruktion der Wirklichkeit –
 4 Überlegungen zur Biographiezeit des Sozialen, in: Hoerning, Erika M. (Hg.):
 5 Biographische Sozialisation, Stuttgart 2000, S. 258 – 262
- 6 **Anger, Hans:** Befragung und Erhebung, in: Graumann, C. F. (Hrsg.): Handbuch der
 7 Psychologie. Band 71, Göttingen 1969, S. 567 – 611
- 8 **Angehrn, Emil:** Identität und Geschichte. Berlin – New York, 1985
- 9 **Arbeitsamt online:** 50 plus- die können es, in:
 10 <http://aeltere.arbeitsamt.de/pages/comeback.html> (12.05.2002)
- 11 **Arbeitsamt online:** Gliederung, in:
 12 http://www.arbeitsamt.de/hst/services/ba_stellt_sich_vor/organisationen/gliederung.html
 13 (13.08.2002)
- 14 **Arbeitsamt online:** Organisatorischer Aufbau, in:
 15 [http://www.arbeitsamt.de/hst/services/ba_stellt_sich_vor/organisationen/organisatorischer_](http://www.arbeitsamt.de/hst/services/ba_stellt_sich_vor/organisationen/organisatorischer_aufbau.html)
 16 [aufbau.html](http://www.arbeitsamt.de/hst/services/ba_stellt_sich_vor/organisationen/organisatorischer_aufbau.html) (13.08.2002)
- 17 **Arbeitsamt online:** Bundesanstalt für Arbeit stellt sich vor, in:
 18 http://www.arbeitsamt.de/hst/services/ba_stellt_sich_vor/aufgaben.html (29.01.2003)
- 19 **Arbeitsamt online:** Zukunftsorientierte Unternehmen setzen auf die Weiterbildung Älterer,
 20 in: <http://aeltere.arbeitsamt.de/de-ag-fm50plus.html> (29.01.2003)
- 21 **Beck, Ulrich:** Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main,
 22 1986
- 23 **Beck-Gernsheim, Elisabeth:** Juden, Deutsche und andere Erinnerungslandschaften,
 24 Frankfurt am Main 1999
- 25 **Bergem, Wolfgang:** Tradition und Transformation – Eine vergleichende Untersuchung zur
 26 politischen Kultur in Deutschland, Opladen 1993
- 27 **Berger, Peter und Luckmann, Thomas:** Die gesellschaftliche Konstruktion der
 28 Wirklichkeit. 16. Aufl., Frankfurt a. M. 1999
- 29 **BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, oral history und Lebensverlaufanalysen.** Heft
 30 2/2002 (15. Jahrgang), Opladen 2002
- 31 **Boos-Nünning, Ursula:** Soziale und politische Unterprivilegierung der (türkischen-) Mi-
 32 grantInnen in Deutschland und die gesellschaftlichen Folgen, in: Özkara, Semi (Hrsg.):
 33 Türkische MigrantInnen in Deutschland. Saarbrücken 1997, S. 19 – 29
- 34 **Bortz, Jürgen:** Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin, Heidelberg 1984
- 35 **Bourdieu, Pierre:** Die biographische Illusion, in: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung
 36 und oral history, Heft 1 1990, S. 75 – 82
- 37 **Bourdieu, Pierre:** Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Soziale
 38 Welt, Sonderband 2: Soziale Ungleichheiten. Göttingen 1983, S. 183 – 198
- 39 **Bruder, Klaus- Jürgen** (Hg.): „Die biographische Wahrheit ist nicht zu haben“ –
 40 Psychoanalyse und Biographieforschung. Gießen 2003
- 41 **Buck, H./ Schletz, A.:** Handlungsanleitungen für eine alternsgerechte Arbeits- und
 42 Personalpolitik – Ergebnisse aus dem Transferprojekt (Reihe Demografie und

- 1 Erwerbsarbeit, Hrsg. Projektverbund Öffentlichkeits- und Marketingstrategie
- 2 demographischer Wandel), Stuttgart 2002
- 3 **Buck, H./ Kistler, E. / Mendijs, H. G.:** Demografischer Wandel in der Arbeitswelt. Chancen
- 4 für eine innovative Arbeitsgestaltung (Reihe Demografie und Erwerbsarbeit, Hrsg. v.
- 5 Bundesministerium für Bildung und Forschung), Stuttgart 2002
- 6 **Bude, Heinz:** Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen – eine Antwort auf die Frage, was
- 7 die Biographieforschung bringt, in: Kohli, Martin / Robert, Günther (Hg.): Biographie und
- 8 soziale Wirklichkeit. Stuttgart 1984, S. 7 – 28
- 9 **Bündnis 90/ Die Grünen:** Programm zur Bundestagswahl 1994
- 10 **Bündnis 90/ Die Grünen:** Programm zur Bundestagswahl 1998
- 11 **Bundesanstalt für Arbeit** (Hg.): Der demografische Wandel verändert den Arbeitsmarkt.
- 12 „Ältere“ werden wichtiger. In: <http://aeltere.arbeitsamt.de/pages/comeback.html>, 2002
- 13 (12.5.2002)
- 14 **Bundesanstalt für Arbeit** (Hg.): Die Bevölkerungsentwicklung. Unsere Gesellschaft wird
- 15 immer älter. In: <http://aeltere.arbeitsamt.de/pages/bevoelkerung.html>, 2002 (12.5.2002)
- 16 **Bundesanstalt für Arbeit** (Hg.): Wer dazu gehört: Wann ist man älter? In:
- 17 <http://aeltere.arbeitsamt.de/pages/entwicklung.html>, 2002 (12.5.2002)
- 18 **Bundesanstalt für Arbeit**, Landesarbeitsamt Nord (Hg.): Presseinformation: Job-AQTIV-
- 19 Gesetz ab 1. Januar 2002 in Kraft. Kiel 2002
- 20 **Bundesanstalt für Arbeit** (Hg.): Arbeitsmarkt in Zahlen. Strukturanalyse – September 2001.
- 21 Arbeitslose – Vorläufige Ergebnisse. Nürnberg 2001
- 22 **Burri, Stefan:** Methodische Aspekte der Armutsforschung. Bern, Stuttgart, Wien 1998
- 23 **Conrady, H.:** Über 50, die können´s. In: „Die Mitbestimmung“ Nr. 11/2001, S. 19-21
- 24 **Costa, Alfredo Bruto:** The Measurement of Poverty in Portugal. In: Journal of European
- 25 Social Policy, 1994 4 (2), S. 95-115
- 26 **Däubler, W.:** Ratgeber Arbeitsrecht. Hamburg 1996
- 27 **de Bruyn, Günter:** Das erzählte Ich. Frankfurt am Main 1995
- 28 **de Levita, David J.:** Der Begriff der Identität. 1. Aufl. (unverändert. Nachdruck der
- 29 deutschen Erstausgabe von 1971), Gießen 2002
- 30 **Depkat, Volker:** Autobiographie und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: GG –
- 31 Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. 29. Jahrgang / Heft 3, Juli – September
- 32 2003
- 33 **Deutsch, Karl W.:** Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung, in: Wolfgang Zapf
- 34 (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1969. S. 329-350
- 35 **Deutscher Bundestag:** Drucksache 14/5990: Unterrichtung durch die Bundesregierung.
- 36 Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2001
- 37 **Die Grünen:** Bundesprogramm 1980
- 38 **Die Grünen:** Aufruf zur Bundestagswahl 1983
- 39 **Die Grünen:** Programm zur Bundestagswahl 1987
- 40 **Die Grünen:** Programm zur Bundestagswahl 1990

- 1 **Dietzel-Papakyriakou, Maria / Olbermann, Elke:** Wohnsituation älterer Migranten in
2 Deutschland, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Frankfurt am Main 1998, S.
3 10 – 73
- 4 **Dilthey, Wilhelm** (1906 – 1911/ 1927): Das Erleben und die Selbstbiographie, in: Niggel,
5 Günter (Hg.): Die Autobiographie – Zu Form und Geschichte einer literarischen Gattung.
6 2. Aufl., Darmstadt 1998
- 7 **Dornheim, Andreas und Greiffenhagen, Sylvia** (Hg.): Identität und politische Kultur.
8 Stuttgart 2003
- 9 **Dpa:** Aktuelle Krise zwingt zu Verlängerung der Lebensarbeitszeit, veröffentlicht in RZ-
10 Online, 28.01.2003
- 11 **Eckardt, Martina:** Soziale Dienste und Europäisches Gemeinschaftsrecht – Die freie
12 Wohlfahrtspflege zwischen nationalstaatlicher Souveränität in der Sozialpolitik und
13 europäischem Wettbewerb im Dienstleistungsbereich. Thunenseries of applied economic
14 theory: working paper No. 27, Rostock 2000, S. 13
- 15 **Eichhorn, Peter** (Hrsg.): Freie Wohlfahrtspflege in Europa aus betriebswirtschaftlicher Sicht
16 I. Baden-Baden 1996
- 17 **Elias, Norbert:** Die Gesellschaft der Individuen (1939), in: Elias, Norbert: Die Gesellschaft
18 der Individuen. 4. Aufl., Frankfurt am Main 1999
- 19 **Elias, Norbert:** Die Gesellschaft der Individuen. 4. Aufl., Frankfurt am Main 1999
- 20 **Erbslöh, Eberhard:** Interview. Köln 1972
- 21 **Erikson, Erik H.:** Identität und Lebenszyklus. 17. Aufl., Frankfurt am Main 1998
- 22 **Esping-Andersen, Gösta:** Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990
- 23 **EuGH „Höfner“,** Slg. 1991, I-1977, **EuGH „Poucet“,** Slg. 1993, I-637, **EuGH**
24 **„Fédérationfrançais“,** Slg. 1995, I-4013
- 25 **EuGH „Kohll“** Slg. 1998, I-1931; **EuGH „Decker“,** Slg. 1998, I-1831
- 26 **Europäische Kommission:** Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische
27 Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
28 Entwurf zum Bericht über die soziale Eingliederung. Brüssel 2001
- 29 **Eurostat:** Beschreibung der sozialen Lage in Europa. Luxemburg 2001
- 30 **Evangelisch-Katholische Arbeitsgruppe:** Der Dritte Sektor unter dem EU-Recht –
31 Überlegungen zu aktuellen Herausforderungen im Bereich sozialer Dienstleistungen in
32 Europa, in: <http://www.diag-mav.org/rechtspr/komment/drittesektor-eurecht-ie.html>,
33 Stand: 13.05.2002
- 34 **FHH – Freie und Hansestadt Hamburg:** Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales:
35 Älterwerden in der Fremde. Hamburg 1998
- 36 **Forschungsstelle für Gerontologie e.V.** (Hg.): Institut für Gerontologie an der Universität
37 Dortmund und der sfs Sozialforschungsstelle Landesinstitut Dortmund: Evaluation der
38 betrieblichen Umsetzung von Altersteilzeitarifverträgen in der Metall- und
39 Elektroindustrie am Beispiel der Tarifbezirke Nordrhein-Westfalen und Baden-
40 Württemberg (Nordwürttemberg Nordbaden – Südwürttemberg Südbaden) –
41 Abschlußbericht. Dortmund 2000
- 42 **Fischer-Rosenthal, Wolfram / Alheit, Peter** (Hg.): Biographien in Deutschland. Opladen
43 1995

- 1 **Friedrich, Hans/ Zehetmeier, Winfried:** Parteien. Geschichte, Aufgaben und Bedeutung der
2 politischen Parteien. 2. Auflage, München 1965
- 3 **Friedrichs, Jürgen:** Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Auflage, Opladen 1990
- 4 **Frontzek, Thomas:** Methadon-Programm und Drogenabhängigkeit. Experten-Interview zur
5 Feststellung der derzeitigen Tendenzen und Auffassungen unter Berücksichtigung von
6 Erfahrungen und Ergebnissen aus dem europäischen Ausland. Dissertation an der
7 Universität Erlangen-Nürnberg 1988.
- 8 **Fröhlich, M. / Wölk, M / Schmidt, I. / Stemann, M.-C.:** Ältere Arbeitskräfte – ein
9 unterschätztes Potential. In: „WSI Mitteilungen“ Nr. 4/2002, S. 227-231
- 10 **Gesamtmetall:** Unsere Aufgaben, in:
11 [http://WWW.Gesamtmetall/MEOnline.nsf/c31231b8c4ee15bc12569f2004efcfb/b8c8d3f69](http://WWW.Gesamtmetall/MEOnline.nsf/c31231b8c4ee15bc12569f2004efcfb/b8c8d3f69c4d9cb9c1256bb3004e41a6?Op...)
12 [c4d9cb9c1256bb3004e41a6?Op...](http://WWW.Gesamtmetall/MEOnline.nsf/c31231b8c4ee15bc12569f2004efcfb/b8c8d3f69c4d9cb9c1256bb3004e41a6?Op...) (13.08.2002)
- 13 **Gesterkamp, T.:** „Ältere unter Druck“. In: „Die Mitbestimmung“ Nr. 11/ 2001, S. 30-33
- 14 **Goffman, Erving:** Stigma. 14. Aufl., Frankfurt a.M. 1990
- 15 **Grabitz, Eberhard / Hilf, Meinhard:** EG-Vertrag- Kommentar. München 1999
- 16 **Granzow, Stefan:** Das autobiographische Gedächtnis – Kognitionspsychologische und
17 psychoanalytische Perspektiven -. Berlin – München 1994
- 18 **Grünstein, Herbert:** Der Kampf hat viele Gesichter. Berlin 1988
- 19 **Halbwachs, Maurice:** Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Frankfurt a. M. 1985
- 20 **Hartewig, Karin:** Zurückgekehrt – Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR.
21 Köln - Weimar – Wien 2000
- 22 **Hauber, Karl:** Identitätspsychologie. Berlin – Heidelberg – New York – Barcelona –
23 Budapest – Hong Kong – London – Mailand – Paris – Tokyo 1995
- 24 **Heckmann, Friedrich:** Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland ? Zur Soziologie der
25 Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart 1981
- 26 **Henneberger, F./ Sousa-Poza, A.:** Anreize für aktives Altern. In: „Die Mitbestimmung“ Nr.
27 11/2001, S. 24-26
- 28 **Herff, Jeffrey:** Zweierlei Erinnerung – Die NS - Vergangenheit im geteilten Deutschland.
29 Berlin 1998
- 30 **Hermann, Ulrich:** Historische Sozialisationsforschung, in: Hurrelmann, Klaus und Ulich,
31 Dieter (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim und Basel 1998
- 32 **Hielen, Manfred:** Altenhilfe für Einwanderer, Anforderungen an eine ethnisch-orientierte
33 Altenhilfe. Duisburg 1998
- 34 **Hillmann, Karl- Heinz:** Wörterbuch der Soziologie. 4. überarbeitete und ergänzte Auflage,
35 Stuttgart 1994
- 36 **Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen:** Möglichkeiten und Grenzen der Datenerhebung bei
37 Arbeitsmigranten, in: Sievering, Ulrich (Hrsg.): Arbeitsmigrantenforschung in der
38 Bundesrepublik Deutschland. Methodenprobleme in der Datenerhebung. Frankfurt am
39 Main, 1985, S. 5-24
- 40 **Holdenried, Manuela:** Autobiographie. Stuttgart 2000

- 1 **Hopf, Christel:** Forschungsethik und qualitative Forschung, in: Uwe Flick, Ernst von
2 Kardorff, Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung, ein Handbuch. Reinbek bei
3 Hamburg 2000, S. 589-600
- 4 **Hurrelmann, Klaus und Ulich, Dieter** (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5.
5 Aufl., Weinheim und Basel 1998
- 6 **Huster, Ernst-Ulrich:** Armut in Europa. Opladen 1996
- 7 **IG Metall** (Hg.): Wir, die IG Metall. Eine Gewerkschaft stellt sich vor. In:
8 http://www.igmetall.de/die_igmetall/die_ig_metall.html (13.8.2002)
- 9 **IG Metall** (Hg.): Tarifpolitik. In: http://www.igmetall.de/die_igmetall/tarifpolitik.html
- 10 **IG Metall** (Hg.): IG Metall im Betrieb. In:
11 http://www.igmetall.de/die_igmetall/tarifpolitik.html
- 12 **IG Metall** (Hg.): Die Beiträge. In: http://www.igmetall.de/die_igmetall/tarifpolitik.html
13 (13.8.2002)
- 14 **IG Metall** (Hg.): Der demokratische Aufbau der IG Metall: Örtliche bzw. regionale Ebene.
15 In: http://www.igmetall.de/die_igmetall/tarifpolitik.html (13.8.2002)
- 16 **IG Metall** (Hg.): Der demokratische Aufbau der IG Metall: Bundesebene. In:
17 http://www.igmetall.de/die_igmetall/aufbau3.html (13.8.2002)
- 18 **Janka, Walter:** Spuren eines Lebens. Berlin 1991
- 19 **Jensen, Annette:** Standortfaktor Alter. In: Die Tageszeitung, 10.2.03, S. 12.
- 20 **Kagischke, M.** (2002): Altersteilzeit im europäischen Vergleich. Projektarbeit an der
21 Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Hamburg 2002
- 22 **Karady, Victor:** Gewalterfahrung und Utopie – Juden in der europäischen Moderne.
23 Frankfurt 1999
- 24 **Kastner, S.:** SPD-Bundestagsfraktion - Zur Sache: Job-AQTIV - Brücken in neue
25 Beschäftigung. Berlin 2001
- 26 **Keskin, Hakki:** 35 Jahre türkische MigrantInnen in Deutschland: Zwischen Integration und
27 Selbstbehauptung – Ein Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft, in: Özkara, Sami
28 (Hrsg.): Türkische MigrantInnen in Deutschland – Bilanz einer 35jährigen Migration aus
29 der Türkei. Saarbrücken 1997, S. 8-19
- 30 **Keupp, Heiner:** Identitätskonstruktionen. Reinbek bei Hamburg 1999
- 31 **Keupp, Heiner und Höfer, Renate** (Hg.): Identitätsarbeit heute – Klassische und aktuelle
32 Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a. M. 1997
- 33 **Klammer, U./ Weber, H.:** Flexibel in den Ruhestand. In: „WSI Mitteilungen“ Nr. 2/2001, S.
34 102-112
- 35 **Klein, Dieter:** Modernisierung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und sozial-öko-
36 logischer Nachhaltigkeit, in: Goldschmidt, Werner (u.a.) (Hrsg.): Neoliberalismus.
37 Hegemonie ohne Perspektive. Heilbronn 2000, S. 247-261.
- 38 **Kleinert, Hubert:** Vom Protest zur Regierungspartei. Die Geschichte der GRÜNEN.
39 Frankfurt am Main 1992
- 40 **Klug, Wolfgang:** Wohlfahrtsverbände als „freie“ Unternehmen im Sozialstaat? – Soziale
41 Einrichtungen zwischen marktwirtschaftlichen und sozialstaatlichen Erfordernissen, in:
42 Wohlfahrtsverbände in Deutschland Auslauf- oder Zukunftsmodell? Bonn 1996

- 1 **Koch, Max:** Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft: theoretische Diskussion und
2 empirische Analyse. Münster 1994
- 3 **Kohli, Martin und Robert, Günther** (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart
4 1984
- 5 **Koselleck, Reinhard:** Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen, in: Koselleck,
6 Reinhart / Stempel, Wolf- Dieter (Hg.): Geschichte – Ereignis und Erzählung, Poetik und
7 Hermeneutik. Band 5, 2. Nachdr. d. 1. Aufl., München 1973
- 8 **Krämer, Walter:** Statistische Probleme bei der Armutsmessung. Baden-Baden 1997
- 9 **Kraus, Katrin/Geisen, Thomas** (Hg.): Sozialstaat in Europa – Geschichte, Entwicklung,
10 Perspektiven, Wiesbaden 2001
- 11 **Krieger, Verena:** Was bleibt von den Grünen? Hamburg 1991
- 12 **Kromphardt, J.:** Arbeitslosigkeit und Inflation. Göttingen 1998
- 13 **Kulbach / Roderich / Wohlfahrt / Norbert:** Modernisierung der öffentlichen Verwaltung?
14 Konsequenzen für die freie Wohlfahrtspflege. Freiburg im Breisgau 1996
- 15 **Lahann, Birgit:** „Ich habe es nicht gern, wenn man mich anspuckt!“ – Erich Mielke will die
16 Memoiren von Walter Janka verbieten lassen, in: Geliebte Zone – Geschichten aus dem
17 anderen Deutschland. 2. Aufl., München 1999
- 18 **Lehr, Ursula / Wilbers, Joachim:** Alt werden in der Fremde, in: Beauftragter der
19 Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer
20 Familienangehörigen (Hrsg.): Bericht 99. Zur Situation ausländischer Arbeitnehmer und
21 ihrer Familien. Bestandsaufnahme und Perspektiven für die 90er Jahre. Bonn 1988, S. 87-
22 92.
- 23 **Lejeune, Philipp:** Der autobiographische Pakt, in: Niggel, Günter (Hg.): Die Autobiographie.
24 2. Aufl., Darmstadt 1998
- 25 **Lejeune, Philipp:** Der autobiographische Pakt. Frankfurt am Main 1994
- 26 **Leu, Hans Rudolf:** Die „biographische Situation“ als Bezugspunkt eines sozialisationstheo-
27 retischen Subjektverständnisses, in: Leu, Hans Rudolf und Krappmann, Lothar (Hg.):
28 Zwischen Autonomie und Verbundenheit – Bedingungen und Formen der Behauptung von
29 Subjektivität. Frankfurt a.M. 1999, S. 77-108
- 30 **Levy, Daniel und Sznajder, Nathan:** Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust.
31 Frankfurt a. M. 2001
- 32 **Loges, Frank:** Entwicklungstendenzen freier Wohlfahrtspflege im Hinblick auf die
33 Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Bochum 1993
- 34 **Lorenz, Chris:** Konstruktion der Vergangenheit – Eine Einführung in die Geschichtstheorie.
35 Köln 1997
- 36 **Luckmann, Thomas:** Persönliche Identität, soziale Rolle und Rollendistanz, in: Marquard,
37 Odo und Stierle, Karlheinz (Hg.): Poetik und Hermeneutik – Identität. München 1979
- 38 **Marquard, Odo und Stierle, Karlheinz** (Hg.): Poetik und Hermeneutik – Identität. München
39 1979
- 40 **Maurer, Friedrich:** Vorwort, in: Maurer, Friedrich (Hg.): Lebensgeschichte und Identität –
41 Beiträge zu einer biografischen Anthropologie. Frankfurt am Main 1981
- 42 **Mayring, Phillip:** Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu
43 qualitativem Denken. München 1996

- 1 **Mead, George H.:** Geist, Identität und Gesellschaft. 11. Aufl., Frankfurt am Main 1998
- 2 **Mickel, Wolfgang:** Geschichte, Politik und Gesellschaft. Bd. I, 3. Aufl., Frankfurt am Main
- 3 1991
- 4 **Minister für Hoch- und Fachschulwesen** (der DDR): Politische Ökonomie des Kapitalismus
- 5 und des Sozialismus. 4. Auflage, Berlin 1977
- 6 **Müller-Enbergs, Helmut/ Wielgoths, Jan/ Hoffmann, Dieter** (Hg.): Wer war wer in der
- 7 DDR. 2. Aufl., Berlin 2001
- 8 **Müller, Jost:** Sozialismus, Hamburg 2000
- 9 **Müller, Klaus-Detlef:** Autobiographie und Roman – Studien zur literarischen
- 10 Autobiographie der Goethezeit, Tübingen 1976
- 11 **Münchow, Ursula:** Frühe deutsche Arbeiterbiographie. Berlin 1973
- 12 **Naumann, Klaus** (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001
- 13 **Neumann, Bernd:** Identität und Rollenzwang – Zur Theorie der Autobiographie. Frankfurt a.
- 14 M. 1970
- 15 **Neumann, Udo u. Hertz, Markus:** Verdeckte Armut in Deutschland. Frankfurt am Main
- 16 1998
- 17 **Niggl, Günter** (Hg.): Die Autobiographie – Zu Form und Geschichte einer literarischen
- 18 Gattung. 2. Aufl., Darmstadt 1998
- 19 **Otnad, Adrian / Wahl, Stefanie / Miegel, Meinhard:** Zwischen Markt und Mildtätigkeit:
- 20 Die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für Gesellschaft, Wirtschaft und
- 21 Beschäftigung. München 2000
- 22 **Pascal, Roy:** Die Autobiographie. Stuttgart 1965
- 23 **Paulsen, Wolfgang:** Das Ich im Spiegel der Sprache: autobiographisches Schreiben in der
- 24 Literatur des 20. Jahrhunderts. Tübingen 1991
- 25 **Pohle, Fritz:** Mexiko, in: Krohn, Klaus – Dieter / von zur Mühlen, Patrik / Paul, Gerhard /
- 26 Winckler, Lutz (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933 – 1945.
- 27 Darmstadt 1998
- 28 **Pongratz, Ludwig J.:** Hauptströmungen der Tiefenpsychologie. Stuttgart 1983
- 29 **Rosenthal, Gabriele:** Geschichte in der Lebensgeschichte, in: BIOS, Heft 2/88, Opladen
- 30 1988
- 31 **Rosenthal, Gabriele:** Erlebte und erzählte Lebensgeschichte – Gestalt und Struktur
- 32 biographischer Selbstbeschreibungen. Frankfurt – New York, 1995
- 33 **Rokkan, Stein:** Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und
- 34 Methoden, in: Wolfgang Zapf (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1969, S. 228-
- 35 252
- 36 **Rostow, Walt W.:** Politics an the stages of growth, Cambridge 1971
- 37 **Rüsen, Jörn** (Hg.): Geschichtsbewusstsein – Psychologische Grundlagen,
- 38 Entwicklungskonzepte, empirische Befunde. Köln – Wien – Weimar, 2001
- 39 **Schmid, Josef:** Europäische Integration und die Zukunft der kirchlichen Wohlfahrtsverbände
- 40 in Deutschland, in: <http://www.uni.tuebingen.de/uni/spi/schpeiz.htm>, Stand 17.10.2001
- 41 **Schmid, Josef:** Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, 2. Aufl., Opladen 2002

- 1 **Schütze, Fritz:** Kognitive Figuren des autobiographischen Stehgreiferzählens, in: Kohli,
2 Martin/ Robert, Günther (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart 1984
- 3 **Sievering, Ulrich O.:** Arbeitsmigrantenforschung in der Bundesrepublik Deutschland.
4 Methodenprobleme in der Datenerhebung. Frankfurt am Main 1985
- 5 **Sill, Oliver:** Zerbrochene Spiegel – Studien zur Theorie und Praxis modernen
6 autobiographischen Erzählens. Berlin – New York 1991
- 7 **Silva, Manuela:** Die Gesellschaft entschlüsseln. In: SIGMA 3/2000, S. 41-42
- 8 **Sloterdijk, Peter:** Literatur und Organisation von Lebenserfahrung. München – Wien 1978
- 9 **Stangl, Werner:** Zur Wissenschaftsmethodik in der Erziehungswissenschaft. Linz 2001
- 10 **Straub, Jürgen:** Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein – Die psychologische
11 Konstruktion von Zeit und Geschichte – Erinnerung, Geschichte, Identität 1. Frankfurt
12 a.M. 1998
- 13 **Straub, Jürgen:** Temporale Orientierung und narrative Kompetenz, in: Rüsen, Jörn (Hg.):
14 Geschichtsbewusstsein – Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische
15 Befunde. Köln – Wien – Weimar 2001
- 16 **Tempel, Karl G.:** Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage, Berlin 1990
- 17 **Teppich, Fritz:** Der rote Pfadfinder – Der abenteuerreiche Weg eines Berliner Juden durch
18 das 20. Jahrhundert. Berlin 1996
- 19 **Thome, Helmut:** Wertewandel in der Politik? Eine Auseinandersetzung mit Engleharts
20 Thesen zum Postmaterialismus. Berlin 1985
- 21 **Ulich, Eberhard / Baitsch, Christof:** Schicht- und Nachtarbeit im Betrieb, Probleme und
22 Lösungsansätze. Zürich 1979
- 23 **Ullrich-Schmidt, Anni:** Nachtarbeit – Gesundheit gegen Geld, in: IG Metall, Mitteilungen
24 für Frauen. 2/1992, S. 4-7
- 25 **von der Groeben, Hans / Thiesing, Jochen / Ehlermann, Claus-Dieter:** Kommentar zum
26 EWG Vertrag. Baden-Baden 1991, Art. 81, Rn. 10 ff.
- 27 **Wagner-Egelhaaf, Martina:** Autobiographie. Stuttgart 2000
- 28 **Warneken, Bernd Jürgen:** Zur Schichtspezifik autobiographischer Darstellungsmuster, in:
29 Gestrich, A. / Knoch, P. / Merkel, H. (Hg.): Biographie – sozialgeschichtlich. Göttingen
30 1988, S. 141-163
- 31 **Weber, Hermann:** Geschichte der DDR. Erfstadt 1999, S. 258
- 32 **Wedell, Marion:** “Nur Allah weiß, was aus mir wird...“, Alter, Familie und außerfamiliäre
33 Unterstützung aus Sicht älterer Türkinnen und Türken, in: Informationen zur
34 Ausländerarbeit. 4/1993, S. 60-67
- 35 **Weede, Erich:** Mensch und Gesellschaft: Soziologie aus der Perspektive des
36 methodologischen Individualismus. Tübingen 1992
- 37 **Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft:** Grundlegende
38 Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, Bonn 1998
- 39 **Yagli, Cengiz / Yagli, Patricia:** Ältere türkische MigrantInnen in Deutschland – Ihre
40 Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven, in: Özkara, Sami (Hrsg.): Türkische
41 MigrantInnen in Deutschland – Bilanz einer 35jährigen Migration aus der Türkei.
42 Saarbrücken 1997, S. 32-83

